



ZIELE FÜR
NACHHALTIGE
ENTWICKLUNG

Freistaat
Thüringen  Ministerium
für Umwelt, Energie
und Naturschutz

Nachhaltige Entwicklung in Thüringen

Vierter Indikatorenbericht

Liebe Leserinnen und Leser,

künftige Generationen werden uns daran messen, was wir für die ökologische, soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeit in Thüringen getan haben. Doch wie messen wir, was wir erreicht haben?

Der 4. Indikatorenbericht zeigt, wo wir unseren Nachhaltigkeitszielen nähergekommen sind – und wo wir vor enormen Herausforderungen stehen.

Haben wir saubere Luft und saubere Flüsse? Wieviel erneuerbare Energien werden genutzt? Wie steht es um die Thüringer Wälder? Wie geht es der Thüringer Wirtschaft? Und ist Thüringen ein attraktives Bildungsland?

Nachhaltige Entwicklung hat viele Dimensionen. Nur wenn wir diese Fragen zusammen denken, können wir gute Ziele formulieren und Wege finden, sie zu erreichen. Deshalb haben wir schon 2011 die Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt und sie 2018 an die Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 angepasst.

Um die Entwicklung in den Zielbereichen zu messen, nutzt der Bericht 33 Hauptindikatoren: von der Artenvielfalt bis zum Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern. Die Daten zeigen, dass viele unserer Maßnahmen wirken. So gibt es kaum noch hohe Ozonwerte, die Wasserqualität hat sich verbessert und die Erwerbstätigenquote ist weiterhin hoch.

Dennoch gibt es immense Herausforderungen: z. B. im Bereich gesunde Ernährung. Aber auch beim Umstieg auf erneuerbare Energien, beim Flächenverbrauch und beim nachhaltigen Wirtschaften ist Luft nach oben. Nach wie vor besorgniserregend ist auch der Anteil der geschädigten Bäume in Thüringen –



mit gravierenden Folgen für Forstwirtschaft und Klimaschutz. Gleichzeitig gibt es Erfolge beim Waldumbau, sodass wir besser für den Klimawandel gewappnet sind.

Der Bericht zeigt: Thüringen ist auf dem richtigen Weg. Für ein noch genaueres Bild brauchen wir noch weitere Indikatoren: etwa zum Stand von Digitalisierung und Umweltgerechtigkeit. Mein besonderer Dank gilt dem Thüringer Nachhaltigkeitsbeirat für wertvolle Hinweise bei der Erarbeitung dieses Indikatorenberichts.

Damit Thüringen für alle lebenswert bleibt, müssen wir auf vielen Ebenen handeln – ganz besonders beim Ressourcenschutz und bei der Anpassung an den Klimawandel. Eine wichtige Grundlage dafür haben die demokratischen Parteien in Thüringen im April 2024 geschaffen: Sie haben Nachhaltigkeit als ein Staatsziel in der Thüringer Landesverfassung verankert. Das ist ein Meilenstein – und ein Auftrag. Packen wir's gemeinsam an.

A handwritten signature in blue ink that reads "Bernhard Stengele". The signature is fluid and cursive, written in a professional style.

Bernhard Stengele

Thüringer Minister für Umwelt, Energie und Naturschutz

Vierter Indikatorenbericht zur nachhaltigen Entwicklung in Thüringen

Grußwort des Ministers für Umwelt, Energie und Naturschutz	
Inhaltsverzeichnis	4
Vorbemerkungen zum Indikatorenbericht zur nachhaltigen Entwicklung in Thüringen	7
Gesamtübersicht der Indikatoren	9

Einzelindikatoren mit Zielformulierung und Bewertung		12–59
Indikator Nr. 1:	Armutgefährdungsquote	12
Indikator Nr. 2:	Stickstoffüberschuss	13
Indikator Nr. 3:	Umwelt- und naturverträgliche Landwirtschaft	15
	a) Ökologischer Landbau b) Landwirtschaftsflächen mit hohem Naturwert (HNV-Farmland-Indikator)	
Indikator Nr. 4:	Vorzeitige Sterblichkeit	19
Indikator Nr. 5:	Adipositas bei Kindern zum Zeitpunkt der Einschulungsuntersuchung	20
Indikator Nr. 6:	Städtische Luftqualität	21
	a) Feinstaub (PM ₁₀) b) Stickstoffdioxid (NO ₂) c) Ozon (O ₃)	

Indikator Nr. 7:	Bildungsabschlüsse	24
	a) Anzahl der Abgänger/-innen ohne Hauptschulabschluss aus allgemeinbildenden Schulen b) 18- bis 24-Jährige ohne Abschluss c) Ausländische Schulabsolvent/-innen mit Schulabschluss d) 30- bis 34-Jährige mit tertiärem oder postsekundärem nicht-tertiärem Abschluss	
Indikator Nr. 8:	Studienanfängerquote	29
Indikator Nr. 9:	Bildung für Nachhaltige Entwicklung Anzahl BNE-zertifizierte Einrichtungen im nonformalen Bereich	30
Indikator Nr. 10:	Ganztagsbetreuung für Kinder	31
	a) 0- bis 2-Jährige b) 3- bis 5-Jährige	
Indikator Nr. 11:	Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern (nach Gender Pay Gap – unbereinigt)	32
Indikator Nr. 12:	Frauen in Führungspositionen und Gremien in der Landesverwaltung	33
Indikator Nr. 13:	Nährstoffindikatoren in Gewässern	34
	a) Phosphor in Fließgewässern b) Nitrat im Grundwasser	

Indikator Nr. 14:	Endenergieproduktivität und Primärenergieverbrauch	36
Indikator Nr. 15:	Erneuerbare Energien Anteil am Primärenergieverbrauch und am Bruttostromverbrauch	37
Indikator Nr. 16:	Rohstoffproduktivität	38
Indikator Nr. 17:	Struktureller Finanzierungssaldo	39
Indikator Nr. 18:	Schuldenstand je Einwohner	40
Indikator Nr. 19:	Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum BIP in jeweiligen Preisen	41
Indikator Nr. 20:	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner	42
Indikator Nr. 21:	Erwerbstätigenquote	43
	a) Frauen b) Ältere c) Gesamt	
Indikator Nr. 22:	Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung	45
Indikator Nr. 23:	Gini-Koeffizient zur Einkommensverteilung	46
Indikator Nr. 24:	Flächeninanspruchnahme	47
	a) Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche b) Freiraumverlust c) Siedlungsdichte	

Indikator Nr. 25:	Betriebsleistung im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)	50
Indikator Nr. 26:	Beförderte Personen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und Fahrten pro Einwohner pro Jahr	51
Indikator Nr. 27:	Pkw-Dichte	52
Indikator Nr. 28:	Treibhausgasemissionen	54
Indikator Nr. 29:	Anpassung an den Klimawandel	55
	a) Waldumbau b) Waldzustand	
Indikator Nr. 30:	Anteil der streng geschützten Gebiete (Naturschutzgebiete, Nationalpark und Zonen I, II Biosphärenreservate)	58
Indikator Nr. 31:	Artenvielfalt und Landschaftsqualität	59
Indikator Nr. 32:	Anzahl der Straftaten pro 100.000 Einwohner	61
Indikator Nr. 33:	Anteil öffentlicher Entwicklungsausgaben am Bruttonationaleinkommen	62

Abkürzungsverzeichnis	64
------------------------------	-----------



Nachhaltigkeit messen

Nachhaltigkeit ist ein Begriff, der inzwischen im Alltagsleben allgegenwärtig ist. In den verschiedensten gesellschaftlichen Ebenen ist man sich einig, dass eine nachhaltige Entwicklung nur dann möglich ist, wenn wirtschaftliches Handeln die vorgegebenen Grenzen der globalen Umwelt berücksichtigt und für ein ausgewogenes soziales Miteinander eintritt.

Nachdem sich die Staaten weltweit auf den Weg gemacht und globale, nationale oder regionale Nachhaltigkeitsziele formuliert haben, stehen nun das regelmäßige Messen und Anpassen der Zielvorgaben im Fokus der Akteure. Fundierte Informationen und Zahlenwerte zeigen deutlich, ob die gesteckten Ziele erreicht werden können oder wo diese angepasst werden müssen und verstärkt Aktivitäten durchzuführen sind.

Hierfür stehen die Nachhaltigkeitsindikatoren. Sie wurden für die verschiedensten Teilbereiche definiert. Sie zeigen anhand konkreter Datenreihen die Entwicklung in den Bereichen Wirtschaft, Umwelt und Soziales auf. Durch regelmäßig erscheinende Indikatorenberichte wird ein transparentes Monitoring der Nachhaltigkeitsstrategie ermöglicht.

Nachhaltigkeitsindikatoren definieren und weiterentwickeln

Mit der Verabschiedung der Agenda 2030 und ihren 17 globalen Nachhaltigkeitszielen (SDGs) im September 2015 durch die Vereinten Nationen war eine Anpassung der Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie und des bisherigen Indikatorensatzes notwendig. Aus über 300 möglichen Nachhaltigkeitsindikatoren wurden 2019 in einem partizipativen Diskussionsprozess mit dem Thüringer Nachhaltigkeitsbeirat die für unser Bundesland aussagekräftigsten Indikatoren herausgefiltert. Diese sind mit amtlichen Datenquellen auch für die Zukunft belegbar. Bisherige langjährig erprobte und praktikable Indikatoren wurden beibehalten, um eine Kontinuität in der Darstellung zu sichern. Auch eine Harmonisierung mit den Indikatoren auf nationaler Ebene sowie den Indikatoren anderer Bundesländer wurde angestrebt.

Das Resultat ist ein Indikatorensatz mit 33 Hauptindikatoren. Auf dessen Grundlage erschien im Frühjahr 2020 der 3. Indikatorenbericht. Auch dieser 4. Indikatorenbericht baut auf dem neuen Indikatorensatz auf.

Bei den meisten Indikatoren haben sich die Beschreibung und Berechnung nicht geändert, so dass die Datenreihen in allen Berichten für die entsprechenden Jahre identisch sind. Bei einigen wenigen Indikatoren ändert sich jedoch manchmal die Berechnung/Bezugsgröße (auch rückwirkend), so dass ein Bruch in der

Zahlenreihe auftritt oder die hier aufgeführten Daten mit den bisher veröffentlichten Zahlen nicht übereinstimmen. Darauf wird bei der Beschreibung und Berechnung des jeweiligen Indikators hingewiesen. Einige Indikatoren werden als Zielindikatoren geführt (mit einem festgelegten Zielwert überwiegend unter dem Zeithorizont 2030), z. B. die „Verbesserung der städtischen Luftqualität“. Andere sind als Berichtsindikatoren (BI) definiert, über deren Entwicklung ohne die Festlegung konkreter Zielwerte berichtet wird, z. B. das „Bruttoinlandsprodukt“. Auch bei bereits erreichten guten Ergebnissen wurde auf eine genaue Zieldefinition verzichtet, z. B. bei der „Ganztagsbetreuung von Kindern“, da hier kaum noch eine Steigerung möglich ist. Trotzdem werden diese Daten weiterhin erfasst und eine Entwicklung aufgezeigt. Ein Indikator (Nr. 18: Schuldenstand je Einwohner) wird nicht mehr als Berichts-, sondern als Zielindikator geführt.

Der Thüringer Nachhaltigkeitsbeirat war bei der Erstellung des 4. Indikatorenberichtes wiederum beteiligt. Er hat der Thüringer Landesregierung wertvolle Hinweise gegeben.



Indikatorenbericht informativ












Mit diesem Indikatorenbericht gibt die Thüringer Landesregierung einen umfassenden und schnellen Überblick über den Stand der nachhaltigen Entwicklung im Freistaat Thüringen.

Für den Bericht wurden die aktuellsten verfügbaren Daten herangezogen. Die Datenreihen starten mit dem Jahr 2000. So kann der langfristige Verlauf besser nachvollzogen werden. Für die einzelnen Indikatoren wird die **Beschreibung und Berechnung** in schwarzer Schrift dargestellt. Die **Ziele und Entwicklung** sind in blauer Farbe hervorgehoben.













Die meisten Daten liegen bis 2021 und 2022 vor, einige wenige nur bis 2020. Das Bezugsjahr für Steigerungen oder Senkungen ist jeweils angegeben. Auch die Art der Berechnung oder die Bezugsdaten werden genannt. In den Tabellen und Grafiken sind die Daten von 2000 bis 2010 in Fünfjahressprüngen dargestellt. Danach erfolgt die Darstellung wieder jährlich.











Eine mögliche Trendbewertung ergibt sich aus der Begutachtung der bisherigen Datenentwicklung (von 2000 bis 2020/2021/2022) und ihrer Weiterentwicklung im gleichen Kontext wie bisher mit Blick auf 2030. Genauere Erklärungen für die Einschätzung der Zeitreihen und die Prognosen zur Fortentwicklung sind in den Texten der einzelnen Indikatoren zu finden. Bei Fragen oder Bitten um detailliertere Auskünfte können die jeweiligen Quellangaben genutzt werden, unter denen weitere Informationen abgerufen werden können.

Alle an der Erarbeitung dieses 4. Indikatorenberichtes Beteiligten hoffen, eine informative Lektüre zur nachhaltigen Entwicklung in Thüringen vorgelegt zu haben. Hinweise für zukünftige Berichterstattungen und weitere Fragen nimmt das Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz gern entgegen (poststelle@tmuen.thueringen.de).

Nr.	Übersicht Indikatoren	SDG-Zuordnung	Zielwerte i. d. R. bis 2030 oder Berichtsindikatoren (BI)	Nr.	Übersicht Indikatoren	SDG-Zuordnung	Zielwerte i. d. R. bis 2030 oder Berichtsindikatoren (BI)
1	Armutsgefährdungsquote (in %)		BI	7	Bildungsabschlüsse (in %) a) Anzahl der Abgänger ohne Hauptschulabschluss aus allgemeinbildenden Schulen (in %) b) 18- bis 24-Jährige ohne Abschluss (in %) c) Ausländische Schulabsolventen mit Schulabschluss (in %) d) 30- bis 34-Jährige mit tertiärem oder postsekundärem nicht tertiärem Abschluss (in %)		a) BI b) BI c) BI d) 40 %
2	Stickstoffüberschuss (in kg/ha)		BI	8	Studienanfängerquote (in %)		40 %
3	Umwelt- und naturverträgliche Landwirtschaft a) Ökologischer Landbau (in %) b) Landwirtschaftsflächen mit hohem Naturwert (HNV-Farmland-Indikator in %)		a) 10 % der landwirtschaftlichen Fläche (bis 2020) b) 22 % bis 2030	9	Bildung für Nachhaltige Entwicklung – Anzahl BNE-zertifizierte Einrichtungen im nonformalen Bereich		BI
4	Vorzeitige Sterblichkeit (Anzahl je 100.000 Einwohner) a) Frauen b) Männer c) Gesamt		a) Frauen unter 100/100.000 EW b) Männer unter 190/100.000 EW	10	Ganztagsbetreuung für Kinder (in %) a) 0- bis 2-Jährige b) 3- bis 5-Jährige		a) BI b) BI
5	Adipositas bei Kindern zum Zeitpunkt der Einschulungsuntersuchung (Anteil in %)		unter 4 %	11	Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern – Durchschnitt (Gender Pay Gap unbereinigt) (in %)		BI
6	Städtische Luftqualität a) Feinstaub (PM ₁₀ in µg/m ³) b) Stickstoffdioxid (NO ₂ µg/m ³) c) Ozon (O ₃ µg/m ³)		a) Verbesserung des Jahresmittelwertes b) Verbesserung des Jahresmittelwertes c) 0				

Gesamtübersicht der Indikatoren

Nr.	Übersicht Indikatoren	SDG-Zuordnung	Zielwerte i. d. R. bis 2030 oder Berichtsindikatoren (BI)	Nr.	Übersicht Indikatoren	SDG-Zuordnung	Zielwerte i. d. R. bis 2030 oder Berichtsindikatoren (BI)
12	Frauen in Führungspositionen und in Gremien in der Landesverwaltung (in %)	5 GESCHLECHTER-GLEICHHEIT 	BI	18	Schuldenstand (je Einwohner in Euro)	8 MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM 	langfristig kein Anstieg
13	Nährstoffindikatoren in Gewässern (in %) a) Phosphor in Fließgewässern b) Nitrat im Grundwasser	6 SAUBERES WASSER UND SANITÄR-EINRICHTUNGEN 	a) 0 % > 0,1 mg/l P b) 0 % > 50 mg/l Nitrat	19	Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum BIP in jeweiligen Preisen (in %)	8 MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM 	BI
14	Endenergieproduktivität (BIP/Endenergieverbrauch in Mio. Euro je Petajoule/PJ) und Primärenergieverbrauch (in Petajoule/PJ)	7 BEZAHLBARE UND SAUBERE ENERGIE 	EEP: +2,1 % p.a. PEV: -20 % (gegenüber 2015)	20	BIP (je Einwohner in jeweiligen Preisen)	8 MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM 	BI
15	Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch / Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch (beides in %)	7 BEZAHLBARE UND SAUBERE ENERGIE 	Anteil EE am PEV: 55 % Anteil EE am BSTv: 80 %	21	Erwerbstätigenquote (in %) a) Frauen b) Ältere c) Gesamt	8 MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM 	a) Frauen: über 73 % b) Ältere: über 60 % c) Gesamt auf 78 % steigern
16	Rohstoffproduktivität (1994=100)	8 MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM 	BI	22	Private und öffentliche Ausgaben für F+E am BIP (in %)	9 INDUSTRIE, INNOVATION UND INFRASTRUKTUR 	3,5 %
17	Struktureller Finanzierungssaldo (je Einwohner in Euro)	8 MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM 	mindestens Null	23	Gini-Koeffizient zur Einkommensverteilung	10 WENIGER UNGLEICHHEITEN 	BI

Nr.	Übersicht Indikatoren	SDG-Zuordnung	Zielwerte i. d. R. bis 2030 oder Berichtsindikatoren (BI)	Nr.	Übersicht Indikatoren	SDG-Zuordnung	Zielwerte i. d. R. bis 2030 oder Berichtsindikatoren (BI)
24	Flächeninanspruchnahme a) Anstieg Siedlungs- und Verkehrsfläche (Zuwachs in ha/Tag und Anteil an gesamter Bodenfläche in %) b) Freiraumverlust (Fläche je Einwohner in m ² pro Jahr) c) Siedlungsdichte (Anzahl Einwohner je km ² SVF)		a) BI b) BI c) BI	29	Anpassung an den Klimawandel a) Waldumbau (jährliche Waldumbaufläche im Staatswald in ha) b) Waldzustand (geschädigte Waldflächen nach Schadstufen in % und deutlich geschädigte Waldflächen nach Baumarten in %)		a) BI b) BI
25	Betriebsleistung im Öffentlichen Personennahverkehr – ÖPNV (1.000 Fahrplan-Kilometer/Jahr)		BI	30	Anteil der streng geschützten Gebiete (Naturschutzgebiete, Nationalpark und Zonen I, II Biosphärenreservate) in %		4 %
26	Beförderte Personen im Öffentlichen Personennahverkehr – ÖPNV (1.000 Fahrgäste pro Jahr) und Fahrten pro Einwohner und Jahr		BI	31	Artenvielfalt und Landschaftsqualität (in %)		Bezugsgröße – artspezifische Bestandsgröße, die bei Umsetzung Naturschutz ... 2030 zu erwarten gewesen wäre
27	Pkw-Bestand (je 1.000 Einwohner)		BI	32	Straftaten (je 100.000 Einwohner pro Jahr)		Zielwert des Bundes 7.000 deutlich unterschreiten
28	Treibhausgasemissionen THG-Emissionen (in Mio. t)		Senkung um 60–70 % gegenüber 1990 (max. Wert handlungsleitend)	33	Anteil öffentlicher Entwicklungsausgaben am Brutto-Nationaleinkommen (bezogen auf den Freistaat Thüringen) in %		BI

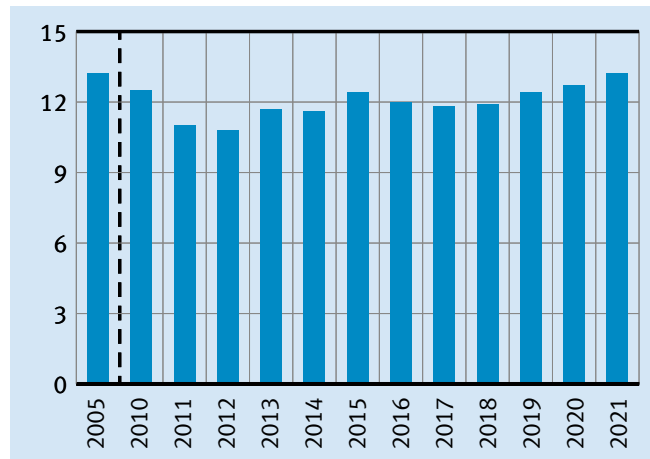


Indikator Nr. 1

BERICHTSINDIKATOR
Erhebungszeitraum: 2005–2021 (jährlich)

Armutsgefährdungsquote

Armutsgefährdungsquote



■ nach Landesmedian (in %)

Quelle: StBA und StLÄ – amtliche Sozialberichterstattung

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Die Armutsgefährdungsquote ist ein Indikator zur Messung relativer Einkommensarmut. Die Quote wird definiert durch den Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 Prozent des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten. Das Äquivalenzeinkommen ist ein auf der Basis des Haushaltsnettoeinkommens berechnetes bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied. Es wird herangezogen, um die Einkommen unterschiedlich großer Haushalte vergleichbar zu machen und ergibt sich aus der Summe der Einkommen aller Haushaltsmitglieder, welche anschließend durch einen Wert dividiert wird, der üblicherweise anhand der „neuen OECD-Äquivalenzskala“ bestimmt wird. Die Armutsgrenze liegt bei 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Nettoeinkommens der Bevölkerung in Privathaushalten. Grundlage der Berechnungen des Bundesmedian ist die Armutsgefährdungsschwelle des Bundes. Diese wird anhand des mittleren Einkommens (Median) im gesamten Bundesgebiet errechnet. Für den Landesmedian gilt das mittlere Einkommen des jeweiligen Bundeslandes. Bei Letzterem wird den Unterschieden im Einkommensniveau zwischen den Bundesländern Rechnung getragen.

ZIELE UND ENTWICKLUNG

Thüringen hat sich zum Ziel gesetzt, den Anteil der betroffenen Personen bis 2030 zu senken. Über den Zeitraum von 2005 bis 2019 hinweg sank der Anteil der armutsgefährdeten Personen insgesamt.

Ab 2020 werden höhere Werte verzeichnet, wobei eine Vergleichbarkeit aufgrund methodischer Veränderungen nicht sachgerecht erscheint. Deshalb werden Maßnahmen unternommen, diesem Trend entgegenzuwirken. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Armutsprävention unter Einbezug von Institutionen und Akteuren auf allen staatlichen und nichtstaatlichen Ebenen. Auch die Erstellung und Umsetzung der kommunalen Sozialstrategien mit dem Ziel, eine bedarfsgerechte Sozial- und Bildungsinfrastruktur zur Förderung aktiver Inklusion von benachteiligten Bevölkerungsgruppen bereitzuhalten und zu sichern, trägt zur Zielerreichung bei. Die Zielerreichung ist allerdings von vielen unterschiedlichen Faktoren abhängig. Die weitere Entwicklung ist deshalb schwer vorhersehbar.

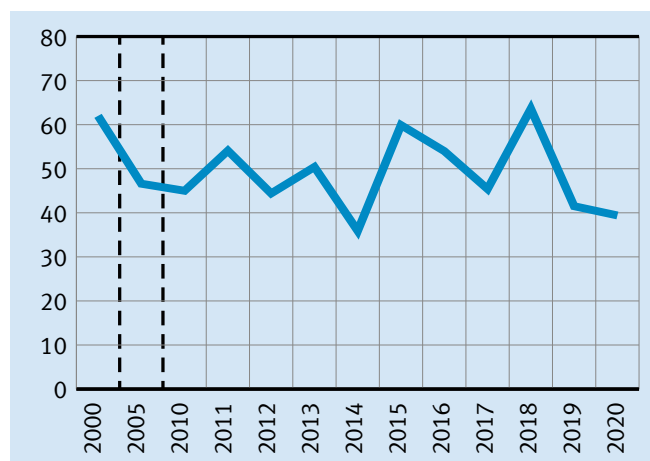
Jahr	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Landesmedian in %	13,2	12,5	11,0	10,8	11,7	11,6	12,4	12,0	11,8	11,9	12,4	12,7	13,2
Bundesmedian in %	19,9	17,6	16,7	16,8	18,0	17,8	18,9	17,2	16,3	16,4	17,0	17,9	18,9



Indikator Nr. 2

Stickstoffüberschuss

Stickstoffüberschuss



■ Stickstoffüberschuss (in kg/ha)

Quelle: Institut für Pflanzenbau und Bodenkunde, Julius Kühn-Institut; Institut für Landschaftsökologie und Ressourcenmanagement, Universität Gießen

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Stickstoff ist einer der wichtigsten Pflanzennährstoffe. In der Landwirtschaft wird Stickstoff durch Düngung auf die Nutzflächen ausgebracht, um die mit dem Pflanzenanbau verbrauchten Nährstoffe zu ersetzen und die Erträge, die Qualität von Ernteprodukten sowie die Bodenfruchtbarkeit zu sichern. Aus ökologischen und ökonomischen Gründen kommt es dabei besonders auf die effiziente Ausnutzung des Nährstoffes an. Auch weitere Quellen (z. B. Tierproduktion, Verkehr, Haushalte, biologische Stickstofffixierung) tragen über die Luft zum Eintrag von Stickstoff auf die Fläche bei. Im Übermaß in die Umwelt eingetragener Stickstoff führt zu weitreichenden Problemen: zur Verunreinigung des Grundwassers, zur Überdüngung (Eutrophierung) von Binnengewässern, Meeren und Landökosystemen, zur Entstehung von Treibhausgasen und versauernden Luftschadstoffen mit ihren Folgen für Klima, Artenvielfalt und Landschaftsqualität. Die Stickstoff-Gesamtbilanz setzt sich zusammen aus den Komponenten Flächenbilanz (Bilanzierung der Pflanzen- bzw. Bodenproduktion), Stallbilanz (Bilanzierung der tierischen Erzeugung) und der Biogasbilanz (Bilanzierung der Erzeugung von Biogas in landwirtschaftlichen Biogasanlagen). Der Stickstoffüberschuss der Gesamtbilanz ergibt sich aus der Differenz von Stickstoffzufuhr in und Stickstoffabfuhr

aus dem gesamten Sektor Landwirtschaft. Regional können die Überschüsse sehr stark variieren, insbesondere spielen hier unterschiedliche Viehbesatzdichten eine entscheidende Rolle.

Der Indikator wird in kg je Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche pro Jahr abgebildet. Aufgrund der sehr starken Beeinflussung durch zeitlich begrenzt auftretende äußere Faktoren, wie Witterung (Starkregen) oder marktabhängige Faktoren, die nicht von den landwirtschaftlichen Betrieben beeinflusst werden können, wird die Zeitreihe als gleitendes Fünfjahresmittel dargestellt. Dies wird berechnet aus dem Gesamtsaldo des betreffenden Jahres sowie der beiden Vor- und Folgejahre. Beim Vergleich der aktuellen Zeitreihe mit älteren Veröffentlichungen ist darauf hinzuweisen, dass aufgrund methodischer Änderungen die aktuellen Werte Unterschiede gegenüber älteren Zeitreihen aufweisen können.

Jahr	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Stickstoffüberschuss in kg/ha	62,0	46,6	45,0	54,1	44,4	50,4	35,9	59,9	54,0	45,4	63,6	41,5	39,4



Indikator Nr. 2

BERICHTSINDIKATOR
Erhebungszeitraum: 2000–2020 (jährlich)

Stickstoffüberschuss

ZIELE UND ENTWICKLUNG

Die Bundesregierung hat sich innerhalb der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zum Ziel gesetzt, die Stickstoffüberschüsse in der Gesamtbilanz für Deutschland auf 70 kg/ha landwirtschaftlicher genutzter Fläche im Jahresmittel 2028 bis 2032 zu verringern.

Grundsätzlich wird in Thüringen innerhalb des angegebenen Berichtszeitraumes das vorgenannte Ziel der Bundesregierung regelmäßig erreicht. Trotzdem hat sich Thüringen das Ziel gesetzt, den Stickstoffeintrag aus Düngemaßnahmen, so weit wie dies möglich und auch nachhaltig ist, zu reduzieren. Im Berichtszeitraum 2000–2020 ist der Stickstoffüberschuss, mit starken Schwankungen, tendenziell rückläufig.

Die Entwicklung des Indikators hängt sehr von äußeren bzw. natürlichen Faktoren wie Temperaturverlauf oder Niederschlagsaufkommen ab, die nur schwer beeinflussbar sind. Deshalb wird der Indikator als Berichtsindikator geführt.

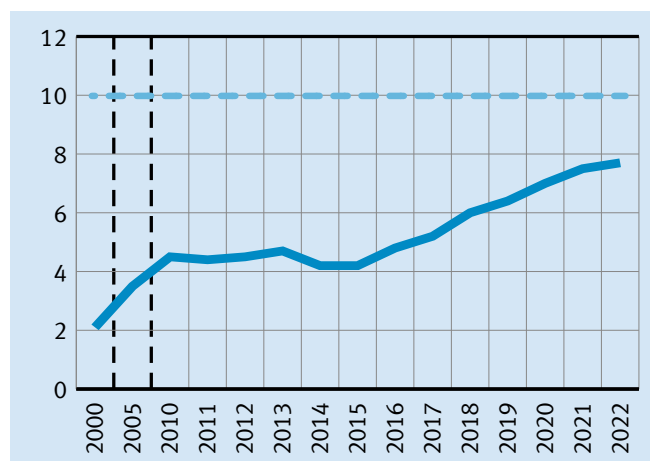


Indikator Nr. 3

Umwelt- und naturverträgliche Landwirtschaft

3 a) Ökologischer Landbau

Ökologischer Landbau



- ökologischer Landbau (in %)
- Zielwert bis 2020 (in %)

Quelle: Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung / LIKI

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Ökologischer Landbau ist besonders auf Nachhaltigkeit ausgelegt. Er erhält und schont die natürlichen Ressourcen in besonderem Maße, hat vielfältige positive Auswirkungen auf Natur und Umwelt und dient der Erzeugung qualitativ hochwertiger Lebensmittel. Darüber hinaus leistet er einen Beitrag zur Pflege und zum Erhalt der Kulturlandschaft und zur Sicherung der Beschäftigung im ländlichen Raum. Zu den Anbauregeln gehören insbesondere möglichst geschlossene Betriebskreisläufe, der Verzicht auf leichtlösliche mineralische Düngemittel und chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel sowie auf gentechnisch veränderte Organismen. Auf ökologisch bewirtschafteten Flächen werden in der Regel niedrigere Erträge erzielt als auf vergleichbaren konventionell bewirtschafteten Flächen. Für ökologisch erzeugte Produkte werden allerdings höhere Marktpreise erzielt. Der betriebswirtschaftliche Mehraufwand für die Einhaltung der Rechtsvorschriften für den ökologischen Landbau wird überdies im Rahmen von Agrarumweltmaßnahmen kompensiert.

Der Indikator nennt die landwirtschaftlich genutzte Fläche ökologisch wirtschaftender Betriebe, die dem Kontrollverfahren der EU-Rechtsvorschriften für den ökologischen Landbau (Verordnung (EU) 2018/848 und Durchführungsvorschriften) unterliegen, als Anteil an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche. Er umfasst sowohl die voll auf Ökolandbau umgestellten als auch die noch in der Umstellung befindlichen Flächen und wird in Prozent dargestellt.

ZIELE UND ENTWICKLUNG

Thüringen hatte sich zum Ziel gesetzt, den Anteil des ökologischen Landbaus an der landwirtschaftlich genutzten Fläche bis 2020 auf 10 Prozent zu erhöhen.

Obwohl sich der Flächenanteil des ökologischen Landbaus im Berichtszeitraum 2000 bis 2022 positiv entwickelt hat, wurde das 10-Prozent-Ziel bis 2020 nicht erreicht. Die Gründe dafür sind vielfältig und im Evaluierungsbericht von 2019 zum Öko-Aktionsplan 2015 dargelegt. Seit Inkrafttreten des Öko-Aktionsplanes 2015 gab es einen Flächenzuwachs um 82 Prozent. Dennoch liegt der Flächenanteil des ökologischen Landbaus in Thüringen unter dem Bundesdurchschnitt. Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, dass bis zum Jahr 2030 ein Anteil von 30 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche ökologisch bewirtschaftet wird. Ob dieses 30-Prozent-Ziel auch in Thüringen erreicht werden kann, ist nicht vorhersehbar.

Die Landwirtschaft ist zwingend auf die natürlichen Ressourcen angewiesen und steht deshalb in einer besonderen Verantwortung für eine nachhaltige und ressourcenschonende Flächenbewirtschaftung. Thüringen wird deshalb weitere Maßnahmen unternehmen, um den Flächenanteil der ökologischen Landwirtschaft kontinuierlich zu steigern. Mit dem im Mai 2023 vom Thüringer Kabinett beschlossenen Positionspapier des TMIL zur künftigen Weiterentwicklung des ökologischen Landbaus in Thüringen

Jahr	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Anteil Flächen Ökologischer Landbau in %	2,1	3,5	4,5	4,4	4,5	4,7	4,2	4,2	4,8	5,2	6,0	6,4	7,0	7,5	7,7



Indikator Nr. 3

ZIELINDIKATOR
Erhebungszeitraum: 2000–2022 (jährlich)

3 a) Ökologischer Landbau

ZIELE UND ENTWICKLUNG

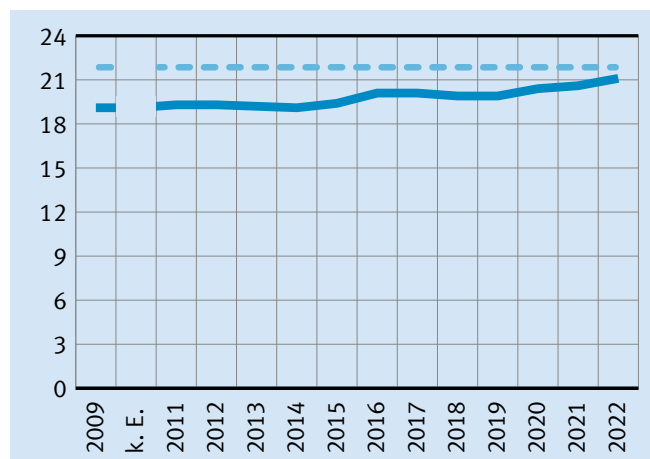
wurde ein Strategiepapier vorgelegt, das dazu beitragen soll, den ökologischen Landbau in Thüringen strategisch weiter zu befördern, auszuweiten und auf ein neues Qualitätsniveau zu heben. Das erklärte Ziel des Positionspapiers ist es, in der Förderperiode bis 2027 ein ausgewogenes marktangepasstes und umweltkonformes Wachstum des ökologischen Landbaus zu gewährleisten.



Indikator Nr. 3

3 b) Landwirtschaftsflächen mit hohem Naturwert (HNV-Farmland-Indikator)

Landwirtschaftsflächen mit hohem Naturwert



- Landwirtschaftsflächen mit hohem Naturwert (in %)
- Zielwert bis 2030 (in %)

Quelle: BfN

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

In der Agrarlandlandschaft sind naturnahe Landschaftselemente sowie extensiv genutzte, artenreiche Flächen von herausragender Bedeutung. Es ist eine ökologische Herausforderung der heutigen Zeit, vor dem Hintergrund des Klimawandels, dem zunehmenden Verlust von Tier- und Pflanzenarten sowie der Zerstörung von wichtigen und einzigartigen Biotopen entschieden entgegenzutreten und auf die Erhaltung und Ausweitung dieser Bereiche besonders zu achten. Agrar-Umweltprogramme und Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes leisten dazu einen wichtigen Beitrag.

HNV (High Nature Value) Farmland wird als der Teil der Agrarlandschaft verstanden, der sich durch einen hohen Naturwert auszeichnet. Dieser hängt von der Intensität der Flächennutzung und von der Ausstattung des Agrarraums mit nicht oder kaum landwirtschaftlich genutzten Strukturelementen ab. Das HNV-Farmland besteht somit aus Flächen und Elementen, die eine extensiv genutzte, reich strukturierte Agrarlandschaft ausmachen und die Grundlage für eine hohe Artenvielfalt bilden. Die HNV-

Anteilserfassung ist damit ein geeignetes Messinstrument zur Verwirklichung von Umweltzielen der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP). In repräsentativen Stichprobenquadraten werden alle landwirtschaftlichen Nutzflächen im Abgleich mit vorgegebenen Kennartenlisten auf ihren Artenreichtum geprüft und bei mindestens 4 Kennarten als HNV-Fläche bewertet. Auch die strukturierenden Landschaftselemente (z. B. Hecken) werden erfasst und bei entsprechender Qualität der Ausprägung einer von drei HNV-Wertstufen zugeordnet. Der HNV-Indikator stellt den Anteil der HNV-Fläche im Verhältnis zur gesamten Landwirtschaftsfläche in Prozent dar.

Die in verschiedenen Publikationen wie dem 3. Thüringer Indikatorenbericht für Nachhaltigkeit genannten Werten weichen von den in diesem Bericht genannten Werten ab. Ursache ist eine bundesweit neue Berechnungsmethode. Außerdem wurden die Daten rückwirkend ab 2011 jährlich erfasst.

Jahr	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
HNV-Flächen-Anteil in % äußerst hoher Naturwert	5,3	k. E.	5,5	5,6	5,7	5,7	5,9	5,8	5,5	5,4	5,4	5,4	6,0	6,4
sehr hoher Naturwert in %	5,7	k. E.	5,7	6,1	6,1	6,0	6,1	6,9	7,3	7,6	7,6	7,5	7,5	7,6
mäßig hoher Naturwert in %	8,1	k. E.	8,1	7,6	7,4	7,3	7,4	7,4	6,9	6,6	6,6	7,2	7,1	7,1
Gesamtflächen in %	19,1	k. E.	19,3	19,3	19,2	19,1	19,4	20,1	20,1	19,9	19,9	20,4	20,6	21,1



Indikator Nr. 3

ZIELINDIKATOR

Erhebungszeitraum: 2009–2021 (bis 2010 zweijährig, danach jährlich)

3 b) Landwirtschaftsflächen mit hohem Naturwert (HNV-Farmland-Indikator)

ZIELE UND ENTWICKLUNG

Seit der Ersterfassung 2009 leistet das artenreiche Grünland in Thüringen einen stabilen Beitrag zu HNV-Flächen und so ist der HNV-Indikator mit 19,1 Prozent seit 2009 relativ konstant und liegt deutlich über dem Bundeswert mit 13,9 Prozent. Im Berichtszeitraum haben sich die Anteile der Wertstufen verändert. Die Flächen mit äußerst hohem Naturwert sind leicht gestiegen. Die Flächen mit sehr hohen Naturwerten nahmen kontinuierlich zu, während die Flächen mit mäßig hohem Naturwert abgenommen haben. Soweit diese Flächen durch Zunahme an Kennarten den Anteilen mit höheren Naturwerten zugutekommen, ist dieser Trend positiv. Insgesamt gesehen sind die landwirtschaftlichen Flächen mit einem Naturwert in Thüringen in den letzten 13 Jahren leicht von 19,1 Prozent auf 21,1 Prozent gestiegen. Dies geht vor allem auf Verbesserungen im Grünland zurück.

Thüringen hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2030 eine HNV-Farmland-Fläche von 22 Prozent zu erreichen. Da das Grünland bereits rund zwei Drittel der HNV-Flächen ausmacht, wird ein Zuwachs vor allem auf Ackerflächen und über Strukturelemente anzustreben sein. Daher werden weitere Maßnahmen erforderlich sein, um den Zielwert von 22 Prozent im Jahr 2030 erreichen zu können.

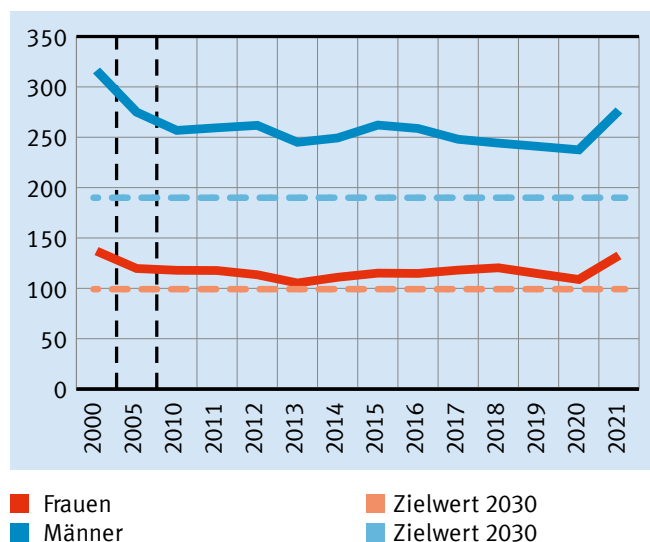


Indikator Nr. 4

Vorzeitige Sterblichkeit

- 4 a) Frauen
- 4 b) Männer

Vorzeitige Sterblichkeit



BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Gesundheit und Lebenserwartung werden von einer Vielzahl von Faktoren beeinflusst. Dazu gehören die soziale Situation, das Bildungsniveau, Lebensstil und Lebensgewohnheiten (Tabakkonsum, Alkohol, körperliche Betätigung, Ernährung), Arbeitsbedingungen, Umweltfaktoren, medizinische Vorsorgemaßnahmen und Versorgung. Auch Unfälle und Suizide werden in die Erfassung mit eingerechnet. Treten in einer Bevölkerung gehäuft Todesfälle in einem Alter auf, das deutlich unter der durchschnittlichen Lebenserwartung liegt, ist dies ein Hinweis auf erhöhte Gesundheitsrisiken, die vermieden werden können. Er wird auch drastischer als Indikator „verlorene Lebensjahre“ bezeichnet. Der Indikator „vorzeitige Sterblichkeit“ weist die Todesfälle der unter 65-Jährigen pro 100.000 Einwohner (einwohneraltersstandardisiert an der Europabevölkerung) im Jahr getrennt nach Frauen und Männern sowie Gesamt aus. Im Rahmen der Todesursachenstatistik werden alle amtlichen Todesbescheinigungen erfasst und ausgewertet. Ab 2011 fand die Fortschreibung auf der Basis des Zensus 2011 statt.

ZIELE UND ENTWICKLUNG

Nach den Erhebungen des Bundes ging die vorzeitige Sterblichkeit in den vergangenen Jahren kontinuierlich zurück. Dabei hat sich auch der geschlechtsspezifische Unterschied zwischen Frauen und Männern leicht verringert. Dies trifft auch für den Freistaat zu. Im Berichtszeitraum 2000 bis 2020 ist eine kontinuierliche Verringerung der Werte zu verzeichnen. In 2021 sind dann deutliche Steigerungen der Werte offensichtlich. Ob es sich hierbei um einen beginnenden Trend oder um einen vorübergehenden Anstieg im Zusammenhang mit der Corona Pandemie handelt, muss beobachtet werden.

Thüringen orientiert sich weiterhin an der Zielsetzung der bundesdeutschen Nachhaltigkeitsstrategie (Frauen unter 100/100.000 EW und Männer unter 190/100.000 EW). Da der derzeitige Wert für Thüringen bei Männern und Frauen jedoch noch über dem Bundesdurchschnitt liegt, ist das Erreichen dieses Wertes ein ambitioniertes Ziel. Mit zielgerichteter Prävention und Gesundheitsversorgung sowie einer besseren Behandlung soll der Wert gesenkt werden.

Quelle: TLS – Statistik der Sterbefälle, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Jahr	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Frauen/100.000 EW	137,0	119,7	117,9	117,7	113,5	105,3	111,0	115,1	114,8	118,1	120,4	114,5	108,8	132,6
Männer/100.000 EW	316,3	274,9	256,8	259,4	261,8	245,0	249,3	262,1	258,7	248	244,2	240,9	237,5	276,6
Gesamt	226,5	197,7	188,1	189,0	188,4	175,7	180,7	189,5	187,5	183,7	182,9	178,4	173,9	205,6

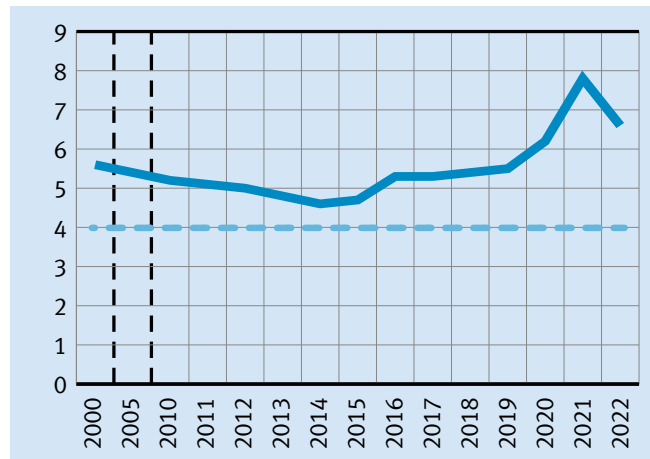


Indikator Nr. 5

ZIELINDIKATOR
Erhebungszeitraum: 2000–2022 (jährlich)

Adipositas bei Kindern zum Zeitpunkt der Einschulungsuntersuchung

Kinder mit Adipositas zum Zeitpunkt der Einschulungsuntersuchung



- Anteil (in %)
- Zielwert bis 2030 (in %)

Quelle: TLVwA – Statistik kinder- und jugendärztlicher Untersuchungen des öffentlichen Gesundheitsdienstes in Thüringen

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Bereits im Kindes- und Jugendalter bedingen Übergewicht und Adipositas (starkes Übergewicht) vielfältige gesundheitliche Probleme. Ausgrenzung und sozialer Rückzug sind die Folgen, die zusätzlich zu gesellschaftlichen Problemen führen. Hinzu kommt, dass ein Großteil der bereits adipösen Kinder und Jugendlichen auch im Erwachsenenalter an Adipositas leidet.

Anders als im Indikatorenbericht zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie wurde für Thüringen nicht der Anteil von Jugendlichen oder Erwachsenen mit Adipositas, sondern der Anteil der Kinder mit Adipositas zum Zeitpunkt der Einschulung als Indikator ausgewählt. Aufgrund der gesetzlich vorgeschriebenen Einschulungsuntersuchungen kann hier auf detailliertes Datenmaterial für alle Kinder dieser Altersgruppe zurückgegriffen werden. So kann frühzeitig einer negativen Entwicklung entgegengesteuert werden. Der Body-Mass-Index (BMI) ist im Kindesalter alters- und geschlechtsabhängig. Insofern müssen im BMI-Referenzkurven (BMI-Perzentilkurven) verwendet werden. Adipositas wird bei einer BMI-Perzentile > 97 festgelegt. Der Anteil der betroffenen Kinder zum Zeitpunkt der Einschulung wird in Prozent dargestellt.

ZIELE UND ENTWICKLUNG

Die Werte der adipösen Thüringer Kinder im Einschulalter sind von 2000 bis 2014 leicht gesunken. Die Einschulungsuntersuchung im Jahr 2020 ergab, dass 6,2 Prozent der Thüringer Kinder im Einschulalter adipös waren. Von 2015 (4,7 Prozent) bis 2020 (6,2 Prozent) ist ein Anstieg um 1,5 Prozent zu verzeichnen.

Primäres Ziel für Thüringen ist es, eine erneute Erhöhung des Wertes zu verhindern und bis 2030 unter 4 Prozent zu gelangen.

Es wird davon ausgegangen, dass dies möglich ist und der Zielwert bis 2030 erreicht werden kann. Die Landesgesundheitskonferenz Thüringen mit ihrer Strategiearbeitsgruppe „Gesund aufwachsen“, die sich mit der Einflussnahme von gesundheitsförderlichen Maßnahmen auf die Entwicklung von Kindern beschäftigt und als Austauschformat unter den beteiligten Akteuren dienen soll, ist bestrebt, mit zielgruppenorientierten Strategien und Maßnahmen zur Zielerreichung beizutragen. Darüber hinaus bietet die Landesvereinigung für Gesundheitsförderung in Thüringen e.V. (AGE-THUR) zahlreiche weitere präventive Unterstützungsangebote an, um auf den verschiedenen Ebenen Einfluss auf die Gesundheit von Kindern zu nehmen.

Untersuchungszeitraum	1999/ 2000	2004/ 2005	2009/ 2010	2010/ 2011	2011/ 2012	2012/ 2013	2013/ 2014	2014/ 2015	2015/ 2016	2016/ 2017	2017/ 2018	2018/ 2019	2019/ 2020	2020/ 2021	2021/ 2022
Adipositas bei Kindern zum Zeitpunkt der Einschulungsuntersuchung in %	5,6	5,4	5,2	5,1	5,0	4,8	4,6	4,7	5,3	5,3	5,4	5,5	6,2	7,8	6,6

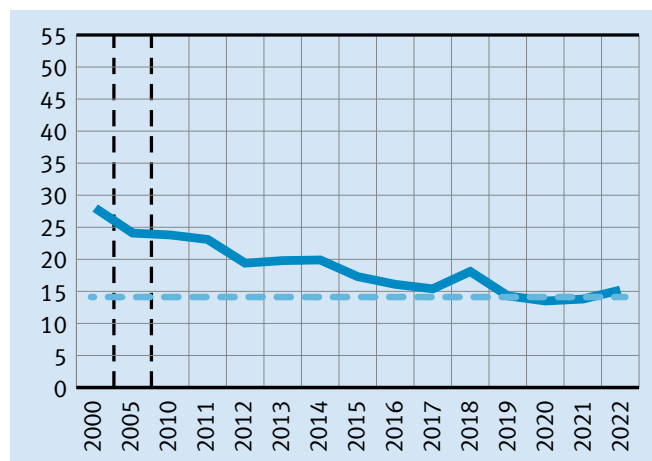
Städtische Luftqualität

6 a) Feinstaub (PM₁₀)



Indikator Nr. 6

Feinstaub



- Feinstaub (PM₁₀ in µg/m³)
- Referenzwert (2018–2022)

Quelle: TLUBN

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Staub kann, abhängig von der Größe und der ihm anhaftenden Stoffe, gesundheitsgefährdend sein und Ökosysteme sowie die Artenvielfalt schädigen. Insbesondere der Feinstaub im Größenbereich < 10 µm ist gesundheitlich von besonderer Bedeutung, weil Partikel dieser Größe mit vergleichsweise hoher Wahrscheinlichkeit vom Menschen eingeatmet und in die tieferen Atemwege transportiert werden. Untersuchungen weisen auf einen Zusammenhang zwischen der Häufigkeit von chronischer Bronchitis, Lungenkrebs sowie Krankheiten des Herz- Kreislauf-Systems und der Feinstaubbelastung hin. Feinstaub wird daher auch für viele vorzeitige Todesfälle verantwortlich gemacht. Wesentliche PM10-Emittenten sind industrielle Prozesse, Feststofffeuerungen und der Kfz-Verkehr, wobei der Straßenverkehr mit seinen direkten Emissionen und Reifenabrieb einer der größten Verursacher ist.

Der Indikator beschreibt repräsentativ die Luftqualität im städtischen Wohnumfeld. Dies bedeutet zwar keine flächendeckende, aber eine wohnortbezogene Abbildung der Einhaltung des Richtwertes. Grundlage sind die Daten des Luftmessnetzes des TLUBN aus Messstationen im städtischen Hintergrund. Als Referenzwert wird jeweils der Mittelwert der vier Jahre mit den geringsten Jahresdurchschnittsbelastungen aus dem Zeitraum zugrunde gelegt. Der breite Referenzwert berücksichtigt meteorologische Einflüsse, die Luftqualitätsschwankungen von Jahr zu Jahr bewirken und lokal wie regional nicht beeinflusst werden können. Der Wert wird in µg/m³ dargestellt.

Beurteilungsmaßstab zum Schutz der menschlichen Gesundheit sind die in der Richtlinie 2008/50/EG (Luftqualitäts-Richtlinie) bzw. die in der 39. BImSchV festgelegten Grenzwerte. Eine von der EU-Kommission geplante Änderung der Luftqualitäts-Richtlinie wird sich stärker an den im Jahr 2021 aktualisierten Leitlinien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) orientieren, deren Empfehlungen bis 2050 über Zwischenziele erreicht werden sollen.

ZIELE UND ENTWICKLUNG

Ziel ist die Verbesserung des Jahresmittelwertes bezogen auf den Referenzwert von 14,2 µg/m³ und eine Erreichung der WHO-Empfehlung von 15 µg/m³.

Im Berichtszeitraum 2000 bis 2022 hat sich der Indikator positiv entwickelt. Neben der Unterschreitung des Referenzwertes wird seit dem Jahr 2019, im Durchschnitt der berücksichtigten Messstationen, auch die WHO-Empfehlung erreicht. Zur Sicherung guter Zielwerte sind weitere Maßnahmen in Verkehr, Infrastruktur, Wirtschaft und Umwelt notwendig. Eine zukünftige positive Entwicklung ist zu erwarten, wenn die Umstellung von fossilen Energieträgern auf erneuerbare Energien gelingt.

Jahr	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Feinstaub (PM ₁₀) in µg/m ³	28	24,1	23,8	23,1	19,4	19,8	19,9	17,3	16,1	15,4	18,1	14,3	13,5	13,8	15,2

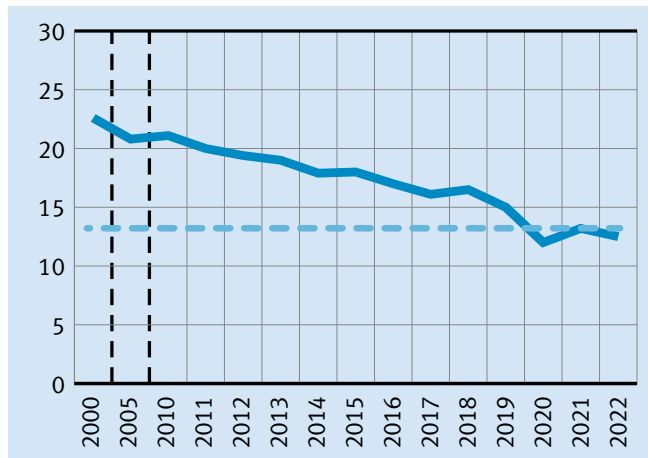


Indikator Nr. 6

ZIELINDIKATOR
Erhebungszeitraum: 2000–2022 (jährlich)

6 b) Stickstoffdioxid (NO₂)

Stickstoffdioxid



- Stickstoffdioxid (NO₂ in µg/m³)
- Referenzwert (2018–2022)

Quelle: TLUBN

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Erhöhte Konzentrationen von Luftschadstoffen können sowohl die menschliche Gesundheit gefährden als auch die Ökosysteme und Artenvielfalt schädigen. Insbesondere erhöhte NO₂-Konzentrationen können beim Menschen zu Reizungen und Erkrankungen der Atemwege sowie Herz-Kreislauferkrankungen führen. Gefährdet sind insbesondere Kranke, Ältere, Kinder und Schwangere. NO₂ ist zudem eine wichtige Vorläufersubstanz für die sommerliche Ozonbildung in den bodennahen Luftschichten. Abgesehen von geringen Anteilen aus natürlichen Quellen stammt NO₂ in etwa zu gleichen Anteilen aus industriellen Verbrennungsprozessen und aus dem Kraftfahrzeugverkehr. Die bodennahen Emissionen der Kraftfahrzeuge führen insbesondere in den Ballungsräumen zu hohen Luftbelastungen, seit dem Jahr 2000 teilweise mit zunehmender Tendenz.

Der Indikator beschreibt repräsentativ die durchschnittliche großräumige Luftbelastung mit Stickstoffdioxid in städtischen Gebieten über ein Jahr, unabhängig von einzelnen lokalen Spitzenwerten. Somit liefert der Indikator keine flächendeckende Abbildung, aber eine auf die Wohnorte der Bevölkerung bezogene Darstellung ab. Als Datengrundlage finden die Messdaten des Luftmessnetzes der TLUBN aus Messstationen im städtischen Hintergrund Verwendung. Als Referenzwert wird jeweils der Mittelwert der vier Jahre mit den geringsten Jahresdurchschnittsbelastungen aus dem Zeitraum zugrunde gelegt. Der breite Referenzwert berücksichtigt meteorologische Einflüsse, die Luftqualitätsschwankungen von Jahr zu Jahr bewirken und lokal wie regional nicht beeinflusst werden können. Der Wert wird in µg/m³ dargestellt.

Beurteilungsmaßstab zum Schutz der menschlichen Gesundheit sind die in der Richtlinie 2008/50/EG (Luftqualitätsrichtlinie) bzw. die in der 39. BImSchV festgelegten Grenzwerte. Eine von der EU-Kommission geplante Änderung der Luftqualitäts-Richtlinie wird sich stärker an den im Jahr 2021 aktualisierten Leitlinien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) orientieren, deren Empfehlungen bis 2050 über Zwischenziele erreicht werden sollen.

ZIELE UND ENTWICKLUNG

Ziel ist die Verbesserung des Jahresmittelwertes bezogen auf den Referenzwert von 13,4 µg/m³ und die Erreichung der WHO-Empfehlung von 10 µg/m³.

Im Berichtszeitraum 2000 bis 2022 hat sich der Indikator positiv entwickelt. Der Referenzwert wird unterschritten. Die WHO-Empfehlung wird auch im Jahr 2022, im Durchschnitt der berücksichtigten Messstationen, noch nicht erreicht. Zur Sicherung der guten Zielwerte sind weitere Maßnahmen in Verkehr, Infrastruktur, Wirtschaft und Umwelt notwendig. Eine Verbesserung des Wertes ist zu erwarten, wenn die Umstellung von fossilen Energieträgern auf erneuerbare Energien gelingt.

Jahr	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Stickstoffdioxid in µg/m ³	22,6	20,8	21,1	20,0	19,4	19,0	17,9	18,0	17,0	16,1	16,5	15,0	12,0	13,2	12,5

ZIELINDIKATOR

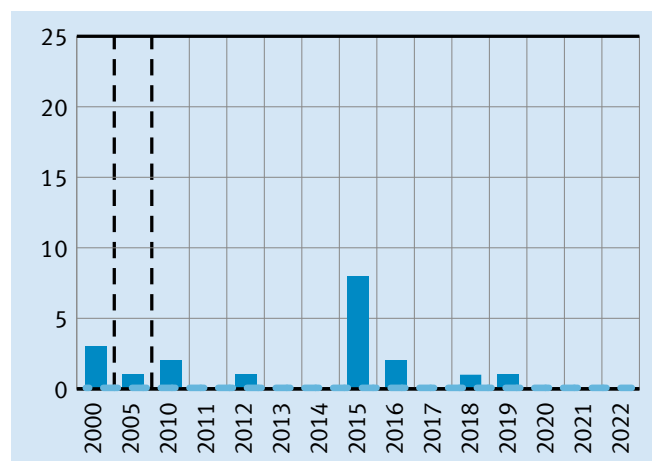
Erhebungszeitraum: 2000–2022 (jährlich)



Indikator Nr. 6

6 c) Ozon (O₃)

Ozon



- Ozon (Anzahl Überschreitungen*)
- Zielwert bis 2030

* Anzahl der Überschreitung des 1 Std.- Mittels (größer 180 µg/m³) im Jahr

Quelle: TLUBN

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Erhöhte Ozonkonzentrationen können zu Vegetationsschäden führen und auch die menschliche Gesundheit beeinträchtigen, insbesondere durch Reizungen der Atemwege und Augen. Ozon wird nicht direkt emittiert, sondern aus Vorläuferstoffen (flüchtige organische Verbindungen sowie Stickstoffoxide) unter dem Einfluss der Sonnenstrahlung gebildet. Die besonders wirkungsrelevanten Ozonspitzenwerte treten deshalb insbesondere im Sommer bei geringem Luftaustausch, hohen Temperaturen und starker Sonneneinstrahlung auf. Detaillierte Langzeitanalysen haben ergeben, dass die Ozonspitzenwerte zwar zurückgegangen sind, die chronische Belastung jedoch zunimmt. Wegen des weiträumigen Transports der Vorläufersubstanzen treten die höchsten Ozonwerte häufig weit entfernt von den Emissionsorten auf.

Für den Nachhaltigkeitsindikator wird als Beurteilungsmaßstab der Informationswert (Anzahl der Tage) von 180 µg Ozon pro m³ Luft als 1-Stunden-Mittelwert zur aktuellen Unterrichtung der Bevölkerung herangezogen. Er charakterisiert die Häufigkeit des Auftretens von Spitzenwerten. Zur Beurteilung der Einhaltung des wesentlich strengeren Zielwertes für den Schutz der menschlichen Gesundheit kann er nicht herangezogen werden. Der Indikator basiert auf Messdaten des Luftmessnetzes des TLUBN aus Messstationen im städtischen Hintergrund. Eingeflossen in die Berechnung sind alle Stationen, an denen im Berichtszeitraum (2000 bis 2022) kontinuierlich gemessen wurde. Berücksichtigt werden nun die Anzahl der Tage mit Überschreitung der 1-Stundenwerte.

ZIELE UND ENTWICKLUNG

Zielsetzung für das Jahr 2030 ist, dass an keiner Messstelle eine Überschreitung der 1-Stundenwerte größer als 180 µg Ozon pro m³ Luft registriert wird.

Dies ist jedoch stark wetterabhängig. So gab es beispielsweise im Jahr 2015 an 8 Tagen Überschreitungen des 1-Stundenwertes. In heißen Sommern steigt die Ozon-Konzentration stark an. Klimabedingt ist mit weiteren heißen und trockenen Sommerperioden mit viel Sonne zu rechnen. Deshalb kann für diesen Teilindikator der Trend nur unzureichend bestimmt werden. Da die Überschreitungen im Berichtszeitraum jedoch überwiegend sehr gering sind und alle Anstrengungen unternommen werden, insbesondere auch die Emissionen aus dem Verkehr und der Industrie durch neue Technologien zu reduzieren, wird von einem weiteren positiven Verlauf ausgegangen.

Jahr	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Anzahl der Tage mit Überschreitung der 1-Stundenwerte größer 180 µg/m ³	3	1	2	0	1	0	0	8	2	0	1	1	0	0	0



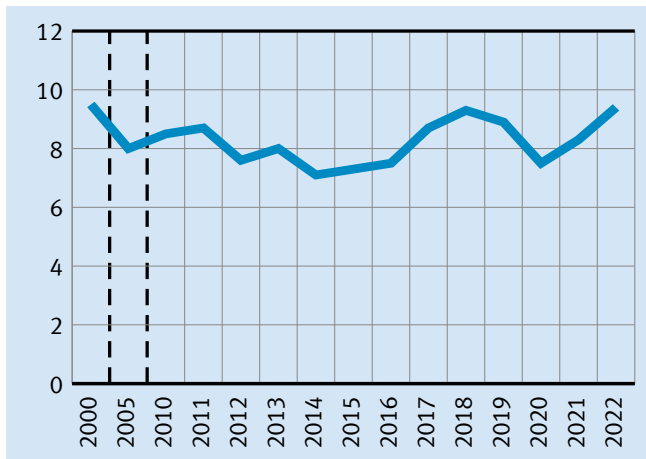
Indikator Nr. 7

BERICHTSINDIKATOR
Erhebungszeitraum: 2000–2022 (jährlich)

Bildungsabschlüsse

7 a) Anzahl der Abgänger/-innen ohne Hauptschulabschluss aus allgemeinbildenden Schulen

Abgänger/-innen ohne Hauptschulabschluss



■ Anzahl der Abgänger/-innen ohne Hauptschulabschluss in %

Quelle: Statistikstelle TMBJS

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Das staatliche Bildungssystem und das für Deutschland charakteristische duale System der Berufsausbildung sind die Eckpfeiler einer zukunftsorientierten Qualifikation für junge Menschen. Fehlende Schul- und Berufsabschlüsse bedeuten ein Armutsrisiko und sind ein Hindernis bei der beruflichen und sozialen Integration.

Unter dem Aspekt des globalen und lebenslangen Lernens hat ein Schulabschluss eine hohe Bedeutung. Außerdem wird er als grundlegender Faktor der Nachhaltigkeit eines Bildungssystems gesehen. Dieser Indikator bezieht sich auf Abgänger/-innen der allgemeinbildenden Schulen. Dies sind Schülerinnen und Schüler des Berichtsschuljahres, die die Schulart nach Vollendung der Vollzeitschulpflicht am Ende oder im Verlauf des Berichtsschuljahres ohne Hauptschulabschluss verlassen haben und nicht auf eine andere allgemeinbildende Schulart gewechselt sind (inklusive Schüler/-innen der FÖS). Der Anteil wird in Prozent dargestellt.

Abgangsjahr	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Anzahl der Abgänger/-innen ohne Hauptschulabschluss in %	9,5	8,0	8,5	8,7	7,6	8,0	7,1	7,3	7,5	8,7	9,3	8,9	7,5	8,3	9,4



Indikator Nr. 7

7 a) Anzahl der Abgänger/-innen ohne Hauptschulabschluss aus allgemeinbildenden Schulen

ZIELE UND ENTWICKLUNG

Bildung ist ein lebenslanger Prozess in Eigentätigkeit des Menschen. Entsprechend des Thüringer Bildungsplanes wird „Bildung von jedem Kind bzw. jedem Jugendlichen in seiner je eigenen Weise, seinem je eigenen Tempo, nach seinen je eigenen Interessen im jeweiligen Umwelt erworben. Erwachsene unterstützen dabei, dass Bildungsprozesse positiv verlaufen und gelingen können“.

Es ist das erklärte Ziel der Landesregierung, dass alle Jugendlichen einen Schulabschluss, den für sie höchstmöglichen Schulabschluss, erreichen.

Bis zum Jahr 2014 sank der Anteil der Abgänger/-innen und damit verlief der Trend positiv. Seit dem Jahr 2015 ist ein Ansteigen des Anteils der Abgänger/-innen bis zum Jahr 2019 zu beobachten. Als eine Ursache ist die kurze Verweildauer von ausländischen Schülern im deutschen Schulsystem zu nennen. Dies betrifft Schüler/-innen, die ab dem Jahr 2015 neu nach Thüringen zugezogen sind. Danach kam es im Jahr 2020 wieder zu einem stärkeren Absinken. Danach stieg die Zahl wieder an. Ursache könnten hier die Auswir-

kungen der Corona-Pandemie sein. Die Einflussnahme auf die weitere Entwicklung des Indikators ist eine komplexe Aufgabe, daher wird dieser als Berichtsindikator ohne einen festen Zielwert geführt. Da gute Lernerfolge trotz ungünstiger Lernvoraussetzungen möglich sind und ebenso das Ausbleiben von guten Lernerfolgen bei günstigen Lernvoraussetzungen, gilt es, den Kompetenzerwerb der Lernenden in den Fokus zu rücken. Gezielte individuelle Schulentwicklung ermöglicht die Etablierung von Differenzierung und individueller Förderung für alle Lernenden. Dies erfordert Personalentwicklung und Unterstützung der Thüringer Schulen aller Schularten bei der Gestaltung und Entwicklung eines lernförderlichen Unterrichts mit lernförderlicher Kommunikation und lernförderlicher Beziehungsgestaltung.

Der Wert für Thüringen stieg in 2022 auf 9,4 %. Die einzelnen Schulen selbst weisen sehr unterschiedliche Entwicklungen dieser Quote auf, deshalb gilt es die einzelnen Schulen noch differenzierter zu unterstützen. Da die einzelnen Schulen unterschiedliche Kontext- und Prozessqualitäten aufweisen, ist eine allgemeine Bewertung nicht angezeigt.

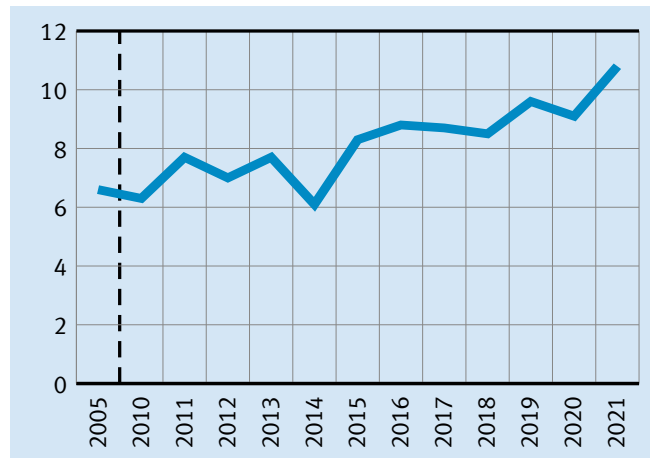


Indikator Nr. 7

BERICHTSINDIKATOR
Erhebungszeitraum: 2005–2021 (jährlich)

7 b) 18- bis 24-Jährige ohne Abschluss

18- bis 24-Jährige ohne Abschluss



■ Anzahl der 18- bis 24-Jährigen ohne Abschluss in %

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Das staatliche Bildungssystem und das für Deutschland charakteristische duale System der Berufsausbildung sind die Eckpfeiler einer zukunftsorientierten Qualifikation für junge Menschen. Fehlende Schul- und Berufsabschlüsse bedeuten ein Armutsrisiko und sind ein Hindernis bei der beruflichen und sozialen Integration.

Der Indikator bezieht sich auf den Anteil aller 18- bis 24-Jährigen, die gegenwärtig keine Schule oder Hochschule besuchen, sich auch an keiner Weiterbildungsmaßnahme beteiligen und nicht über einen Abschluss des Sekundarbereichs II (Hochschulreife bzw. abgeschlossene Berufsausbildung) verfügen. Demnach werden als frühe Schulabgänger/-innen auch diejenigen jungen Menschen gezählt, die einen Abschluss der Sekundarstufe I (Haupt- und Regelschulabschluss) erreicht, anschließend aber weder die Hochschulreife noch einen beruflichen Abschluss erworben haben und sich nicht mehr im Bildungsprozess befinden. Der Anteil wird in Prozent dargestellt.

ZIELE UND ENTWICKLUNG

Entsprechend der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ist es das Ziel, bis 2030 den Anteil der frühen Schulabgänger/-innen (18- bis 24-Jährige ohne Sekundarstufe II-Abschluss) unter 9,5 % zu bringen.

Da die Zielerreichung von vielen individuellen Bedingungen beeinflusst wird, kann kein fester Zielwert vorgegeben werden. Der Indikator wird dementsprechend als Berichtsindikator geführt.

Quelle: StBA – Mikrozensus

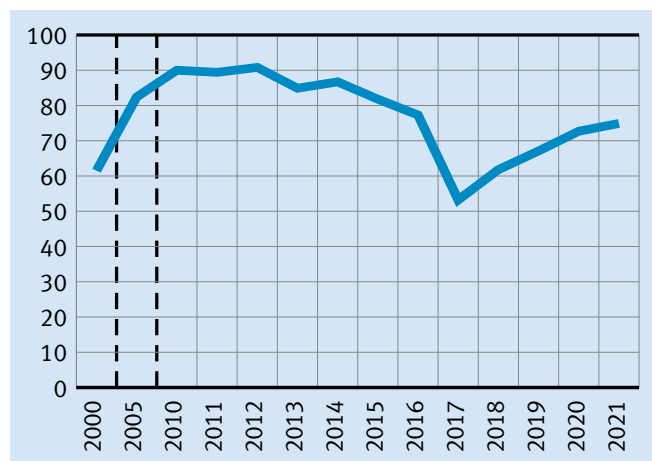
Jahr	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
18- bis 24-Jährige ohne Abschluss in %	6,6	6,3	7,7	7,0	7,7	6,1	8,3	8,8	8,7	8,5	9,6	9,1	10,8



Indikator Nr. 7

7 c) Ausländische Schulabsolvent/-innen mit Schulabschluss

Ausländische Schulabsolvent/-innen mit Schulabschluss



■ Anteil der ausländischen Schulabsolventen mit Schulabschluss in %

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Das staatliche Bildungssystem und das für Deutschland charakteristische duale System der Berufsausbildung sind die Eckpfeiler einer zukunftsorientierten Qualifikation für junge Menschen. Fehlende Schul- und Berufsabschlüsse bedeuten ein Armutsrisiko und sind ein Hindernis bei der beruflichen und sozialen Integration.

Die Integration in Deutschland lebender Ausländer/-innen ist eine wichtige Voraussetzung für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Grundbedingung ist eine ausreichende schulische Qualifizierung, die berufliche Ausbildungs- und Erwerbsmöglichkeiten eröffnet. Der Indikator erfasst den Anteil ausländischer Schulabsolvent/-innen, die die allgemeinbildenden Schulen mit mindestens dem Hauptschulabschluss verlassen, in Prozent aller ausländischen Schulabgänger/-innen bzw. Schulabsolvent/-innen eines Jahrgangs (einschließlich Externe).

ZIELE UND ENTWICKLUNG

Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie verfolgte das Ziel, den Anteil der ausländischen Schulabsolvent/-innen, die mindestens einen Hauptschulabschluss erreichen, bis zum Jahr 2020 an die entsprechende Quote für die deutschen Jugendlichen anzugleichen. (Hinweis: Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie wird derzeit überarbeitet.)

Nach einer deutlich positiven Entwicklung bis 2010 stagniert der Indikator für drei Jahre auf dem erreichten Niveau und hatte ab 2015 eine rückläufige Tendenz bis zum Jahr 2017. Im Jahr 2018 ist wieder ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Der Indikator wird als Berichtindikator geführt.

Quelle: TLS

Abgangsjahr	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Anteil ausländische Schulabsolvent/-innen in %	61,5	82,4	90,0	89,4	90,8	84,9	86,7	81,8	77,3	53,2	61,8	67,1	72,7	74,9

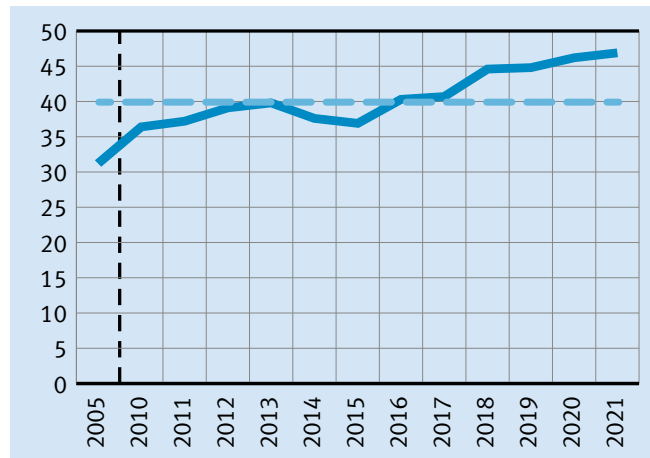


Indikator Nr. 7

ZIELINDIKATOR
Erhebungszeitraum: 2005–2021 (jährlich)

7 d) 30- bis 34-Jährige mit tertiärem oder postsekundärem nicht-tertiärem Abschluss

Tertiäre oder postsekundäre nicht-tertiäre Abschlüsse



- 30- bis 34-Jährige mit tertiärem oder postsekundärem nicht-tertiärem Abschluss
- Zielwert bis 2030 (in %)

Quelle: StBA

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Eine hoch entwickelte Volkswirtschaft, in der der Dienstleistungssektor und der Bedarf an Wissen und Expertise gegenüber der industriellen Produktion immer stärker in den Vordergrund rücken, benötigt hoch qualifizierte Arbeitskräfte. Unterschiedliche Lebensbiographien oder Lebenswünsche, aber auch die vielfältigen Bildungsangebote führen die Jugendlichen auf verschiedenen Bildungswegen zu qualifizierten Abschlüssen. Die Bezeichnung des Indikators hängt mit der Tradition der dualen Ausbildungssysteme zusammen. Tertiäre Abschlüsse sind Abschlüsse an Hoch-, Fachhoch- und Verwaltungsfachhochschulen, Berufs- und Fachakademien sowie Meister- und Technikerabschlüsse. Postsekundäre nicht-tertiäre Abschlüsse des Sekundarbereichs II sind beispielsweise das Abitur an Abendgymnasien oder an Berufs- bzw. Technischen Oberschulen, der Abschluss einer Berufsausbildung nach dem Abitur oder einer vorangegangenen Berufsausbildung. Der Indikator umfasst daher sowohl die tertiären Abschlüsse entsprechend den Stufen 5/6 der internationalen Standardklassifikation des Bildungswesens von 1997 (ISCED) als auch die postsekundären nicht-tertiären Abschlüsse der Stufe 4 der ISCED. Ab 2014 gelten für den tertiären Bereich die Stufen 5–8 der ISCED (2011). Daher sind die Daten vor 2014 mit der Datenreihe ab 2014 nur eingeschränkt vergleichbar. Der Anteil der 30- bis 34-Jährigen wird in Prozent dargestellt.

ZIELE UND ENTWICKLUNG

Gemäß der Strategie Europa 2020 sollte ein Anteil von 40 Prozent der 30- bis 34-Jährigen über einen tertiären Abschluss verfügen. In der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie wird ein Anteil von 55 Prozent bis 2030 angestrebt. In Deutschland ist der Anteil der entsprechend Qualifizierten unter den 30- bis 34-Jährigen in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich angestiegen und hat im Jahr 2019 bereits 50 Prozent erreicht.

Im Berichtszeitraum 2005 bis 2021 hat sich der Anteil in Thüringen positiv entwickelt. Die Zielwerte auf europäischer und regionaler Ebene werden in Thüringen seit 2016 erreicht. Ziel ist es, den Anteil der entsprechend Qualifizierten unter den 30- bis 34-Jährigen mittelfristig an den Bundesdurchschnitt anzugleichen (2021: 53,1 %).

Der kurzzeitige Rückgang von 39,8 im Jahr 2013 auf 37,6 im Jahr 2014 ist dadurch bedingt, dass die Abschlüsse der 2- bzw. 3-jährigen Schulen des Gesundheitswesens ab 2014 nach der ISCED 2011 nicht mehr zu den tertiären Abschlüssen zählen. Weiterhin ist ein positiver Trend zu verzeichnen.

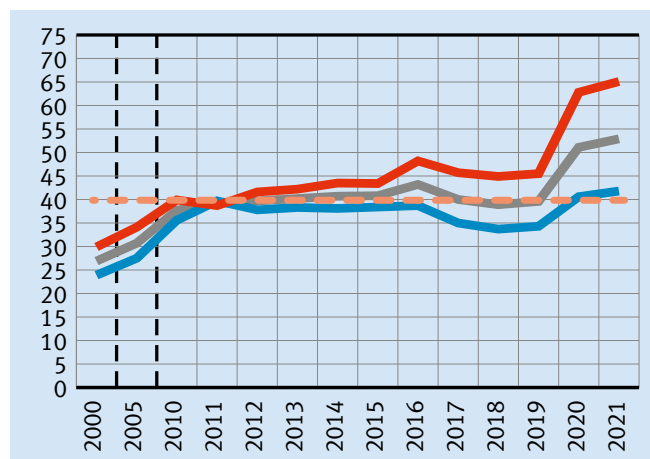
Jahr	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Anteil 30- bis 34-Jährige in %	31,2	36,4	37,2	39,1	39,8	37,6	36,9	40,3	40,7	44,6	44,8	46,2	46,9



Indikator Nr. 8

Studienanfängerquote

Studienanfängerquote



- weiblich in %
- männlich in %
- Insgesamt in %
- Zielwert bis 2030 (in %)

Quelle: BMBF – Auswertung aus der ICE-Datenbank

Jahr	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Studienanfängerquote weiblich in %	29,9	34,1	39,9	38,7	41,6	42,2	43,5	43,4	48,2	45,7	44,9	45,5	62,8	65,1
Studienanfängerquote männlich in %	23,9	27,5	35,6	39,7	37,8	38,3	38,1	38,4	38,7	35,0	33,7	34,3	40,6	41,8
Studienanfängerquote Insgesamt in %	26,9	30,7	37,7	39,2	39,7	40,2	40,7	40,8	43,2	40,0	38,9	39,6	51,1	52,9

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Eine Bildungspolitik, die möglichst vielen jungen Menschen eine qualifizierte Ausbildung ermöglicht, ist eine Voraussetzung dafür, dass unsere Gesellschaft den künftigen Herausforderungen gewachsen ist.

Die Studienanfängerquote berechnet sich für Thüringen (analog zum Bund) als Anteil der Studienanfänger/-innen aus dem In- und Ausland an Hochschulen (außer Verwaltungsfachhochschulen) im ersten Hochschulsemester, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Thüringen erworben haben, an der altersspezifischen Bevölkerung im Land. Die Quote lag im Freistaat bis zum Jahr 2019 deutlich niedriger als im Bund, obwohl in den vergangenen Jahren ungeachtet des Bevölkerungsrückgangs in den relevanten Altersgruppen die Zahl der Studierenden an den Hochschulen des Landes gewachsen ist. Das resultiert aus der Tatsache, dass mehr Studierende aus anderen, vor allem westdeutschen Ländern, für ein Studium in Thüringen gewonnen werden konnten. Der Anteil der Studierenden wird in Prozent dargestellt.

ZIELE UND ENTWICKLUNG

In Thüringen soll bis 2030 eine Studienanfängerquote von 40 Prozent erreicht werden.

Im Berichtszeitraum in den Jahren 2000 bis 2018 schwanken die Daten leicht. Der Zielwert von 40 Prozent wird seit 2020 erreicht. Die Quote im Freistaat nähert sich ab dem Jahr 2020 deutlich der Bundesquote und übersteigt den Durchschnitt der Bundesländer (Flächenstaaten). Ursächlich für den starken Anstieg von 2019 auf 2020/2021 ist der Zuzug der Internationalen Hochschule IU (private FH) aus Nordrhein-Westfalen zum Wintersemester 2019/2020. Insgesamt gesehen wurde die Zielmarke ab dem Jahr 2013 größtenteils erreicht. Ziel ist es, diese positive Entwicklung fortzusetzen.



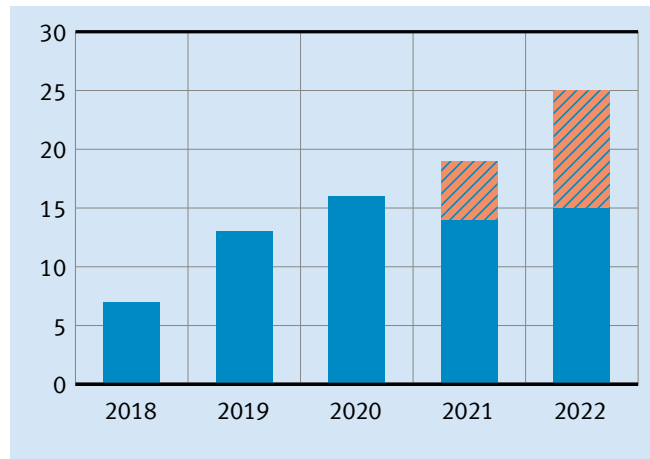
Indikator Nr. 9

BERICHTSINDIKATOR
Erhebungszeitraum: 2018–2022 (jährlich)

Bildung für Nachhaltige Entwicklung

Anzahl BNE-zertifizierte Einrichtungen im nonformalen Bereich

Bildung für Nachhaltige Entwicklung



■ BNE-zertifizierte Einrichtungen (Anzahl der Einrichtungen)
▨ davon re-zertifiziert (Anzahl der Einrichtungen)

Quelle: Nachhaltigkeitszentrum Thüringen

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Das Thüringer Qualitätssiegel BNE ist ein Zertifikat für alle non-formalen und außerschulischen Bildungsanbieter und Organisationen mit eigenem Bildungsbereich, die ihre Bildungsarbeit in besonderer Weise im Sinne der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung gestalten. Es wurde in Zusammenarbeit von staatlichen und nichtstaatlichen Bildungsakteuren Thüringens entwickelt. Das Zertifikat soll die Qualitätsentwicklung unterstützen, die Wertschätzung für Bildungsarbeit zur nachhaltigen Entwicklung öffentlich zum Ausdruck bringen und vorbildliche Angebote besser sichtbar und auffindbar machen. Zertifizierungen sind möglich als Bildungseinrichtung, als Netzwerk oder als Einzelperson. Das Zertifikat wurde 2018 eingeführt. Es gilt für drei Jahre und kann durch Erreichung der in der Erstzertifizierung gesetzten Entwicklungsziele für je fünf Jahre erneuert werden (Re-Zertifizierungen). Erste Re-Zertifizierungen wurden im Jahr 2021 durchgeführt. Der Zertifizierungsprozess wird nichtstaatlich organisiert und von einem Fachbeirat begleitet, der aus staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren zusammengesetzt ist. Der Indikator nennt die Anzahl der Bildungsanbietenden, die den Zertifizierungsprozess erfolgreich durchlaufen haben.

ZIELE UND ENTWICKLUNG

Der Indikator wird als Berichtsindikator geführt, da bisher keine langfristigen Datenreihen zur Verfügung stehen.

Die Anzahl der zertifizierten Bildungseinrichtungen, Netzwerke oder Einzelanbieter soll mit zusätzlichen 5 Zertifizierungen pro Jahr kontinuierlich erhöht werden. Damit wird die Qualität der Bildungseinrichtungen und die Anzahl der BNE-Angebote in Thüringen gesteigert.

Jahr	2018	2019	2020	2021	2022
Anzahl der zertifizierten Anbieter	7	13	16	19	25
davon re-zertifiziert				5	10



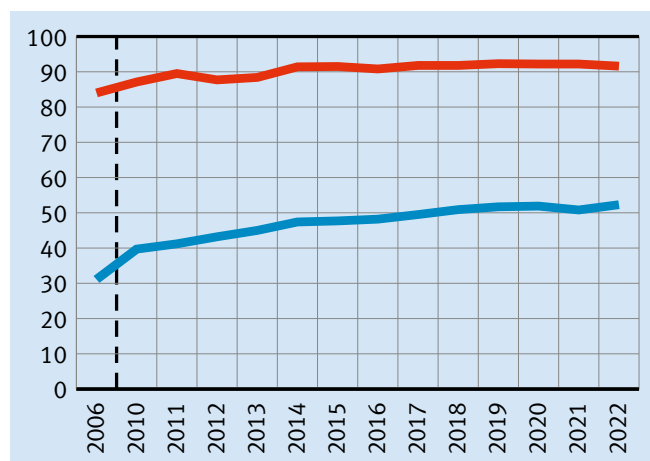
Indikator Nr. 10

Ganztagsbetreuung für Kinder

10 a) 0- bis 2-Jährige

10 b) 3- bis 5-Jährige

Ganztagsbetreuung für Kinder



■ 0- bis 2-Jährige in %
■ 3- bis 5-Jährige in %

Quelle: TLS, Stand 1. März 2022

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Eine bessere Balance zwischen Familien- und Berufsarbeit könnte zu einer Erhöhung der Geburtenziffer in Deutschland beitragen. Bedarfsgerechte Betreuungsmöglichkeiten für Kinder verbessern generell die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Nach wie vor werden insbesondere Frauen wegen fehlender Betreuungsplätze daran gehindert, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, oder Paare entscheiden sich gegen die Gründung einer Familie, da die Versorgung der Kinder nicht gewährleistet ist. Die Förderung der Kinder im Rahmen von bedarfsgerechten Angeboten, insbesondere auch Ganztagsangeboten, ist ein wichtiger Beitrag auch zur Chancengerechtigkeit und zur Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher. Kindertagesbetreuung umfasst die Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege. Bei Ganztagsbetreuung handelt es sich um eine durchgehende Betreuungszeit von mehr als sieben Stunden pro Betreuungstag. Vertraglich vereinbarte Betreuungszeiten von sieben Stunden und weniger, die ebenfalls die Vereinbarkeit von Beruf und Familie vereinfachen können, sind nicht berücksichtigt. Der Indikator zeigt den Anteil der Kinder, die in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege ganztägig betreut werden im Vergleich zu allen Kindern dieser Altersgruppe in Prozent (Betreuungsquote).

ZIELE UND ENTWICKLUNG

Bis zum Jahr 2030 sollen auf Bundesebene 35 Prozent der 0- bis 2-Jährigen und 70 Prozent der 3- bis 5-Jährigen von den Ganztagsbetreuungsangeboten profitieren. In Thüringen liegen die Betreuungsquoten für die 0- bis 2-Jährigen seit 2010 und bei der älteren Altersgruppe bereits seit Anbeginn über den Zielwerten des Bundes. Eine weitere Erhöhung der Quote bei den 3- bis 5-Jährigen ist angesichts des erreichten Standes (2021: 91,6 Prozent) kaum noch möglich. Bei den 0- bis 2-Jährigen hat sich die Betreuungsquote in den letzten Jahren laufend erhöht und liegt oberhalb der Zielgröße. Auch im Vergleich mit anderen Bundesländern hat Thüringen einen hervorragenden Stand erreicht. Hinzu kommt, dass in Thüringen ein gesetzlicher Anspruch auf einen Betreuungsumfang von bis zu zehn Stunden täglich für Kinder nach Vollendung des ersten Lebensjahres besteht (vgl. § 2 Abs. 1, Satz 2 Thüringer Kindergartengesetz). Auch damit setzt Thüringen sich von dem Angebot in vielen anderen Ländern ab. Zudem besteht für Kinder im vorletzten und letzten Jahr vor der Einschulung Beitragsfreiheit (vgl. § 30 Thüringer Kindergartengesetz) – ein weiteres Merkmal, das auch der Vereinbarkeit von Familie und Beruf dient. In Thüringen erhalten alle Kinder flächendeckend ein hochqualitatives Angebot für frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung in öffentlich geförderter Kindertagesbetreuung. Daher werden keine konkreten Zielgrößen für Thüringen formuliert und der Indikator wird als Berichtsindikator geführt. Zugleich wird daran festgehalten, das hohe Niveau bei der Ganztagsbetreuung zu erhalten.

Ganztagsbetreuung / Jahr	2006	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
0- bis 2-Jährige in %	31,1	39,7	41,2	43,2	45,0	47,4	47,7	48,2	49,5	50,9	51,7	51,9	50,8	52,3
3- bis 5-Jährige in %	84,0	87,1	89,5	87,7	88,4	91,4	91,5	90,8	91,8	91,8	92,3	92,2	92,2	91,6



Indikator Nr. 11

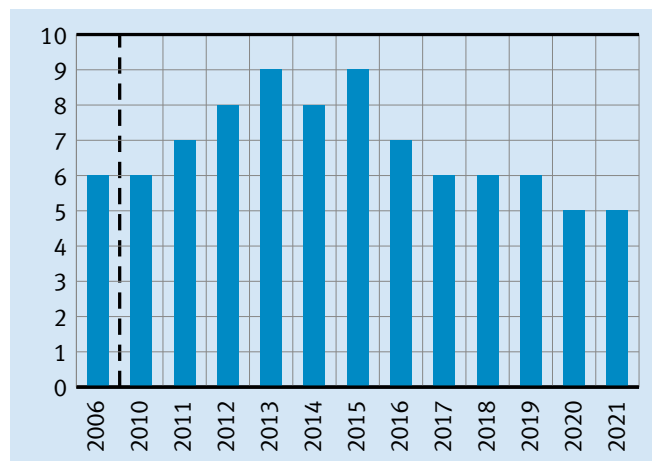
BERICHTSINDIKATOR
Erhebungszeitraum: 2006–2021 (jährlich)

Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern (nach Gender Pay Gap – unbereinigt)

Der Gender Pay Gap ist somit europaweit der Hauptindikator für die ungleiche Entlohnung von Frauen und Männern.

Der Gender Pay Gap (unbereinigt) wird vom Statistischen Bundesamt auf der Basis von 1,9 Millionen sozialversicherten Beschäftigten aus allen Branchen und Berufen errechnet. In Deutschland liegt dieser Wert derzeit bei 18 Prozent. Die Zahlen von 2015 bis 2021 wurden revidiert.

Gender Pay Gap – unbereinigt (in %)



■ Gender Pay Gap* unbereinigt (in %)

* Der Gender Pay Gap ist die Differenz des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes der Männer und Frauen im Verhältnis zum Bruttostundenverdienst der Männer.

Quelle: StBA

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern sind ein Zeichen für soziale Ungleichheit. Die Entgeltunterschiede von Frauen und Männern in Thüringen sind nach wie vor vorhanden. Dies liegt u. a. daran, dass viele Berufe immer noch geschlechtsspezifisch präferiert sind. Zudem gibt es Branchenunterschiede in der Entlohnung. Ein gewisser durchschnittlicher Entlohnungsunterschied wird dahingehend statistisch unvermeidlich bleiben. Anzustreben ist vielmehr eine qualitative Angleichung im Sinne von gleichem Lohn für gleiche Arbeit.

Als zentraler Indikator für Thüringen diente bisher die Darstellung der Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern anhand des Medianentgelts. Es stellte ein Maß für den mittleren Lohn dar, als Alternative zum Durchschnittseinkommen. Mit der Überarbeitung des Indikatorenansatzes in 2019 wurde die Berechnung verändert. Der Indikator zeigt nunmehr den unbereinigten geschlechtsspezifischen Verdienstabstand (unadjusted Gender Pay Gap). Er beschreibt den prozentualen Unterschied zwischen dem durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von angestellten Frauen und Männern. Ursachen für die ungleiche Entlohnung, wie der Umfang der Beschäftigung, die Verteilung auf unterschiedliche Branchen und Berufsgruppen, die Ausbildung, die Berufserfahrung oder die Position, werden hierbei jedoch nicht berücksichtigt. Diese Berechnung ist in der Europäischen Union einheitlich geregelt.

ZIELE UND ENTWICKLUNG

Ziel in Thüringen ist es, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken.

Diese Zielsetzung ist u. a. im Grundgesetz, in der Thüringer Verfassung und im Thüringer Gleichstellungsgesetz festgeschrieben. Insbesondere auch bei der Entlohnung sind bestehende Unterschiede weiter abzubauen. Im Freistaat hat sich das Verhältnis des Arbeitsentgelts von Frauen und Männern seit dem Jahr 2006 bis zum Jahr 2021 minimal zugunsten von Frauen entwickelt. Der Wert sank von 6 Prozent auf 5 Prozent (im Vergleich 2015 – 9 Prozent, 2016 – 7 Prozent). In Gesamtdeutschland verdienen Frauen im Jahr 2021 18 Prozent weniger als Männer. Thüringen steht im bundesweiten Vergleich an dritter Stelle und hat damit bereits einen relativ guten Wert erreicht. Ziel wird es weiterhin sein, die Lohnunterschiede in Bezug auf „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ weiter abzubauen. Dabei ist allerdings zu beachten, dass der für Thüringen im Bundesvergleich relativ günstige Wert von fünf Prozent bei diesem Ungleichheitsmaß auch die geringere Wertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe zeigt, durch die die Einkommen der männlichen Arbeitnehmer gerade im Ost-West-Vergleich gedrückt werden. Da dieser Indikator also ambivalent zu werten ist, ist die Fixierung eines Zielwertes nicht sachgerecht. Der Indikator wird daher als Berichtsindikator geführt.

Jahr	2006	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Gender Pay Gap in %	6	6	7	8	9	8	9	7	6	6	6	5	5



Indikator Nr. 12

Frauen in Führungspositionen und Gremien in der Landesverwaltung

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Frauen und Männer sind nach Artikel 3 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes und Artikel 2 Absatz 2 Satz 1 der Thüringer Verfassung gleichberechtigt. Trotz dieser verfassungsrechtlichen Vorgabe gibt es im Alltag von Frauen und Männern weiterhin Unterschiede. Aus diesem Grund steht die Durchsetzung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im politischen Handeln im Fokus. Mit Hilfe von „Gender Mainstreaming“ wurden viele Vorhaben zur Überwindung der Unterschiede auch in Thüringen auf den Weg gebracht.

Um die Fortschritte besser messen zu können, wurde der Indikator „Frauen in Führungspositionen und in Gremien in der Landesverwaltung“ in den 2019 novellierten Indikatorenatz zur nachhaltigen Entwicklung neu aufgenommen. Der Indikator beschreibt in Prozent den Anteil der Frauen in Führungspositionen in der Landesverwaltung gemäß der in § 3 Absatz 7 Satz 1 Thüringer Gleichstellungsgesetz sowie § 1 Absatz 2 Satz 3 Thüringer Gleichstellungsstatistikverordnung normierten Definition von Führungspositionen (Abteilungs-, Referatsleitungen und vergleichbare Dienstposten in unteren, oberen und obersten Landesbehörden sowie Schulleitungen). Ferner wird der Anteil von Frauen der Landesverwaltung in Gremien für die obersten Landesbehörden erfasst. Statistische Daten zum Indikator werden im Abstand von drei Jahren zum Stichtag 30. Juni des jeweiligen Jahres, beginnend ab 2017, erhoben. Eine erstmalige vergleichbare Erhebung fand in 2014 statt.

*Quelle: Gleichstellungsstatistik des Landes Thüringen
(Hinweis: für 2015 und 2016 liegen keine Angaben vor)*

ZIELE UND ENTWICKLUNG

Die Landesregierung räumt den in Artikel 3 Absatz 2 Satz 2 des Grundgesetzes und Artikel 2 Absatz 2 Satz 2 der Thüringer Verfassung verankerten Verfassungsaufträgen zur Förderung und Sicherung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern einen sehr hohen Stellenwert ein. Sie unternimmt alle Anstrengungen, um diesen Verfassungsauftrag umzusetzen und mit Leben zu erfüllen. Seit dem 28. März 2013 ist das novellierte Thüringer Gleichstellungsgesetz in Kraft, welches als Gesetzesziele die Erhöhung des Frauenanteils bei Unterrepräsentanz sowie die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Gremien beinhaltet. Die gleichstellungsfördernden Zielvorgaben der 17 globalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals = Agenda 2030) wurden in der Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie verankert.

Innerhalb der Landesverwaltung ist es das Ziel, den Anteil von Frauen in Führungspositionen und Gremien zu erhöhen.

Im Bereich der Führungspositionen stieg der Frauenanteil zum Stichtag 30.06.2020 von 20,69 Prozent in 2014 auf 27,51 Prozent in 2017 und auf 29,22 Prozent in 2020. Zwischen den Erhebungen 2014 und 2020 ist ein Anstieg des Frauenanteils von rund 8,5 Prozentpunkten zu verzeichnen. Nach § 3 Abs. 5 Thüringer Gleichstellungsgesetz sind Frauen oder Männer unterrepräsentiert, wenn die jeweilige Quote unter 40 Prozent liegt. Daher wird insbesondere im Bereich Frauen mit Vorgesetzten- und Leitungsaufgaben entsprechender Handlungsbedarf gesehen. Blicke es im Zeitverlauf bis 2030 bei einem vergleichbaren Anstieg zwischen den Jahren, könnte ein Anteil von 40 Prozent erreicht werden. Verschiedene Faktoren, wie z. B. die Alterststruktur der Landesverwaltung, lassen jedoch keine eindeutige Prognose zu. Eine weitere Erhöhung des Frauenanteils wird angestrebt, die bisherige positive Entwicklung muss gestärkt werden. Im Bereich „Frauen in Gremien in obersten Landesbehörden“ ist ein Absinken des Frauenanteils auf 44,80 Prozent in 2020 zu verzeichnen. Der Aufwärtstrend von 2014 zu 2017 setzt sich damit nicht fort. Der Indikator wird als Berichtsindikator geführt.

Jahr	2014	2017	2020
Frauenanteil in Führungspositionen in der Landesverwaltung (oberste Landesbehörden sowie nachgeordneter Bereich) im höheren und gehobenen Dienst ohne Richterinnen und Richter gemäß § 1 Abs. 2 S. 3 Thüringer Gleichstellungsstatistikverordnung in %	20,69	27,51	29,22
Frauenanteil in Gremien in obersten Landesbehörden in %	29,08	47,89	44,80



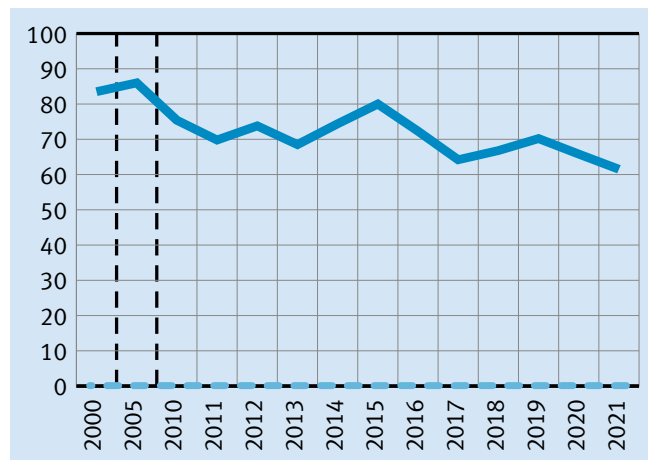
Indikator Nr. 13

ZIELINDIKATOR

Nährstoffindikatoren in Gewässern

13 a) Phosphor in Fließgewässern 0 % > 0,1 mg/l Phosphor

Phosphor in Fließgewässern



- Phosphor in Fließgewässern (in %)
- Zielwert bis 2030 (in %)

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Grundwasser und Oberflächengewässer werden durch Nährstoffeinträge belastet. Hierdurch verschlechtern sich die Lebensbedingungen von Tieren und Pflanzen in aquatischen Lebensräumen vor Ort und auch die menschliche Gesundheit kann beeinträchtigt werden. In 62 Prozent der Thüringer Oberflächengewässer sind zu hohe Nährstoffeinträge von Phosphor aufgrund von Abwasserreinleitungen und Einträgen aus der Landwirtschaft zu verzeichnen. 30 Prozent der Fläche der Thüringer Grundwasserkörper weisen erhöhte Nitratkonzentrationen auf. Die teilweise erhöhten Nährstofffrachten in den Thüringer Bächen und Flüssen können über Weser, Elbe bzw. Rhein auch in die Nordsee gelangen. Der Indikator 13a) gibt den Anteil derjenigen Messstellen in Prozent an, an denen die gewässertypischen Orientierungswerte des guten ökologischen Zustands für Phosphor in Fließgewässern im Jahresmittel nicht eingehalten werden. Der Indikator 13 b) gibt den Anteil der Messstellen in Prozent an, an denen der Grenzwert von

50 mg/l Nitrat im Grundwasser im Jahresmittel überstiegen wird. Bei beiden Indikatoren sind wetterbedingte Schwankungen zu berücksichtigen. Der Umfang von Messstellen hat sich seit 2015 erweitert. Dadurch können die bisher veröffentlichten Zahlen von den nachfolgenden Daten leicht abweichen.

Quelle: TLUBN – Messnetz nach Rahmenkonzept Oberflächenwasser sowie Grundnetz Beschaffenheit Grundwasser

Jahr	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Phosphor in Fließgewässern Anteil der Messstellen mit mehr als 0,1 mg/l P in %	83,5	86,0	75,4	69,8	73,8	68,5	74,4	80,0	72,3	64,2	66,8	70,2	65,8	61,5

ZIELINDIKATOR

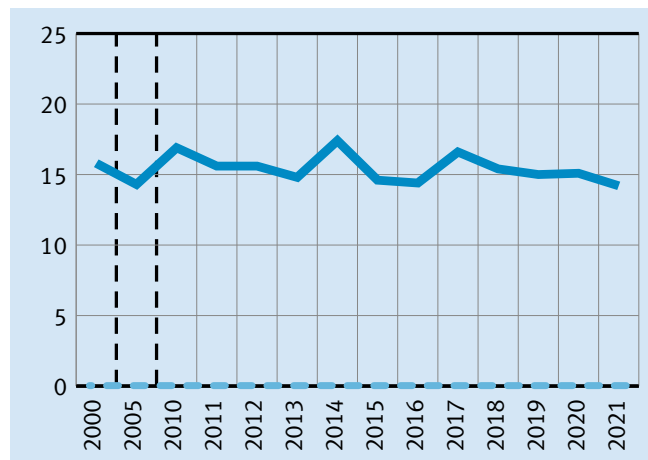
Erhebungszeitraum: 2000–2021 (jährlich)



Indikator Nr. 13

13 b) Nitrat im Grundwasser 0 % > 50 mg/l Nitrat

Nitrat im Grundwasser



- Nitrat im Grundwasser (in %)
- Zielwert bis 2030 (in %)

ZIELE UND ENTWICKLUNG

Die EG-Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL) sieht vor, dass das Grundwasser und die Oberflächengewässer bis 2027 in einem guten Zustand sind. Darüber hinaus ist zu gewährleisten, dass keine Zustandsverschlechterung eintritt und eine Trendumkehr bei Gefährdung der Zielerreichung eingeleitet wird.

Um die ambitionierten Ziele der EG-WRRL zu erreichen, bietet Thüringen neben den verpflichtenden Maßnahmen aus der EG-Nitratrichtlinie das „Thüringer Servicepaket“ und Maßnahmen zum Erosionsschutz im Kulturlandschaftsprogramm an. Auch im Bereich des Abwassers setzt Thüringen seine Anstrengungen fort, um die Belastung der Gewässer zu verringern. Bis 2027 soll an keiner Messstelle der Anteil von Phosphor in Fließgewässern mehr als 0,1 mg/l im Jahresmittel betragen und beim Nitrat im Grundwasser soll an keiner Messstelle der Wert von 50 mg/l im Jahresmittel überschritten werden.

Beim Phosphor entwickelt sich der Indikator im Berichtszeitraum von 2000–2021 leicht rückläufig, ist jedoch im Gesamtblick immer noch sehr hoch. Beim Nitrat sind noch keine signifikanten Veränderungen zu erkennen, aber es deutet sich eine Trendwende an. In den niederschlags- und abflussarmen Jahren, insbesondere 2018 – 2020, konnten die Maßnahmen zur Verminderung von Phosphor- und Nitratbelastungen nicht im vollen Umfang greifen.

Quelle: TLUBN – Messnetz nach Rahmenkonzept Oberflächenwasser sowie Grundnetz Beschaffenheit Grundwasser

Jahr	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Nitrat im Grundwasser Anteil der Messstellen mit mehr als 50 mg/l N in %	15,8	14,3	16,9	15,6	15,6	14,8	17,4	14,6	14,4	16,6	15,4	15,0	15,09	14,2

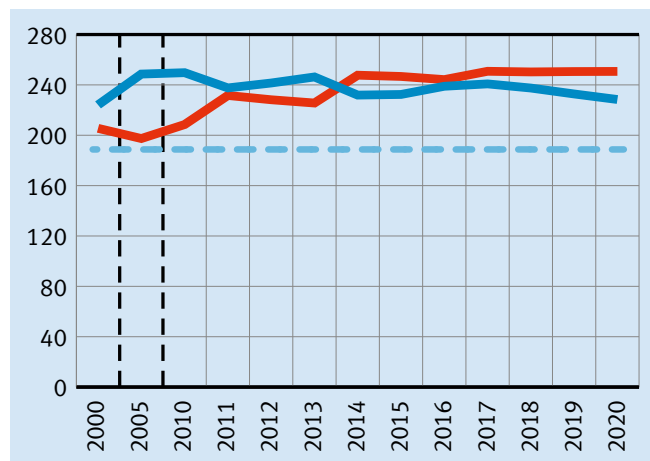


Indikator Nr. 14

ZIELINDIKATOR
Erhebungszeitraum: 2000–2020 (jährlich)

Endenergieproduktivität und Primärenergieverbrauch

Endenergieproduktivität und Primärenergieverbrauch



- Primärenergieverbrauch (in PJ)
- Zielwert bis 2030
- Endenergieproduktivität (BIP/EEV, Index 1991=100)

Quelle: Länderarbeitskreis Energiebilanzen (LAK)

Anmerkung:

- 1) Im Jahr 2022 wurden bei den Energiebilanzen der Jahre 2015-2018 (basierend auf einem Beschluss des Länderarbeitskreises Energiebilanzen – LAK) Revisionen durchgeführt. Gründe dafür waren neue Erkenntnisse zur Methodik, eine geänderte Datenlage durch Erschließung neuer Datenquellen sowie notwendige Fehlerbereinigungen. Infolgedessen kam es zu Änderungen der Werte. Einzelne Werte weichen daher von den Werten im 3. Indikatorenbericht ab.
- 2) Die Endenergieproduktivität wird – anders als im vorherigen Indikatorenbericht – indexiert dargestellt (bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt, verkettet), Berechnungsstand August 2022–Februar 2023

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Die Endenergieproduktivität ist ein Maß für den effizienten Energieeinsatz in einer Volkswirtschaft. Sie gibt das Verhältnis von Bruttoinlandsprodukt und Endenergieverbrauch wieder und zeigt, damit, welche wirtschaftliche Leistung je Einheit eingesetzter Energie erzielt wird. Die Energieproduktivität wird in der Tabelle preisbereinigt und indexiert (1991=100) angegeben. Je höher die Energieproduktivität ist, umso effizienter geht die Volkswirtschaft mit Energie um. Die Energieproduktivität kann sowohl auf den Primär- als auch auf den Endenergieverbrauch bezogen werden. Bei der Verwendung des Endenergieverbrauchs werden Verluste durch Energieumwandlung und -übertragung nicht berücksichtigt. Die Endenergieproduktivität stellt somit die Effizienzsteigerung unabhängig von der Art der Energieerzeugung dar.

Endenergie ist die Energie, die den Verbrauchenden direkt zur Verfügung steht. Der Primärenergieverbrauch ergibt sich als Summe aus der Gewinnung in Thüringen, den Bestandsveränderungen sowie dem Saldo aus Bezügen und Lieferungen und umfasst die für die Umwandlung und den Endverbrauch im Land benötigte Energie. Der Primärenergieverbrauch wird in Petajoule (PJ) angegeben.

ZIELE UND ENTWICKLUNG

Um die mit dem Ausbauerfordernis der erneuerbaren Energien verbundenen Belastungen zu begrenzen und das im Thüringer Klimagesetz verankerte energiepolitische Ziel erreichen zu können, soll der Energieverbrauch gesenkt werden. Beim Primärenergieverbrauch will Thüringen bis zum Jahr 2030 eine Senkung um 20 Prozent gegenüber dem Jahr 2015 (Basisjahr) erreichen. Der Primärenergieverbrauch schwankt im betrachteten Zeitraum von 2000 bis 2020 leicht. Ein hinreichender Trend zur Verringerung des Primärenergieverbrauchs ist noch nicht erkennbar. 2020 ist der Primärenergieverbrauch im Vergleich zu 2015 nahezu unverändert. Daher sind noch weitere Anstrengungen zu unternehmen, um das ambitionierte Ziel zu erreichen. Zu berücksichtigen ist, dass der Primärenergieverbrauch (wie auch der Endenergieverbrauch) wesentlich beeinflusst wird durch die konjunkturelle Entwicklung, die Preise an den Rohstoffmärkten, technische Entwicklungen und Witterungsverhältnisse. Die Endenergieproduktivität soll sich bis 2030 in Thüringen durchschnittlich um 2,1 Prozent pro Jahr erhöhen. In der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie von 2018 ist ebenfalls das Ziel festgelegt, die Energieproduktivität im Zeitraum von 2008 bis 2050 pro Jahr um 2,1 Prozent zu steigern. Im Berichtszeitraum ist ein Anstieg der Endenergieproduktivität zu verzeichnen, wobei in den letzten Jahren die Endenergieproduktivität weitgehend stagniert. Im Durchschnitt wird im Zeitraum von 2000 bis 2020 eine Steigerung von rund einem Prozent erreicht.

Jahr	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Primärenergieverbrauch in PJ	224,1	248,6	249,7	237,6	241,5	246,3	231,9	232,4	238,9	240,8	237,5	232,8	228,4
Endenergieproduktivität (BIP/EEV, Index 1991=100)	205,5	197,4	208,5	231,6	228,2	225,6	247,7	246,7	244,2	250,8	250,3	250,6	250,7

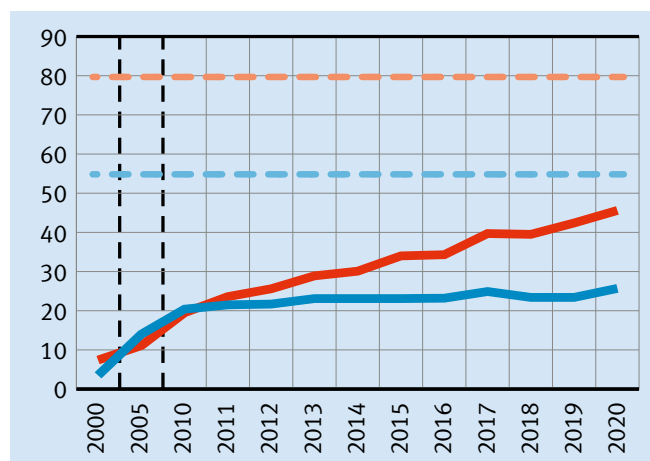
Erneuerbare Energien

Anteil am Primärenergieverbrauch und am Bruttostromverbrauch



Indikator Nr. 15

Erneuerbare Energien



- Anteil EE am Primärenergieverbrauch (in %)
- Zielwert bis 2030 (in %)
- Anteil Strom aus EE am Bruttostromverbrauch (in %)
- Zielwert bis 2030 (in %)

Quelle: LAK Energiebilanzen

Anmerkung:

Im Jahr 2022 wurden bei den Energiebilanzen der Jahre 2015-2018 (basierend auf einem Beschluss des Länderarbeitskreises Energiebilanzen – LAK) Revisionen durchgeführt. Gründe dafür waren neue Erkenntnisse zur Methodik, eine geänderte Datenlage durch Erschließung neuer Datenquellen sowie notwendige Fehlerbereinigungen. Infolgedessen kam es zu Änderungen der Werte. Einzelne Werte weichen daher von den Werten im 3. Indikatorenbericht ab.

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Die Nutzung fossiler Energieträger ist mit der Emission von Treibhausgasen verbunden, zudem besteht bei den für Thüringen wichtigen fossilen Energieträgern Erdöl und Erdgas eine nahezu vollständige Importabhängigkeit. Ein Umstieg auf erneuerbare Energien (EE) verringert die energetisch bedingten Emissionen und damit das Ausmaß des Klimawandels. Er kann zudem die Abhängigkeit von Energieimporten reduzieren, den Ressourcenverbrauch mindern, die Versorgungssicherheit erhöhen und technische Innovationen fördern.

Außerdem fördert er die lokale Wertschöpfung und schafft Arbeitsplätze. Zu den erneuerbaren Energien zählen Windkraft, Biomasse, Solarenergie, Wasserkraft und Geothermie.

Der Bruttostromverbrauch umfasst die gesamte verbrauchte Strommenge. Er enthält im Gegensatz zum Nettostromverbrauch auch die Transportverluste („Netzverluste“) sowie den Eigenverbrauch der Kraftwerke. Mit der Umstellung ist eine bessere Vergleichbarkeit mit anderen Bundesländern gegeben, die ebenfalls den Bruttostromverbrauch zugrunde legen. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch und der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch werden in Prozent angegeben.

ZIELE UND ENTWICKLUNG

Ziel ist es, den Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch bis 2030 auf 55 Prozent zu steigern. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch soll bis 2030 auf 80 Prozent gesteigert werden.

Im Berichtszeitraum ist der Anteil der erneuerbaren Energien deutlich gestiegen. Für die zurückliegenden Jahre gilt dies vornehmlich für den Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch. Ein Erreichen der Ziele bedarf einer weiteren konsequenten Umstellung des Energiesystems auf erneuerbare Energien und deren Ausbau in Thüringen. Das gilt auch angesichts der Fortentwicklung der Zielsetzungen auf Bundesebene.

Jahr	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
EE-Anteil am Primärenergieverbrauch in %	3,5	14,0	20,4	21,5	21,7	23,1	23,1	23,1	23,2	24,9	23,4	23,4	25,7
EE-Anteil am Bruttostromverbrauch in %	7,4	11,1	19,5	23,6	25,6	28,9	30,1	34,0	34,3	39,7	39,5	42,4	45,6

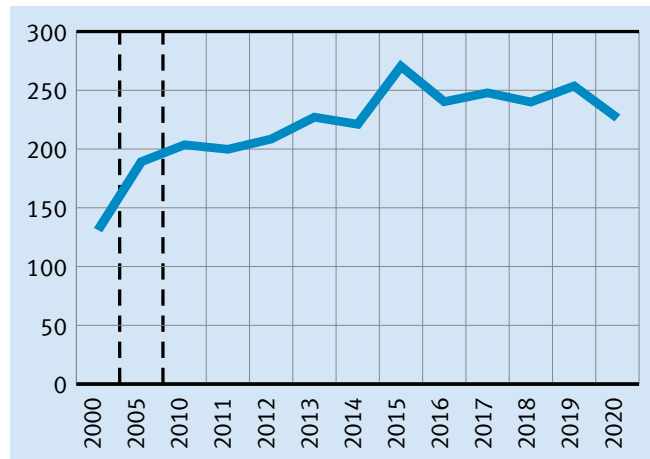


Indikator Nr. 16

BERICHTSINDIKATOR
Erhebungszeitraum: 2000–2020 (jährlich)

Rohstoffproduktivität

Rohstoffproduktivität



■ Rohstoffproduktivität Index (1994=100)

Quelle: (AK UGRdL, Tabellenband Ausgabe 2022, erschienen im November 2022)
– Berechnungsstand November 2021/Februar 2022

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Eine effizientere Verwendung von Rohstoffen ist ein zentrales Ziel der Nachhaltigkeitspolitik. Die Rohstoffproduktivität drückt aus, wie effizient abiotische Primärmaterialien in Thüringen eingesetzt werden, um das jeweilige Bruttoinlandsprodukt zu erwirtschaften. Je mehr Wertschöpfung aus einer Einheit eingesetzter Rohstoffe erwirtschaftet wird, umso wirkungsvoller ist deren Einsatz. Zum abiotischen Primärmaterial zählen die im Inland aus der Natur entnommenen Rohstoffe (ohne land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse) und alle importierten abiotischen Materialien (Rohstoffe, Halb- und Fertigwaren). Der Indikator wird als Index dargestellt, dessen Wert in 1994 mit 100 festgelegt wurde und dessen weitere Entwicklung sich an der Zeitreihe ablesen lässt. Ab 2015 weichen die Daten vom 3. Indikatorenbericht ab. Dies liegt an den routinemäßigen Revisionen des BIP.

ZIELE UND ENTWICKLUNG

Die Rohstoffproduktivität lag im Jahr 2020 um 72,8 Prozent höher als im Jahr 2000. Die Entwicklung weist bei ausgeprägten Schwankungen, die sich auch in anderen Bundesländern zeigen, weiterhin eine grundsätzlich positive Tendenz auf. Die Schwankungen sind auch methodisch begründet. Der Indikator eignet sich vor allem für mittel- und längerfristige Betrachtungen.

Ziel der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ist die Beibehaltung des Trends der Jahre 2000 – 2010 bis zum Jahr 2030. Dieses Ziel wird auch in Thüringen nach den vorliegenden Daten weiterhin als grundsätzlich erfüllt angesehen.

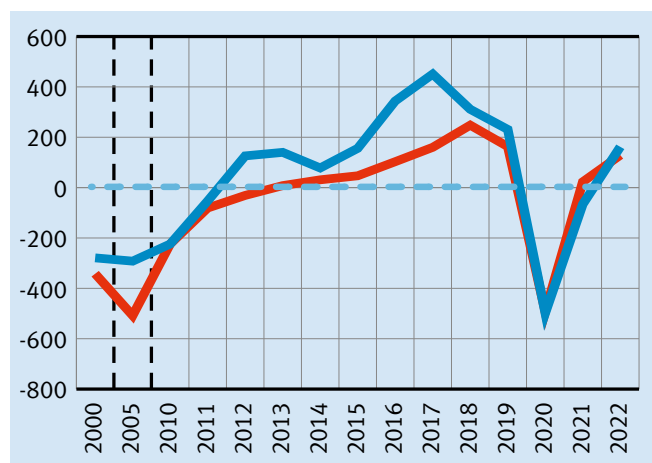
Jahr	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Index der Rohstoffproduktivität (preisbereinigt, verkettet)	131,0	189,2	203,6	199,8	208,5	227,1	221,1	270,4	240,3	247,8	240,0	253,6	226,4



Indikator Nr. 17

Struktureller Finanzierungssaldo

Struktureller Finanzierungssaldo



- Thüringen (in €/EW)
- Zielwert bis 2030
- Länderdurchschnitt (in €/EW)

Quellen: 2000 bis 2005: StBA, BMF, Berechnungen des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, ab 2010: Sekretariat des Stabilitätsrates

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Der strukturelle Finanzierungssaldo ist die Kerngröße zur Beurteilung nachhaltiger Finanzpolitik vor dem Hintergrund der grundsätzlichen Schuldenbremse. Der Finanzierungssaldo stellt grundsätzlich die Differenz der bereinigten Einnahmen und der bereinigten Ausgaben des öffentlichen Haushaltes im Freistaat Thüringen dar und wird – in der Abgrenzung des Stabilitätsrates – zusätzlich u. a. um den Saldo finanzieller Transaktionen bereinigt. Durch die Verwendung im Rahmen des Stabilitätsrates ist diese Größe von Bund und Ländern anerkannter Beurteilungsmaßstab im Rahmen der Haushaltsüberwachung und somit wichtige Kennziffer zur Beurteilung der Lage öffentlicher Haushalte.

Das Grundgesetz sieht vor, dass die Länder ab dem Jahr 2020 zwingend strukturell ausgeglichene Haushalte aufstellen müssen. Damit können die Neuverschuldung über den Konjunkturzyklus hinweg vermieden und die Haushaltsbelastungen über die Zinsausgaben begrenzt werden. Dies schafft zusätzliche Gestaltungsspielräume für künftige Generationen und ist somit elementarer Bestandteil der Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie.

ZIELE UND ENTWICKLUNG

Der Zielwert soll in jedem Jahr grundsätzlich mindestens 0 betragen. Werte von Null oder darüber zeichnen einen stabilen öffentlichen Haushalt in dem betreffenden Jahr aus. Werte unter 0 sollten die Ausnahmesituation in Krisenjahren darstellen.

Im Berichtszeitraum 2000 bis 2022 hat sich der Saldo weitestgehend positiv entwickelt. Der Zielwert wurde bereits in 2007 und 2008 (siehe Werte in Grafik) sowie ab 2012 und die Folgejahre erreicht. Die negativen Finanzierungssalden der Haushaltsjahre 2020 und 2021 spiegeln die Folgen der Corona-Pandemie für die Länderhaushalte wider. Aufgrund der anhaltend hohen Unsicherheit ist eine Vorhersage für die nächsten Jahre schwierig. Unter den Bedingungen bis zum Jahr 2019 zeigte sich ein positiver Trend. Dieser sollte auch im Nachgang der Krisenjahre im Sinne einer langfristig tragfähigen Haushaltspolitik wiederaufgenommen werden. Bereits im Jahr 2022 war der Finanzierungssaldo wieder positiv.

Jahr	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Thüringen €/EW	-279	-292	-224	-53	126	140	78	156	344	451	311	231	-498	-66	162
Länderdurchschnitt €/EW	-342	-508	-224	-81	-31	8	31	47	103	160	248	163	-492	23	129

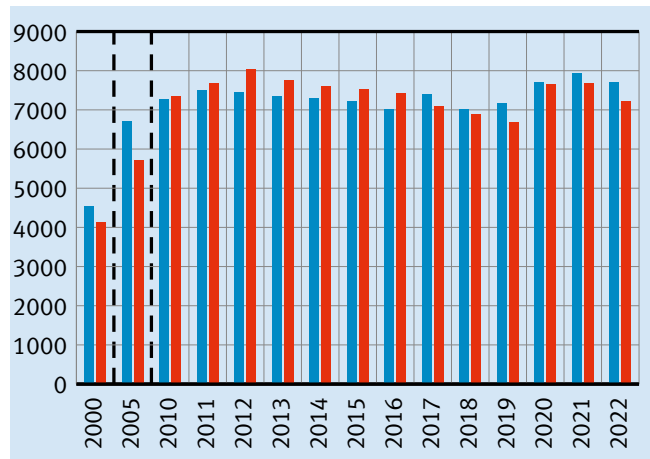


Indikator Nr. 18

-NEU- ZIELINDIKATOR
Erhebungszeitraum: 2000–2022 (jährlich)

Schuldenstand je Einwohner

Schulden



- Schulden in €/EW
- Länderdurchschnitt in €/EW

Quellen: Zeile 1–2: TLS und Zeile 3: StBA

Jahr	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Schuldenstand in Mio. €	11.070	15.748	16.296	16.411	16.175	15.874	15.699	15.555	15.134	15.917	15.042	15.309	16.374	16.757	16.345
Schulden in €/EW	4.535	6.715	7.271	7.499	7.437	7.337	7.280	7.219	7.003	7.391	7.011	7.163	7.704	7.932	7.701
Länderdurchschnitt in €/EW	4.114	5.715	7.341	7.670	8.022	7.755	7.588	7.528	7.408	7.094	6.883	6.689	7.651	7.6801	7.218

ZIELE UND ENTWICKLUNG

Ziel der Landesregierung ist es, den Schuldenstand langfristig nicht ansteigen zu lassen.

Im Berichtszeitraum 2000 bis 2022 ist der Indikator zunächst auf einen Höchststand im Jahr 2011 angestiegen und konnte in der Folge bis 2019 wieder deutlich zurückgeführt werden. Im Zuge der Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie erfolgte eine haushaltmäßige Neuverschuldung des Landes im Jahr 2020 über 1,2 Mrd. Euro. Damit stieg der Schuldenstand in 2020 und 2021 erneut an, fällt aber bereits im Jahr 2022 wieder ab. Der Tilgungsplan für die Corona-Verschuldung sieht eine vollständige Rückführung bis spätestens 2036 vor.

Der statistische Schuldenstand zum Stichtag 31.12. weicht von dem maßgeblichen haushaltmäßigen Schuldenstand ab (u. a. aufgrund über die Jahre verschiedener Zeitpunkte und Volumen von Anschlussfinanzierungen fällig werdender Darlehen sowie unterschiedlicher Kassenkreditstände). Ziel ist es, eine Haushaltspolitik zu betreiben, die langfristig zu keinem Anstieg des Schuldenstandes führt. Eine Neuverschuldung sollte als Ausnahmesituation nur in akuten Krisenjahren erfolgen. Zudem sieht die Thüringer Landeshaushaltsordnung – im Einklang mit den verfassungsrechtlichen Vorgaben zur Neuverschuldung – eine vollständige Rückführung der krisenbedingten Neuverschuldung innerhalb eines Zeitraums von 15 Jahren vor. Selbst bei konstantem Schuldenstand kann jedoch der Schuldenstand je Einwohner bei einer rückläufigen Bevölkerungszahl steigen. Mit dem sog. Thüringer Nachhaltigkeitsmodell tilgt der Freistaat Thüringen regelgebunden jährlich Altschulden, im Haushaltsjahr 2022 rd. 70 Mio. Euro. Auf diese Weise werden auch die Effekte aus der negativen demografischen Entwicklung auf den Schuldenstand je Einwohner abgefangen.

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

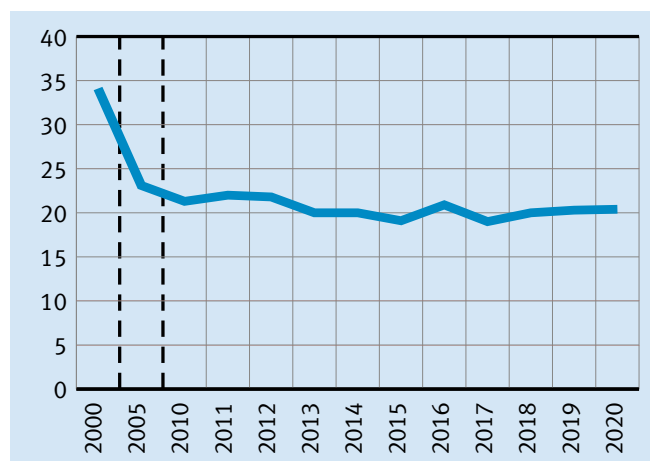
Der Indikator Schuldenstand je Einwohner ist eine zentrale Kennziffer zur Beurteilung der Lage öffentlicher Haushalte und auch vergangener Haushaltspolitiken. Die Bestimmung der Kennziffer wird in Abgrenzung der amtlichen Schuldenstatistik zum Stand des 31.12. jeden Jahres vorgenommen und bezieht sich ausschließlich auf den Kernhaushalt eines jeden Landes. Durch die Verwendung im Rahmen des Stabilitätsrats ist diese Größe von Bund und Ländern ein anerkannter Beurteilungsmaßstab im Rahmen der Haushaltsüberwachung.

Der Indikator gibt Hinweise auf den Konsolidierungsbedarf beim Bund und in jedem Land. Er zeigt an, wie stark die gegenwärtige und zukünftige Generation durch die Verschuldung belastet werden, indem Zinszahlungen sowie Tilgungsverpflichtungen finanzielle Mittel binden. Der Indikator stellt die Schulden in Mio. Euro sowie pro Einwohner im Freistaat Thüringen dar.

Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum BIP in jeweiligen Preisen

Indikator Nr. 19

Anteil BAI am BIP



■ Anteil BAI (gesamt) am BIP (in jeweiligen Preisen) in %

Quellen: Zeile 1 und 2: AK VGRdL Berechnungsstand August 2022/Februar 2023, Zeile 3 – Berechnungen TLUBN

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Der Indikator zeigt den Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen an bzw. wieviel Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts für Zukunftsinvestitionen eingesetzt werden (\triangleq Investitionsquote). Zu den Bruttoanlageinvestitionen zählen Bauten (Wohnbauten und Nichtwohnbauten), Ausrüstungen (Maschinen, Fahrzeuge, Geräte) und sonstige Anlagen (u. a. immaterielle Anlagegüter wie Software und Urheberrechte).

Die wirtschaftliche Leistungskraft und die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft hängen entscheidend von den Investitionen der Unternehmen und des Staates ab. Mit Investitionen in neue Ausrüstungen und Forschung und Entwicklung werden Innovationen generiert und damit Wettbewerbsfähigkeit und Märkte – und somit auch Beschäftigung – gesichert oder ausgeweitet. Investitionen, z. B. in Energieeinsparmaßnahmen an Gebäuden, die Realisierung umweltfreundlicher Produktionstechniken oder die Herstellung umweltgerechter Güter, können dazu beitragen, die Energie- und Ressourceneffizienz zu steigern. Investitionen, beispielsweise Bauinvestitionen, können aber auch mit erheblichem Materialverbrauch und zusätzlicher Inanspruchnahme von Gewerbe-, Sied-

lungs- und Verkehrsflächen einhergehen. Ab 2015 weichen die Daten vom 3. Indikatorenbericht ab. Dies liegt an den routinemäßigen Revisionen des BIP. Abweichungen bei den Daten gegenüber dem dritten Indikatorenbericht ergeben sich auch daraus, dass im aktuellen Bericht die Werte für die Bruttoanlageinvestitionen einschließlich des Saldos der An- und Verkäufe gebrauchter Anlagen verwendet werden (zuvor Begrenzung auf „neue Anlagen“).

ZIELE UND ENTWICKLUNG

Der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am BIP ist in den letzten Jahren leicht gestiegen.

Diese Entwicklung entsprach etwa dem gesamtdeutschen Durchschnitt. Die Anteilswerte lagen jeweils geringfügig unter den deutschen Durchschnittswerten. Ein konkreter Zielwert lässt sich wissenschaftlich nicht ableiten. Der Indikator entspricht weitgehend der Entwicklung des gesamtdeutschen Durchschnitts. Deutlich unter dem gesamtdeutschen Niveau liegende Werte würden bedeuten, dass Thüringen bei der Entwicklung des Produktionspotentials zurückbleibt. Bei Werten über dem deutschen Durchschnitt würde das Produktionspotenzial in Thüringen entsprechend schneller zunehmen.

Jahr	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Bruttoinlandsprodukt in Mrd. € (in jeweiligen Preisen)	39,5	42,8	47,8	50,6	51,4	53,4	56,2	57,5	59,0	61,2	62,2	63,8	63,2	66,4	71,4
Bruttoanlageinvestitionen in Mrd. € (gesamt)	13,5	9,9	10,2	11,1	11,2	10,7	11,3	11,0	12,3	11,7	12,5	13,0	12,9	–	–
Anteil BAI (gesamt) am BIP (in jeweiligen Preisen) in %	34,1	23,1	21,3	22,0	21,8	20,0	20,0	19,1	20,9	19,0	20,0	20,3	20,4	–	–

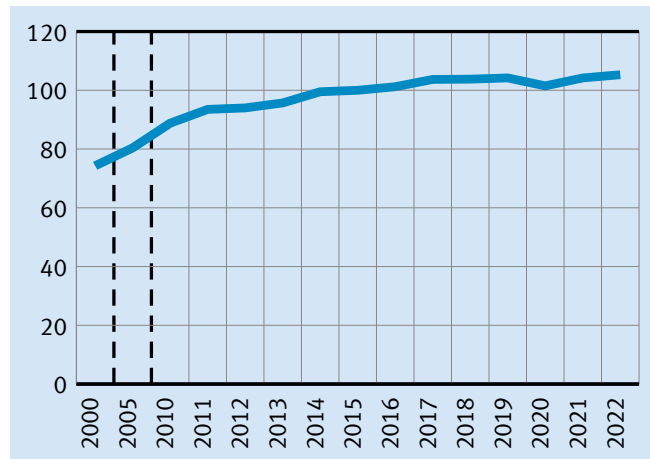


Indikator Nr. 20

BERICHTSINDIKATOR
Erhebungszeitraum: 2000–2022 (jährlich)

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner



■ BIP (preisbereinigt, verkettet) je EW, Index (2015=100)

Quelle: AK VGRdL Berechnungsstand August 2022/Februar 2023

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist Ausdruck der gesamten im Inland in einem bestimmten Zeitraum, beispielsweise innerhalb eines Jahres, entstandenen wirtschaftlichen Leistung. Seine Entwicklung wird als wichtiger Indikator für Konjunktur und Wachstum einer Volkswirtschaft angesehen. Das BIP für die Bundesländer wird jährlich vom AK VGRdL nach europaweit harmonisierten Regeln ermittelt. Das Bruttoinlandsprodukt wird hier je Einwohner in jeweiligen Preisen (in Milliarden Euro) angegeben. Ab 2015 weichen die Daten vom 3. Indikatorenbericht ab. Dies liegt an der routinemäßigen Revision des BIP.

ZIELE UND ENTWICKLUNG

Ein stetig steigendes BIP ist unter Stabilitäts- und Wohlstandsgesichtspunkten erstrebenswert. Das BIP markiert den in einer Gesellschaft insgesamt zur Verfügung stehenden Verteilungsspielraum.

Das BIP eignet sich aber nicht als Wohlfahrtsindikator, weil beispielsweise die Verteilung des im BIP erfassten materiellen Wohlstands auf die einzelnen Bevölkerungsgruppen nicht abgebildet

wird. Anhand des BIP können auch keine Aussagen zur Nachhaltigkeit des wirtschaftlichen Wachstums getroffen werden. Dafür müssten zusätzliche Indikatoren betrachtet werden, beispielsweise inwieweit das Wirtschaftswachstum mit einer Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen oder der Herstellung und Weiterentwicklung nachhaltiger Produkte und Produktionsverfahren verbunden ist. In der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie wird als Ziel die Erreichung eines stetigen Wirtschaftswachstums festgelegt. An dieser Zielsetzung orientiert sich auch der Freistaat Thüringen.

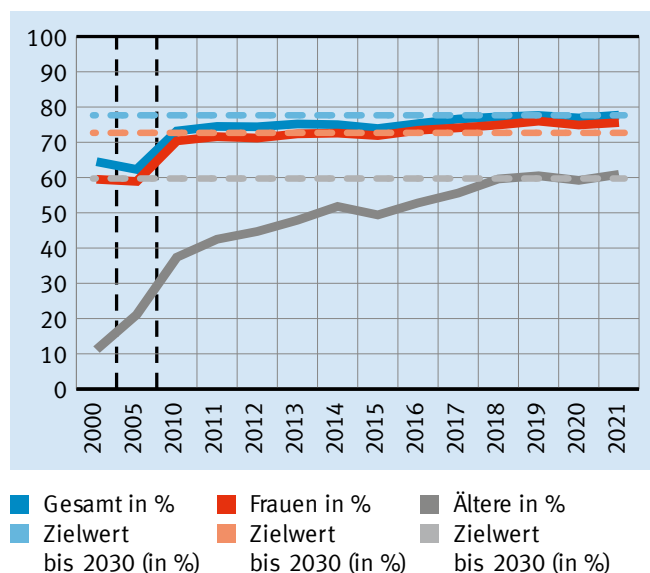
In den letzten Jahren ist die Entwicklung des BIP in Thüringen hinter dem Bundesdurchschnitt zurückgeblieben, was insbesondere auf den Rückgang und die Alterung der Gesellschaft zurückzuführen ist. Die Entwicklung des BIP je Einwohner weist weiterhin einen stabilen positiven Trend auf, der im Jahr 2020 durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie unterbrochen wurde. Ein konkreter Zielwert für die Entwicklung des BIP je Einwohner lässt sich wissenschaftlich nicht ableiten. Das BIP je Einwohner wächst in Thüringen im Trend. Insgesamt ist die Entwicklung allerdings auch im Ländervergleich verhalten.

Jahr	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
BIP (preisbereinigt, verkettet), Index (2015=100)	83,1	86,1	90,5	94,6	94,6	95,8	99,2	100,0	101,2	103,3	103,0	102,9	99,8	101,8	103,3
BIP (preisbereinigt, verkettet) je EW, Index (2015=100)	74,3	80,4	88,8	93,5	94,0	95,7	99,5	100,0	101,2	103,7	103,8	104,2	101,5	104,2	105,3

Erwerbstätigenquote

- 21 a) Frauen
- 21 b) Ältere
- 21 c) insgesamt

Erwerbstätigenquote



BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Aufgrund des demografischen Wandels (alternde Gesellschaft) kann es langfristig einen Mangel an Arbeitskräften in Deutschland geben. Außerdem droht wegen der Verschiebung des Zahlenverhältnisses zwischen Rentnern und Beitragszahlern eine zunehmende Unterfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Daher ist es erforderlich, die vorhandenen Arbeitskräftepotenziale künftig noch besser auszuschöpfen. Die Datenquelle der Teilindikatoren ist die EU-Arbeitskräfteerhebung, die in Deutschland in den Mikrozensus integriert ist. Erfasst werden die Daten der in privaten Haushalten lebenden Bevölkerung, jedoch nicht Personen in Gemeinschaftsunterkünften. Die betrachtete Gruppe der Erwerbstätigen umfasst Personen ab 15 Jahren, die mindestens für eine Stunde eine Tätigkeit gegen Entgelt ausgeübt haben oder als unbezahlt mithelfende Familienangehörige tätig waren. Seit dem Berichtsjahr 2005 werden für die Erwerbstätigenquoten Jahresdurchschnittsergebnisse verwendet.

Vorher basierten die Berechnungen auf einer festen Berichtswoche pro Jahr. Durch die methodischen Änderungen sind die Ergebnisse nur eingeschränkt vergleichbar. Der Anteil der Erwerbstätigen wird in Prozent dargestellt. Die aus verschiedenen Datenquellen veröffentlichten Werte differieren aufgrund von unterschiedlichen Rundungsmethoden leicht. Bei Ländervergleichen werden die Werte des Statistischen Bundesamtes verwendet, bei detaillierteren Vergleichen für Thüringen die Werte des Thüringer Landesamtes für Statistik. Die Daten für die älteren Erwerbstätigen weichen von den bisher veröffentlichten Daten ab, da nunmehr nicht die 55- bis 64-Jährigen, sondern die 60- bis 65-Jährigen erfasst werden. Dies liegt darin begründet, dass mit steigendem Rentenalter in den amtlichen Statistiken nur die Gruppe der 60- bis 65-Jährigen erfasst wird.

Quelle: TLS (Endergebnis), Mikrozensus

Jahr	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
EQ Frauen in %	59,5	58,9	70,4	71,6	71,2	72,4	72,6	71,9	73,4	74,1	74,9	76,0	74,9	75,6
EQ Ältere (60–65) in %	11,2	21,1	37,4	42,5	44,7	47,9	51,8	49,4	52,8	55,6	59,6	60,5	59,2	60,9
EQ gesamt in %	64,5	62,3	73,2	74,5	74,4	75,2	75,0	73,9	75,3	76,6	77,2	77,6	76,9	77,7



Indikator Nr. 21

ZIELINDIKATOR
Erhebungszeitraum: 2000–2021 (jährlich)

Erwerbstätigenquote

21 a) Frauen
21 b) Ältere
21 c) insgesamt

ZIELE UND ENTWICKLUNG

a) Erwerbstätigenquote Frauen (15 bis unter 65)

Die Erwerbstätigenquote der Frauen liegt in Thüringen 2021 bei 75,6 Prozent (Bundesdurchschnitt 72,1 – Quelle: Destatis, Endergebnis). Im Freistaat Thüringen wird (wie in den anderen neuen Bundesländern auch) das Erwerbspotenzial der Frauen schon überproportional ausgeschöpft. Die Hauptursache dafür liegt in der stärkeren Erwerbsneigung der ostdeutschen Frauen. Weitere Gründe sind die in Ostdeutschland vorhandene günstigere Infrastruktur bei der Kinderbetreuung, aber auch die im Vergleich zu Westdeutschland immer noch geringeren Löhne, die ein Aufstocken des Familieneinkommens durch die Frauen in höherem Maß als in Westdeutschland notwendig machen. Die angestrebte Quote von 73 Prozent wurde in Thüringen bereits 2016 erreicht.

b) Erwerbstätigenquote Ältere (60- bis unter 65-Jährige)

Die Erwerbstätigenquote Älterer (60- bis 65-Jährige) beträgt in Thüringen 60,9 Prozent (2021). Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung ist davon auszugehen, dass der Anteil in den kommenden Jahren weiter ansteigt. Indikator und Zielwert in Höhe von 60 Prozent orientieren sich an der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Perspektivisch muss der Zielwert gegebenenfalls erneut geprüft werden. Der Zielwert von 60 Prozent wird bereits seit 2019 erreicht.

c) Erwerbstätigenquote insgesamt (15 bis unter 65 Jahre)

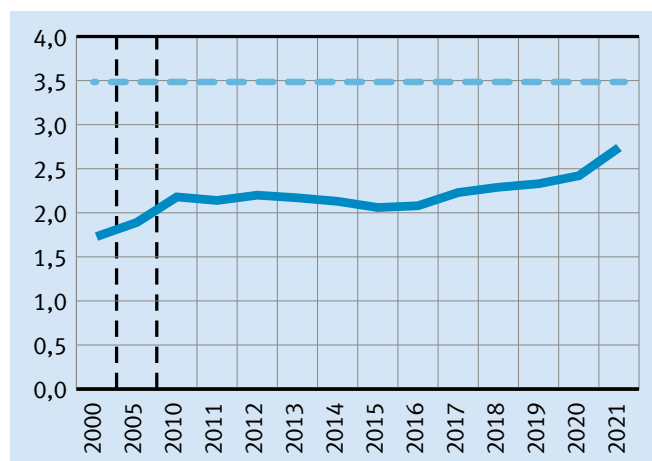
Der angestrebte Zielwert in Höhe von 78 Prozent bis 2030 orientiert sich an den nationalen Zielen der Bundesregierung (Erwerbstätigenquote Deutschlands (15- bis 65-Jährige)). Thüringen hat den Wert in 2021 mit 77,7 Prozent fast erreicht. Eine weitere deutliche Steigerung ist in Thüringen nicht zu erwarten. Das Ziel sollte vielmehr darin liegen, die Qualität und die Entlohnung der Arbeit zu erhöhen.



Indikator Nr. 22

Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung

Ausgaben für Forschung und Entwicklung



- Anteil am BIP in %
- Zielwert bis 2030 (2025) in %

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F+E) sind eine wichtige Bestimmungsgröße für das Innovationstempo einer Volkswirtschaft. Je höher die Ausgaben sind, desto größer ist die Aussicht auf eine dynamischere Entwicklung der Produktivität, ein stärkeres Wirtschaftswachstum, eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit und nicht zuletzt die Chance, dass sich unsere Produktions- und Konsummuster in Richtung Nachhaltigkeit weiterentwickeln. Der hier dargestellte Indikator umfasst die Ausgaben von Wirtschaft, Staat und Hochschulen für Forschung und Entwicklung und stellt diese in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) dar. Die Ausgaben werden in Millionen Euro sowie (prozentual) im Verhältnis zum BIP (in jeweiligen Preisen) dargestellt.

ZIELE UND ENTWICKLUNG

Im Berichtszeitraum 2000 bis 2021 ist ein kontinuierlicher Anstieg der Ausgaben für Forschung und Entwicklung zu verzeichnen.

Thüringen hat sich im Rahmen eines Ministerpräsidentenbeschlusses aller Bundesländer im Jahr 2018 zum Ziel gesetzt, bis 2025 einen Anteil von 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung durch private und öffentliche Mittel zu erreichen.

Im Jahr 2000 lag der Wert bei 1,73 Prozent. Das entsprach 685 Millionen Euro. Im Jahr 2021 ist der Anteil am BIP auf 2,74 Prozent gestiegen. Es wird von einer weiteren positiven Entwicklung ausgegangen.

Quellen: Zeile 1 – BMBF, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Zeile 2 – Berechnungen TLUBN – August 2022/Februar 2023

Jahr	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Ausgaben in Mio. €	685	811	1.041	1.082	1.130	1.158	1.195	1.183	1.225	1.362	1.424	1.489	1.529	1.822
Anteil am BIP (in jeweiligen Preisen) in %	1,73	1,89	2,18	2,14	2,20	2,17	2,13	2,06	2,08	2,23	2,29	2,33	2,42	2,74

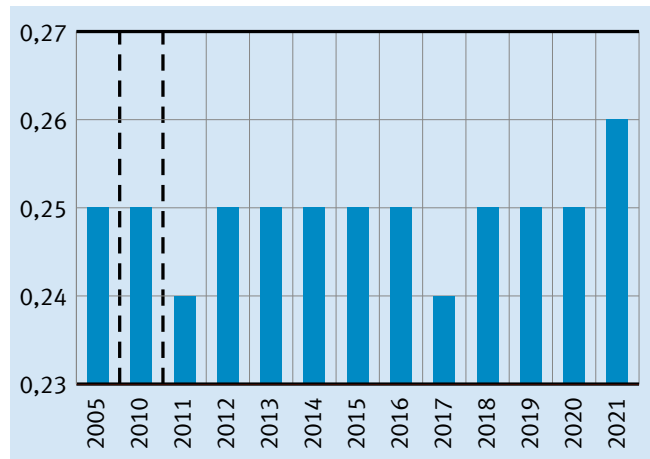


Indikator Nr. 23

BERICHTSINDIKATOR
Erhebungszeitraum: 2005–2021 (jährlich)

Gini-Koeffizient zur Einkommensverteilung

Gini-Koeffizient zur Einkommensverteilung



■ Gini-Koeffizient

Quelle: StBA – amtliche Sozialberichterstattung

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Der Indikator wurde 2019 neu in den Thüringer Indikatorensetz zur nachhaltigen Entwicklung aufgenommen.

Der Gini-Koeffizient oder auch Gini-Index ist ein statistisches Maß, das zur Darstellung von Ungleichverteilungen entwickelt wurde. Der Gini-Koeffizient zeigt auf, wie gleichmäßig oder ungleichmäßig das Einkommen (verfügbares Äquivalenzeinkommen) in der Bevölkerung verteilt ist. Bei einer gleichmäßigen Verteilung geht der Koeffizient gegen 0. Das hieße, das Einkommen jeder Person würde nahezu die gleiche Höhe betragen. Bei einer ungleichen Verteilung – der Geldwert der gesamten Einkommen konzentriert sich auf immer weniger Personen – bewegt sich der Koeffizient in Richtung 1.

Nicht berücksichtigt werden die unterschiedlichen Quellen, wie etwa Arbeitslohn, Mieteinkünfte oder Kapitalerträge. Das verfügbare Äquivalenzeinkommen ergibt sich aus dem Gesamteinkommen eines Haushalts und der Anzahl und dem Alter der von diesem Einkommen lebenden Personen einschließlich Sozialtransfers (z. B. Arbeitslosengeld oder Wohnbeihilfe) nach Steuern und anderen Abzügen. Es steht den Personen für Ausgaben und zum Sparen zur Verfügung. Die Ausgangsdaten zum Äquivalenzeinkommen stammen aus der europaweit harmonisierten jährlichen Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC). Der Gini-Koeffizient wird als Index dargestellt.

ZIELE UND ENTWICKLUNG

Ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilungen sind ein Bestandteil einer dynamischen Marktwirtschaft. Allerdings muss die Spreizung moderat und die soziale Teilhabe aller gewährleistet bleiben. Dieses Ziel setzt sich auch der Freistaat Thüringen. Durch entsprechende Rahmenbedingungen sowie zielgerichtete Umverteilung von Einkommen (z. B. Steuern und Sozialleistungen) soll sich die Kluft zwischen Arm und Reich nicht weiter verbreitern. Der Gini-Koeffizient auf nationaler Ebene lag in 2016 bei 0,29 und bestätigt seinen stabilen Verlauf über die Jahre (Thüringen 0,25). In Thüringen liegt der Wert im Jahr 2021 bei 0,26 – damit unterschreitet Thüringen den Bundesdurchschnitt von 0,30.

Ziel wird es daher sein, die Unterschiede in Bezug auf „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ weiter abzubauen.

Dabei ist allerdings zu beachten, dass der für Thüringen im Bundesvergleich relativ günstige Wert bei diesem Ungleichheitsmaß auch die geringere Wertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe zeigt, durch die die Einkommen der männlichen Arbeitnehmer gerade im Ost-West-Vergleich gedrückt werden. Da dieser Indikator also ambivalent zu werten ist, ist die Fixierung eines Zielwertes nicht möglich. Der Indikator wird als Berichtsindikator geführt.

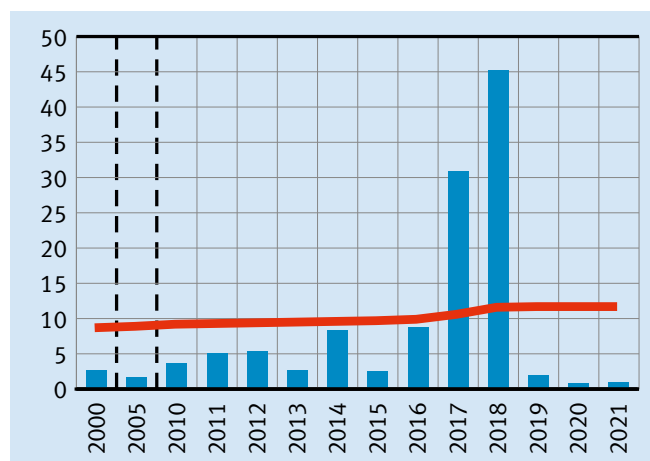
Jahr	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Gini-Koeffizient	0,25	0,25	0,24	0,25	0,25	0,25	0,25	0,25	0,24	0,25	0,25	0,25	0,26

Flächeninanspruchnahme

Indikator Nr. 24

24 a) Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche (SVF)

Zuwachs Siedlungs- und Verkehrsfläche



■ SVF (Zuwachs in ha/Tag)
■ SVF (in %)

Quelle: Grunddaten Statistik TLS – Zeile 1 und 2 – Berechnung TLUBN

Jahr	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Zuwachs Fläche in ha/Tag	2,6	1,6	3,7	5,1	5,4	2,6	8,3	2,5	8,7	30,8	45,2	1,9	0,8	0,9
SVF in %	8,8	9,0	9,3	9,4	9,5	9,6	9,7	9,8	10,0	10,7	11,7	11,8	11,8	11,8

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Unbebaute Fläche ist eine begrenzte und zugleich sehr begehrte Ressource. Um ihre Nutzung konkurrieren z. B. Land- und Forstwirtschaft, Siedlung und Verkehr, Naturschutz, Rohstoffabbau und Energieerzeugung, wobei sich insbesondere die Siedlungs- und Verkehrsflächen stetig ausdehnen. Zu den direkten Umweltfolgen zählen der Verlust der natürlichen Bodenfunktionen durch Versiegelung, der Verlust fruchtbarer landwirtschaftlicher Flächen oder naturnaher Flächen mit ihrer Biodiversität. Zudem zieht jede Neuerschließung von Bauflächen außerhalb der bisherigen Siedlungskerne weiteren Verkehr und Flächenzerschneidung nach sich. Lärm und Schadstoffemissionen sowie erhöhter Aufwand für die Bereitstellung der nötigen Infrastruktur sind die Folge. Der Indikator stellt den Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Hektar pro Tag dar und er zeigt den Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche im Vergleich zur Landesfläche insgesamt in Prozent.

ZIELE UND ENTWICKLUNG

Ziel der Thüringer Flächenhaushaltspolitik ist es, durch Vorgaben und Anreize notwendige Flächenbedarfe, soweit es möglich ist, auf die Innenbereiche und vorhandene Brachflächen zu konzentrieren und die Flächenneuanspruchnahme, insbesondere von landwirtschaftlicher Nutzfläche, so auf ein Minimum zu reduzieren.

Längerfristig wird eine Flächenkreislaufwirtschaft angestrebt, in der unvermeidbare Flächenneuanspruchnahme so weit wie möglich durch Flächenrecycling ausgeglichen wird. Entsprechende Zielsetzungen werden in der Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie und im Landesentwicklungsprogramm formuliert. In den ersten Jahren nach der Umstellung auf ein zyklisches flächendeckendes Monitoring der tatsächlichen Flächennutzung nahm die Siedlungs- und Verkehrsfläche täglich um 1,9 ha im Jahr 2019, um 0,8 ha im Jahr 2020 und um 0,9 ha im Jahr 2021 zu. Unabhängig von den konkreten Zahlen und den methodisch bedingten Einschränkungen bei der Vergleichbarkeit der Daten, lässt sich jedoch feststellen, dass die Siedlungs- und Verkehrsfläche, mit einem reduzierten Zuwachs in den frühen 2000er Jahren sowie in den vergangenen Jahren, kontinuierlich und vor allem zu Lasten der landwirtschaftlich genutzten Fläche zugenommen hat. Der Flächenanteil liegt aber noch unter dem bundesweiten Durchschnitt von 14 Prozent.

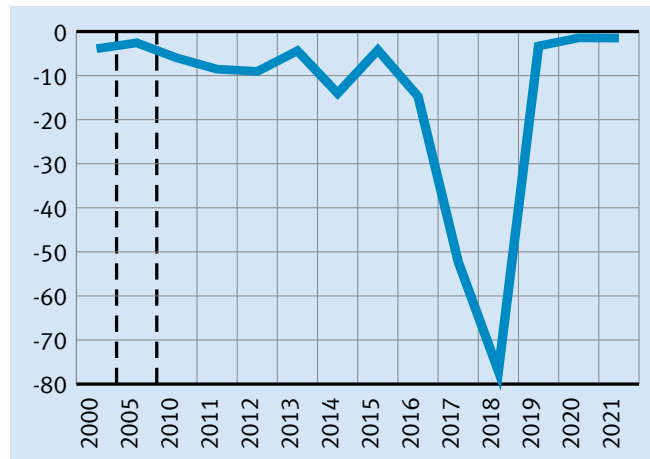


Indikator Nr. 24

BERICHTSINDIKATOR
Erhebungszeitraum: 2000–2021 (jährlich)

24 b) Freiraumverlust (Fläche je Einwohner in m² pro Jahr)

Freiraumverlust



■ Freiraumverlust (in m² je EW/Jahr)

Quelle: Grunddaten Statistik TLS – Berechnungen TLUBN

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Als Freiraumflächen werden die Agrar-, Wald-, Abbau- und Haldenflächen sowie Wasserflächen in Form von fließenden und stehenden Gewässern bezeichnet. Es sind alle Flächen, die nicht zur Kategorie Siedlungs- und Verkehrsflächen zählen. Auch Freiflächen, wie Parks, Gärten, Wildgehege etc. zählen nicht dazu. Freiraumflächen sollen erhalten bleiben. Sie haben Bedeutung für die land- und forstwirtschaftliche Nutzung, als Kultur- und Naturlandschaften aber auch als Erholungsräume. Daher soll der Rückgang der Freiraumflächen je Einwohner reduziert werden. Zur Berechnung werden die Bevölkerungszahlen herangezogen. Bedingt durch den Zensus 2011 gab es einen Sprung in den Zeitreihen. Auch durch methodische Umstellungen der amtlichen Liegenschaftskataster gab es Neuordnungen von Flächen. Daher wird ein gleitender Vierjahresdurchschnitt abgebildet, der jeweils die vier zurückliegenden Jahre ermittelt.

Mit der Umstellung auf eine flächendeckende Erfassung der Angaben zur tatsächlichen Nutzung im Liegenschaftskataster im Zweijahres-Zyklus wurde auch eine Unterscheidung von Freiraumflächen zu Freiflächen berücksichtigt. Die Umstellung erfolgte in den Jahren 2016 bis 2019. Somit sind für diesen Indikator erst ab dem Jahr 2019 zutreffende Daten vorhanden und eine Entwicklungsanalyse zu den vorherigen Jahren ist nur eingeschränkt möglich. Angegeben wird der Freiraumverlust je Einwohner in m² pro Jahr.

ZIELE UND ENTWICKLUNG

Der Indikator kann aufgrund der angesprochenen Umstellungen ab dem Jahr 2020 für eine Entwicklungsanalyse herangezogen werden.

Ziel ist es jedoch, den Freiraumverlust auf ein Minimum zu reduzieren. Neben der Handlungsmaxime Innen- vor Außenentwicklung sind es das Flächenrecycling und die Flächenentsiegelung, die den nachhaltigen Umgang der zukünftigen Flächennutzung prägen sollen.

Dieser Indikator wird als Berichtsindikator geführt.

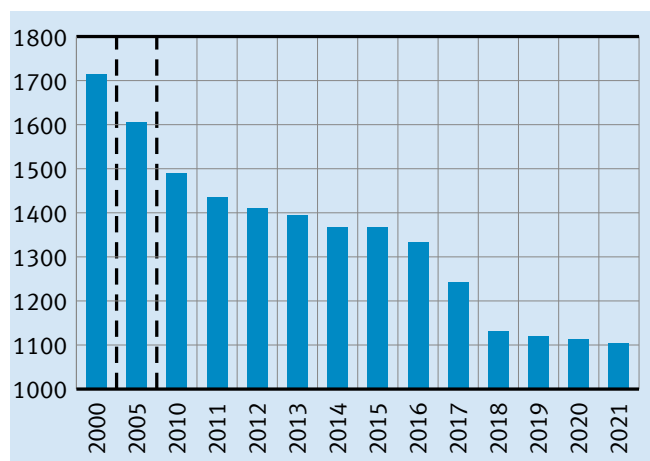
Jahr	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Freiraumverlust in m ² /EW/Jahr	-3,90	-2,57	-5,99	-8,54	-9,05	-4,37	-14,02	-4,21	-14,70	-52,22	-77,05	-3,29	-1,43	-1,49



Indikator Nr. 24

24 c) Siedlungsdichte (Anzahl Einwohner je km² SVF)

Siedlungsdichte



■ Siedlungsdichte (EW je km² SVF)

Quelle: Grunddaten Statistik TLS – Berechnungen TLUBN

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Bei der Siedlungsdichte werden im Gegensatz zur Bevölkerungsdichte die Einwohnerinnen und Einwohner ins Verhältnis zur Siedlungs- und Verkehrsfläche gesetzt. Zu Siedlungsflächen zählen Wohnbauflächen, Verkehrsflächen, Flächen mit besonderer funktionaler Bedeutung (z. B. Krankenhäuser oder Schulen), Industrie- und Gewerbeflächen oder Flächen mit gemischter Nutzung sowie Freiflächen (z. B. Parks, Grünanlagen, Gartenland). Der Indikator gibt Hinweise auf eine effiziente Nutzung der vorhandenen Siedlungsfläche. Durch flächensparende Maßnahmen (z. B. Wohnungsleerstand vermeiden, Erhöhung der Baudichte oder Hoch- und Tiefbau bei Neubauten nutzen) kann dem Verlust von Freiraumflächen und dem Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsflächen entgegengewirkt werden. Der Indikator zeigt die Anzahl der Einwohner auf einem Quadratkilometer Siedlungs- und Verkehrsfläche.

Mit der Umstellung auf eine flächendeckende Erfassung der Angaben zur tatsächlichen Nutzung im Liegenschaftskataster im Zweijahres-Zyklus wurden Erholungsflächen der Obergruppe Siedlungsflächen zugeordnet. Dadurch stieg die Summe der Siedlungsflächen. Die Umstellung erfolgte in den Jahren 2016 bis 2019. Somit sind für diesen Indikator erst ab dem Jahr 2019 zutreffende Daten vorhanden und eine Entwicklungsanalyse zu den vorherigen Jahren ist nur eingeschränkt möglich.

ZIELE UND ENTWICKLUNG

Die abnehmende Siedlungsdichte ist überwiegend auf demografische Veränderungsprozesse zurückzuführen.

Ziel ist eine konsequente Umsetzung des Handlungsprinzips Innen- vor Außenentwicklung. Gemeinden sollen vor der Neuausweisung von Bauland noch mehr als bisher den Bedarf unter Berücksichtigung der zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung und möglicher Leerstände ermitteln und begründen.

Für die Umsetzung sind aber die Gemeinden im Rahmen ihrer verfassungsrechtlich geschützten Planungshoheit überwiegend selbst zuständig. Der Indikator wird als Berichtsindikator geführt.

Jahr	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Siedlungsdichte in Anzahl EW/km ² SVF	1.715	1.604	1.489	1.436	1.410	1.395	1.366	1.367	1.332	1.242	1.130	1.120	1.112	1.104

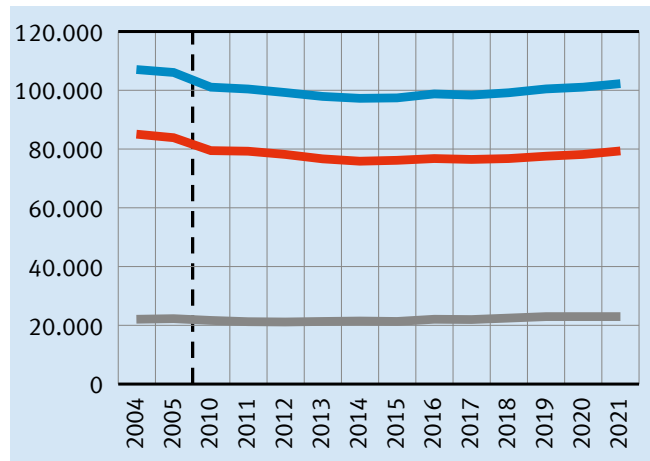


Indikator Nr. 25

BERICHTSINDIKATOR
Erhebungszeitraum: 2004–2021 (jährlich)

Betriebsleistung im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)

Betriebsleistung im ÖPNV



- 1.000 Fahrplan-km/Jahr Gesamt
- 1.000 Fahrplan-km/Jahr SPNV
- 1.000 Fahrplan-km/StPNV

Quelle: TMIL

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Der ÖPNV ist Aufgabe der Daseinsvorsorge. Unter Beachtung der Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sozialverträglichkeit, aber auch der Verkehrssicherheit und des Umweltschutzes soll der ÖPNV eine attraktive Alternative zum motorisierten Individualverkehr sein. Dabei steht die Schaffung eines neuen nachhaltigen Mobilitätsbewusstseins z. B. durch die stärkere Vernetzung zwischen Stadt und Land, ÖPNV und Individualverkehr, die Stärkung des Fahrrad- und Fußverkehrs, den weiteren Ausbau barrierefreier Angebote und den Ausbau intelligenter Mobilitätsanwendungen im Vordergrund. Mit dem in 2019 verabschiedeten Klimaschutzpaket der Bundesregierung wird ein weiterer Schritt in die Richtung einer zunehmenden attraktiven Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs und damit der Steigerung der Fahrgastzahlen gemacht. Vorgaben und Ziele für den öffentlichen Personennahverkehr in Thüringen sind in der Thüringer Kommunalordnung, im Thüringer ÖPNV-Gesetz und in der Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie 2018 geregelt. Die Landkreise, kreisfreien Städte und die kreisangehörige Stadt Nordhausen sind Aufgabenträger für den Personennahverkehr mit Bussen und Straßenbahnen. Das Land ist Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr mit der Bahn. Der Indikator erhebt die im öffentlichen Personennahverkehr der Kommunen (Straßengebundener Personennahverkehr – StPNV) sowie die im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) der Bahn gefahrenen Kilometer pro Jahr.

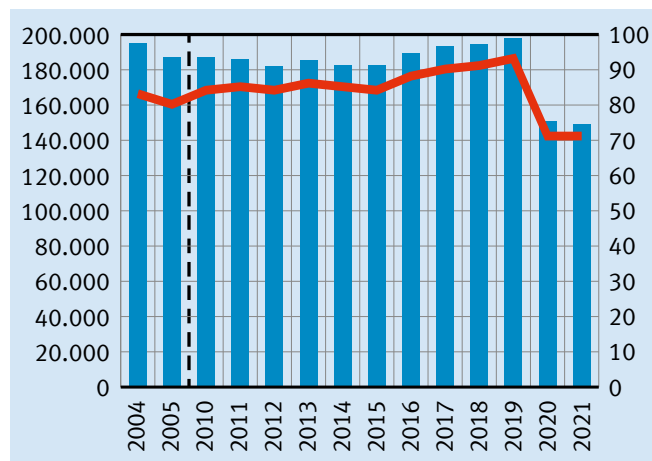
ZIELE UND ENTWICKLUNG

Trotz zurückgehender Bevölkerungszahlen wird nach aktuellen Prognosen der Verkehr in Thüringen auch in Zukunft, insbesondere im PKW-Bereich, weiterwachsen. **Ziel ist es daher, den Umstieg auf die Verkehrsmittel des Umweltverbundes – ÖPNV, Fahrrad, Fuß – zu fördern und den Anteil des motorisierten Individualverkehrs zu senken.** Hierfür ist die Bereitstellung eines attraktiven, leistungsfähigen und umweltfreundlichen öffentlichen Verkehrs mit Verknüpfung der verschiedenen Angebote auf Straße und Schiene notwendig. Eine positive Entwicklung des ÖPNV soll durch Angebotsverbesserungen und entsprechende Investitionen erreicht werden. Auf der Grundlage der bestehenden Förderrichtlinien unterstützt das Land die kommunalen Aufgabenträger beim investiven Ausbau des ÖPNV und der Bestellung der Verkehrsangebote mit Fördermitteln nach Maßgabe des Landeshaushalts. Vorhersagen mit der Festlegung von Zielwerten sind allerdings insbesondere aufgrund der demografischen Entwicklung, aber auch durch die Förderung der Elektromobilität im Individualverkehr nicht sinnvoll. Daher wird dieser Indikator als Berichtsindikator geführt. Im Berichtszeitraum 2004 bis 2021 hat sich der Indikator positiv entwickelt. Zwar sind die Fahrplankilometer gesamt bis zum Jahr 2014 gesunken, seit 2015 ist jedoch wieder ein leichter Anstieg zu verzeichnen.

Jahr	2004	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
1.000 Fahrplan-Kilometer/Jahr Gesamt	107.000	106.000	101.000	100.370	99.170	97.850	97.200	97.350	98.700	98.300	99.100	100.400	101.000	102.200
1.000 Fahrplan-Kilometer/Jahr SPNV	22.000	22.200	21.600	21.170	21.070	21.250	21.400	21.250	22.000	21.900	22.400	22.900	22.900	22.900
1.000 Fahrplan-Kilometer/StPNV	85.000	83.800	79.400	79.200	78.100	76.600	75.800	76.100	76.700	76.400	76.700	77.500	78.100	79.300

Beförderte Personen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und Fahrten pro Einwohner pro Jahr

Beförderte Personen und Fahrten



■ 1000 Fahrgäste pro Jahr
■ Fahrten je EW/Jahr

Quelle: Zeile 1 – TMIL / Zeile 2 – Berechnung TLUBN

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Der ÖPNV ist Aufgabe der Daseinsvorsorge. Unter Beachtung der Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sozialverträglichkeit, aber auch der Verkehrssicherheit und des Umweltschutzes soll der ÖPNV eine attraktive Alternative zum motorisierten Individualverkehr sein. Dabei steht die Schaffung eines neuen nachhaltigen Mobilitätsbewusstseins z. B. durch die stärkere Vernetzung zwischen Stadt und Land, ÖPNV und Individualverkehr, die Stärkung des Fahrrad- und Fußverkehrs, den weiteren Ausbau barrierefreier Angebote und den Ausbau intelligenter Mobilitätsanwendungen im Vordergrund. Neben der Schaffung von rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen durch Land und Kommunen soll durch eine stärkere Vernetzung und Taktung des Fahrangebotes sowie die nutzerfreundliche Gestaltung von Fahrzeugen, Bahnhöfen und Haltestellen die Mobilität aller, insbesondere auch mobilitätseingeschränkter Personengruppen, wie Senioren, Familien und Menschen mit Behinderung, gefördert werden. Auch eine stärkere Digitalisierung in den unterschiedlichsten Bereichen (z. B. Fahrkartenkauf per App oder freies WLAN in Bussen und Bahnen) soll die Attraktivität und damit die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel steigern. Der Indikator zeigt die Anzahl der Fahrgäste im öffentlichen Personennahverkehr der Kommunen sowie im Schienenpersonennahverkehr der Bahn (1.000 Personen) sowie die Fahrten pro Einwohner pro Jahr.

ZIELE UND ENTWICKLUNG

Die Attraktivität des ÖPNV ist als wesentliche Säule einer nachhaltigen Mobilität weiter zu steigern.

Um den landesweit bedarfsgerechten und barrierefreien Zugang zu gewährleisten, werden Kommunen und Verkehrsunternehmen weiterhin unterstützt. Senioren und Schüler sind eine wichtige Kundengruppe im ÖPNV. Die Schülerzahlen, die in den letzten Jahren stark rückläufig gewesen sind, werden nach aktuellen Prognosen bis 2030 wieder um mehr als zwei Prozent zunehmen. Die Fahrgastgruppe der Senioren wird zwar stärker zunehmen, sodass im Jahr 2035 voraussichtlich mehr als jeder dritte Einwohner in Thüringen älter als 65 Jahre sein wird, allerdings besitzen Senioren häufiger einen Führerschein als früher und nutzen oft den eigenen PKW bis ins hohe Alter. Im Berichtszeitraum 2004 bis 2019 hat sich der Indikator positiv entwickelt. Coronabedingt sinken die Zahlen seit 2020. Eine Steigerung in der Zukunft ist jedoch zu erwarten. Vorhersagen mit der Festlegung von Zielwerten sind insbesondere aufgrund der demografischen Entwicklung, aber auch durch die Förderung der Elektromobilität im Individualverkehr nicht sinnvoll. Daher wird dieser Indikator nur als Berichtsindikator geführt.

Jahr	2004	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
1.000 Fahrgäste/Jahr	195.000	187.000	187.000	186.000	182.100	185.500	182.600	182.600	189.000	193.000	194.500	197.700	150.700	149.000
Fahrten pro EW/Jahr	83	80	84	85	84	86	85	84	88	90	91	93	71	71

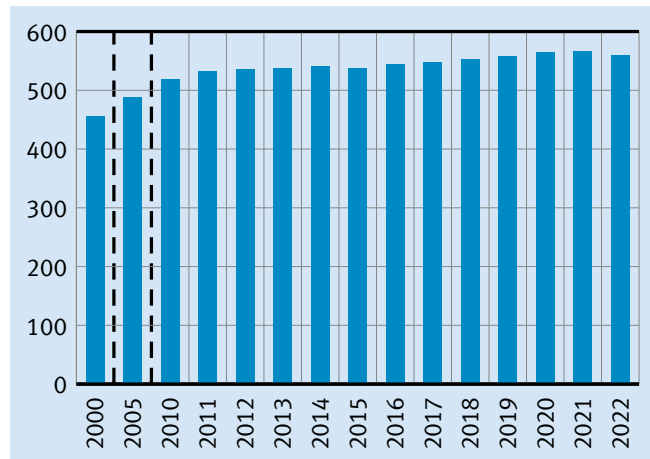


Indikator Nr. 27

BERICHTSINDIKATOR
Erhebungszeitraum: 2000–2022 (jährlich)

Pkw-Bestand (Pkw/1.000 Einwohner)

Pkw-Bestand



■ Pkw-Bestand (je 1.000 Einwohner)

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

In Deutschland sind derzeit insgesamt 65,8 Millionen Kraftfahrzeuge und Kfz-Anhänger zugelassen. Allein im Jahr 2019 erhöhte sich der Bestand um über eine Million Fahrzeuge im Vergleich zum Vorjahresstichtag. Die anteilsstärkste Fahrzeugklasse am Gesamtbestand bilden Personenkraftwagen mit 47,7 Mio. Mit einer Fahrzeugdichte von 575 Pkw je 1.000 Einwohner hat der Motorisierungsgrad zudem in Deutschland 2020 erneut einen Höchststand erreicht. Diese Trendentwicklung bedingt unter Beachtung der Antriebs- und Kraftstoffart unterschiedlich starke Umweltwirkungen. Insbesondere im Bereich der Stickstoffoxid-Emissionen ist der Straßenverkehr mit etwa 40 Prozent eine der bedeutendsten Umweltbelastungen. Zusätzlich ist er durch den hohen Ausstoß an Treibhausgasen und Luftschadstoffen, den Ressourcenverbrauch für Herstellung und Kraftstoffgewinnung sowie die entstehenden Lärmmissionen nicht nur ein wesentlicher Faktor der Beeinträchtigung von Umwelt und Gesundheit, sondern auch der Neu- und

Ausbau von Straßen sowie die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur zum Parken tragen zusätzlich zum Verlust, zur Verkleinerung und zunehmenden Zerschneidung natürlicher Lebensräume und Ökosysteme bei. Im 3. Indikatorenbericht gab es einen Bruch in der Datenreihe ab 2008, da das KBA die vorübergehend stillgelegten Fahrzeuge/Außerbetriebssetzungen herausgerechnet und nur noch angemeldete Fahrzeuge erfasst hat. Für diesen 4. Indikatorenbericht wurden die Grund-Daten vom KBA rückwirkend ab 2000 zur Verfügung gestellt und für Thüringen abhängig von der Einwohnerzahl neu berechnet. Der Indikator zeigt den Anteil der in Thüringen zugelassenen Pkw pro 1.000 Einwohner.

Quelle: KBA – Berechnung TLS

Jahr	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Anzahl der Pkw/1.000 EW	455	488	518	532	536	538	540	538	544	548	553	558	564	566	560

ZIELE UND ENTWICKLUNG

Im Zeitraum von 2000 bis 2021 ist die Zahl der Zulassungen weiter gestiegen, im Jahr 2022 leicht gesunken.

Ziel ist es, für die Bürgerinnen und Bürger uneingeschränkte Nutzungsmöglichkeiten von bezahlbarer, umwelt- und klimafreundlicher Mobilität zur Verfügung zu stellen. Hierfür sollten alle jeweils zur Verfügung stehenden Möglichkeiten (ÖPNV, Car-Sharing, Fahrräder) optimal genutzt werden und entsprechende Förderungen und Infrastrukturinvestitionen getätigt werden. Die Prüfung möglicher Alternativen (vorhandene Fahrzeuge in der Familie, Car-Sharing, ÖPNV o. ä.) sollte daher vor dem Erwerb eines Fahrzeuges immer im Vordergrund stehen. Die Pkw-Dichte je 1.000 Einwohner stellt derzeit vor allem in urbanen Ballungsräumen ein Umweltproblem dar. Daher ist hier im Sinne einer positiven Umweltentwicklung und des neuen Verständnisses von Flächengerechtigkeit der rasante Anstieg von Neuzulassungen zu stoppen und den Anteil der PKW, insbesondere mit Verbrennungsmotor, zu reduzieren. In den sehr vielen sehr ländlich geprägten Gegenden in Thüringen, in denen kleine Ortschaften und Dörfer in teils stark gebirgigen Landschaften vorherrschen, ist der private Pkw für den Erhalt der

Mobilität des Einzelnen bislang kaum zu ersetzen. Die reine Anzahl an Fahrzeugen ist hierbei eher nachrangig, da Parkraumprobleme kaum bestehen. Der Fokus sollte für diese ländlichen Räume daraufgelegt werden, die Fahrleistungen mit dem Pkw je Einwohner zu senken, da dieser Wert wesentliche Relevanz für Umwelt- und Klimaschutz hat. Betrachtet man die Statistik „Bestand an Kraftfahrzeugen FZ1.1“ des Kraftfahrt-Bundesamtes (KBA) zum 01.01.2022 detaillierter, wird deutlich, dass tatsächlich erhebliche Unterschiede zwischen ländlichen Räumen und Städten bestehen. Beispielsweise beträgt die Kfz-Dichte je 1.000 Einwohner in der kreisfreien Stadt Jena lediglich 410 im sehr stark ländlich geprägten Saale-Orla-Kreis überdurchschnittliche 634. Mit 563 Pkw je 1.000 Einwohner liegt der Wert jedenfalls deutlich unter dem Wert Gesamt-Deutschlands, der bei 584 liegt.

Bei der weiteren Entwicklung des Indikators ist auch die zunehmende Umrüstung der Fahrzeugflotte auf Elektroautos und deren Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit zu berücksichtigen. Daher ist die Definition eines konkreten Zielwertes nicht sinnvoll und der Indikator wird als Berichtsindikator geführt.

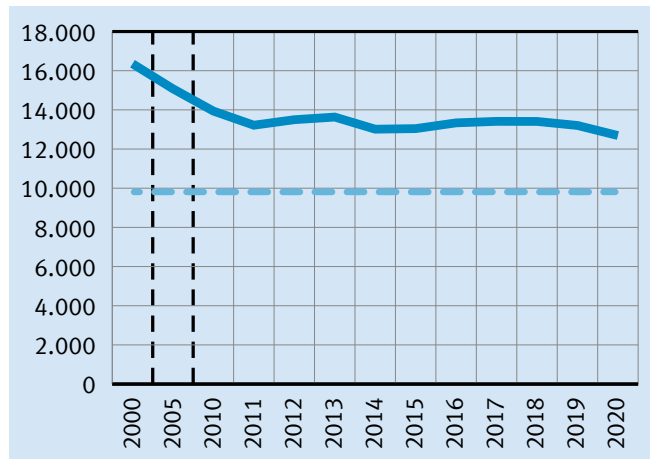


Indikator Nr. 28

ZIELINDIKATOR
Erhebungszeitraum: 2000–2020 (jährlich)

Treibhausgasemissionen

Treibhausgasemissionen



- THG-Emissionen (1000 t CO₂ – Äquivalente/Jahr)
- Zielwert bis 2030 (-70 %)

Quelle: AK UGRdL – Berechnungsstand Frühjahr 2023

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen für die Menschheit. Der anthropogene Treibhauseffekt ist ein globales Problem mit regionalen Verursachern und Folgen. Treibhausgase entstehen mengenmäßig vorwiegend bei der Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle, Erdöl und Erdgas. Der überwiegende Teil der THG-Emissionen ist damit energiebedingt. Neben Kohlendioxid zählen insbesondere noch Distickstoffmonoxid (N₂O), umgangssprachlich Lachgas, und Methan (CH₄) zu den relevanten Treibhausgasen. Nicht berücksichtigt sind die prozessbedingten CO₂-Emissionen. Die Treibhausgasemissionen werden in Millionen Tonnen pro Jahr sowie indiziert (1990=100) dargestellt.

ZIELE UND ENTWICKLUNG

Die Weltgemeinschaft hat sich mit dem Übereinkommen von Paris das Ziel gesetzt, die globale Temperaturerhöhung auf deutlich unter 2 Grad Celsius, möglichst 1,5 Grad Celsius, gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen. Im Thüringer Klimagesetz sind Treibhausgasemissionsziele für 2030, 2040 und 2050 definiert.

So sollen bis 2030 die Treibhausgasemissionen um 60 bis 70 Prozent gegenüber 1990 sinken. Dabei soll das Erreichen der maximalen Emissionsreduktion handlungsleitend sein. Im Berichtszeitraum 2000 bis 2020 gingen die Treibhausgas-Emissionen in Thüringen um gut ein Fünftel zurück. Zum Ende der Periode hat sich der Rückgang der Emissionen allerdings nicht entsprechend fortgesetzt. Die Emissionen 2020 wurden dabei beeinflusst durch die Corona-Pandemie und Maßnahmen zu deren Bekämpfung. Um die Ziele zu erreichen, sind weitere Maßnahmen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen notwendig. Das gilt insbesondere auch angesichts der Fortentwicklung der Zielsetzungen auf Bundesebene. So sollen die Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990 bis 2030 um mindestens 65 Prozent und bis zum Jahr 2045 so weit gemindert werden, dass Netto-Treibhausgasneutralität erreicht wird (Bundes-Klimaschutzgesetz).

Jahr	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
THG-Emissionen (in Mio. t/Jahr)	16.356	15.077	13.938	13.217	13.498	13.633	13.014	13.043	13.337	13.413	13.409	13.204	12.690
THG-Emissionen (Index, Basisjahr 1990=100)	49,37	45,51	42,07	39,90	40,74	41,15	39,28	39,37	40,26	40,49	40,48	39,86	38,30

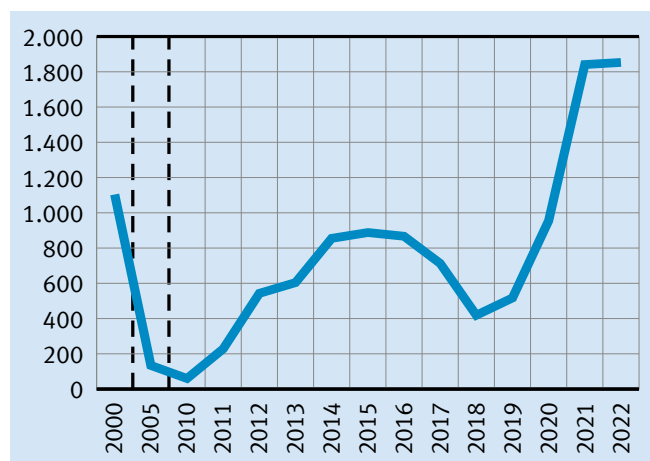


Indikator Nr. 29

Anpassung an den Klimawandel

29 a) Waldumbau (jährliche Waldumbaufläche im Staatswald in ha)

Waldumbau



■ Waldumbau (in ha)

Quelle: Daten vom TMIL über statistisches Jahrbuch beim TLS

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Bodenversauerung, Schadstoffeinträge und erhöhte Nährstoffkonzentrationen aus der Luft sowie zunehmend der Klimawandel und die damit einhergehenden Wetterextreme bedeuten Stress für die Wälder. Dies verringert ihre Vitalität und macht sie anfälliger für biotische (Schädlingsbefall) und abiotische (z. B. Trockenis, Sturm) Schadfaktoren. Dies zeigt sich bei den gegenwärtigen dürrinduzierten Schäden in Verbindung mit der hieraus entstandenen Massenvermehrung des Borkenkäfers, von der vor allem die Fichte betroffen ist, sehr deutlich. Reinbestände sind weniger geeignet, den Herausforderungen zu begegnen und Schäden zu vermeiden, da deutlich wird, dass Baumarten auch plötzlich schadanfällig werden können (z. B. Buche). Eine wichtige Maßnahme zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Wälder ist daher der Umbau der Waldbestände hin zu standortangepassten und strukturierten Mischwäldern, bei denen das Risiko flächiger Ausfälle geringer ist. Wo immer möglich, werden hierbei Naturverjüngung (und Sukzession) einbezogen. Nach den Ergebnissen der „Dritten Bundeswaldinventur 2012“ lag der Naturverjüngungsanteil in Thüringen vor dem extremwetterbedingten Schadensereignis bei 90 Prozent und damit über dem bundesdeutschen Durchschnitt (85 Prozent) – ein Indiz für die erreichten Fortschritte bei der Umstellung auf eine naturnahe Waldbewirtschaftung. Der Naturverjüngung wird beim Waldumbau einschließlich der Wiederbewaldung von Schadflächen weiterhin großes Gewicht beigemessen. Dort, wo aufgrund der Ausgangssituation die Möglichkeiten der Naturverjüngung eingeschränkt sind, muss mit aktiven Walderneuerungsmaßnahmen der Grundstein für künftige Mischbestände gelegt

werden. Zu den aktiven Walderneuerungsmaßnahmen zählen neben der Neu- und Wiederaufforstung auch Voranbau und Unterbau. Der Indikator zeigt die jährliche Waldumbaufläche durch aktive Walderneuerungsmaßnahmen im Staatswald in Hektar.

ZIELE UND ENTWICKLUNG

Ziel im Freistaat Thüringen ist es, die Baumarten-Vielfalt der Wälder zu erhöhen. Ein konkreter Zielwert kann nicht genannt werden, da ein erfolgreicher Waldumbau über einen langen Zeitraum erfolgt und auch von verschiedenen äußeren Einflüssen abhängig ist. Daher wird dieser Indikator als Berichtsindikator geführt. Die Maßnahmen werden kontinuierlich und gemäß der gestiegenen Erfordernisse einer Anpassung an den Klimawandel bedarfsorientiert fortgesetzt. Im Berichtszeitraum 2000 bis 2022 schwankt der Anteil der Flächen sichtbar. So sind z.B. die Aktivitäten zur Wiederbewaldung entstandener Schadflächen und die weitergehenden planmäßigen Verjüngungsmaßnahmen zum Waldumbau aufgrund des Vorrangs der Schadholzaufbereitung und der Sanierungsmaßnahmen als Folge der Dürrejahre 2018 bis 2020 zurückgegangen. Neben den Kapazitätsproblemen ist dies auch der für Pflanzmaßnahmen ungünstigen Witterung in den Pflanzperioden Herbst 2018 bis Frühjahr 2020 geschuldet. Die jüngsten Jahresergebnisse (2021: 1.841 ha, 2022: 1.853 ha) zeigen einen deutlichen Anstieg der Waldumbaufläche und belegen diese Anstrengungen. Die aktiven Walderneuerungsmaßnahmen konzentrieren sich aufgrund des anhaltenden Kalamitätsgeschehens schwerpunktmäßig auf den Waldumbau im Zuge der Wiederbewaldung von Schadflächen mit klimaresilienten Mischbeständen.

Jahr	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Waldumbaufläche im Staatswald in ha	1.104	134	60	228	543	604	855	888	867	713	419	517	955	1.841	1.853

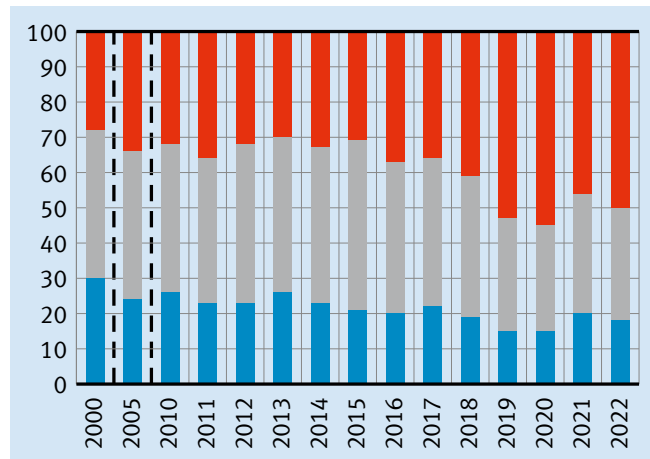


Indikator Nr. 29

BERICHTSINDIKATOR
Erhebungszeitraum: 2000–2022 (jährlich)

29 b) Waldzustand (Anteil der geschädigten Waldflächen nach Schadstufen in Prozent und deutlich geschädigte Waldflächen nach Baumarten)

Waldzustand (Anteil der Schädigung in %)



- gesund (Schadstufe 0)
- leicht geschädigt (Schadstufe 1)
- stark geschädigt (Schadstufe 2–4)

Quelle: TMIL – Waldzustandsbericht

Jahr	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Gesunde Waldfläche in %	30	24	26	23	23	26	23	21	20	22	19	15	15	20	18
Leicht geschädigte Waldflächen in %	42	42	42	41	45	44	44	48	43	42	40	32	30	34	32
Stark geschädigte Waldflächen in %	28	34	32	36	32	30	33	31	37	36	41	53	55	46	50

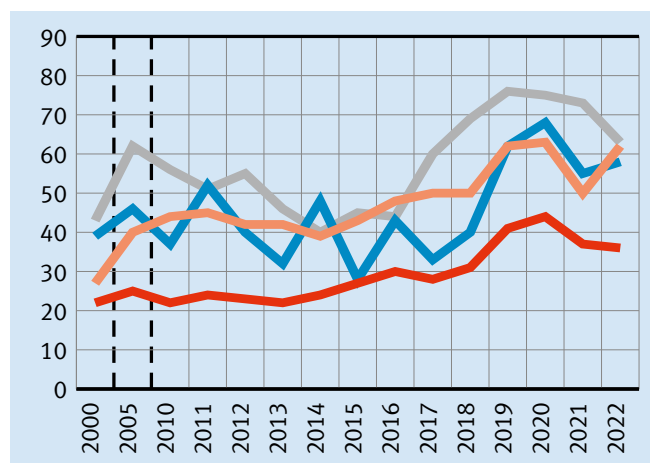
BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Seit den 1970er Jahren treten so genannte „neuartige Waldschäden“ auf. Unbestritten ist, dass Schadstoffeinträge aus der Luft eine besonders wichtige Rolle in diesem Ursachenkomplex spielen. Durch die Luftreinhaltepolitik konnten die Ursachen und damit die Auswirkungen schädlicher Emissionen seit den 1990er Jahren deutlich gemildert werden. Allerdings wirken insbesondere die Veränderungen im Wirkungsgefüge der Waldböden lange nach. Seit einigen Jahren üben der Klimawandel und dadurch bedingte Wetterextreme, wie sehr trockene Sommer, zunehmend Stress auf die Wälder aus, was sich in Vitalitätseinbußen der Waldbäume bis hin zu deren massenhaften Absterben äußert.

Im Rahmen der Waldzustandserhebung werden bundesweit seit 1990 alljährlich die Gesundheit/Vitalität der Waldbäume anhand des Kronenzustandes der Bäume beurteilt. Kriterien hierbei sind die Vergilbung der Blattorgane und der Nadel- bzw. Blattverlust. Die Einstufung der Kriterien ergibt fünf Schadstufen (von 0 = ungeschädigt bis 4 = abgestorben). Deutlich geschädigte Bäume entsprechen der Stufe 2 und höher. Dargestellt wird der Anteil der gesunden sowie der leicht und stark geschädigten Waldbäume (Stufe 1 und Stufe 2–4). Außerdem werden die deutlich geschädigten Waldbäume nach Baumarten in Prozent ab der Schadstufe 2 (mittelstark geschädigt und höher) aufgezeigt.

29 b) Waldzustand (Anteil der geschädigten Waldflächen nach Schadstufen in Prozent und deutlich geschädigte Waldflächen nach Baumarten)

Deutlich geschädigte Waldflächen nach Baumarten (in %)



■ Fichte ■ Kiefer ■ Buche ■ Eiche

Quelle: Daten vom TMIL über statistisches Jahrbuch beim TLS

ZIELE UND ENTWICKLUNG

Thüringen verfügt über eine Waldfläche von ca. rund 550.000 ha. Das sind rund 34 Prozent der Bodenfläche. Da die Wälder eine hohe Bedeutung für den Naturkreislauf, für das Klima, aber auch die Wirtschaft haben, ist die Erhaltung gesunder Wälder im Freistaat ein wichtiges Ziel.

Im Berichtszeitraum 2000 bis 2022 wird deutlich, dass sich der Anteil normal belaubter bzw. benadelter und insofern als gesund eingestufte Bäume verringert hat. Auch das wiederum zu trockene Jahr 2022 zeigt mit einem erneuten Rückgang der als gesund eingestuft Bäume auf 18 Prozent und einem Anstieg der Bäume

mit starken Schäden auf 50 Prozent, dass insbesondere die Witterungsverhältnisse und deren Folgewirkungen (z. B. Feinwurzelverluste) erhebliche Auswirkungen auf die Vitalität der Bäume haben. Die Dürrejahre 2018 und 2019 zeigen hierbei besonders dramatische Auswirkungen. Ziel muss es sein, den Anteil der geschädigten Bäume zu verringern. Aufgrund vielfältiger äußerer Einflüsse kann kein Zielwert benannt werden. Daher wird der Indikator als Berichtsindikator geführt.

Deutlich geschädigte Waldflächen (Baumarten in %/Jahr)	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Fichte	22	25	22	24	23	22	24	27	30	28	31	41	44	37	36
Kiefer	27	40	44	45	42	42	39	43	48	50	50	62	63	50	62
Buche	39	46	37	52	40	32	48	28	43	33	40	62	68	55	58
Eiche	43	62	56	51	55	46	40	45	44	60	69	76	75	73	63



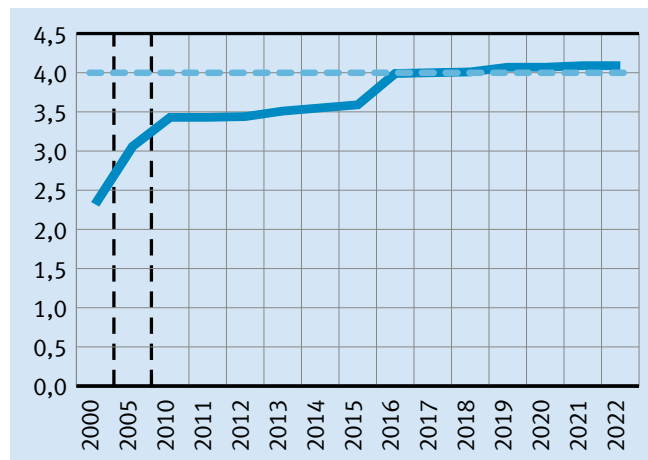
Indikator Nr. 30

ZIELINDIKATOR
Erhebungszeitraum: 2000–2022 (jährlich)

Anteil der streng geschützten Gebiete

(Naturschutzgebiete, Nationalpark und Zonen I, II Biosphärenreservate)

Streng geschützte Gebiete



- Anteil der streng geschützten Gebiete in %
- Zielwert bis 2030 in %

Quelle: TLUBN

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Schutzgebiete sind ein wichtiges Instrument des Naturschutzes. Bedeutend sind die naturschutzrechtlich streng geschützten Gebiete, die insbesondere dem Arten- und Biotopschutz dienen. Gemäß Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) sind dies Naturschutzgebiete (§ 23 BNatSchG), Nationalparke (§ 24 BNatSchG) und Biosphärenreservate (§ 25 BNatSchG). Bei Biosphärenreservaten werden nur Kern- und Pflegezonen (Zonen I und II) berücksichtigt, die gleichwertig wie Naturschutzgebiete geschützt sind. Bestehen Überschneidungen von Flächen verschiedener Schutzkategorien, werden diese aus der Bilanz herausgerechnet. Der Indikator zeigt den Anteil der streng geschützten Gebiete, d. h. Naturschutzgebiete, Nationalpark sowie die Zonen I und II der Biosphärenreservate, im Vergleich zur Landesfläche insgesamt in Prozent.

Im Vergleich zu den Werten im 3. Indikatorbericht gibt es z. T. Abweichungen. Diese resultieren aus einer generellen Neuberechnung, dem Herausrechnen von Überschneidungen von NSG-Flächen mit Kern- und Pflegezonen in Biosphärenreservaten (BR) sowie durch das Verwenden unterschiedlicher Bezugsflächen bei der Landesfläche. Das TLUBN verwendet die für das jeweilige Jahr vom Thüringer Landesamt für Statistik veröffentlichten Werte zur Flächennutzung, die von Jahr zu Jahr schwanken und mehr oder weniger voneinander abweichen können.

ZIELE UND ENTWICKLUNG

In Thüringen ist im Berichtszeitraum ein stetiger Anstieg erkennbar. Den Zielwert von 4 Prozent streng geschützter Gebiete an der gesamten Landesfläche hat Thüringen bereits im Jahr 2017 erreicht.

Im Jahr 2022 liegt der Wert bei 4,09 Prozent. Mittel- bis langfristig soll dieser Anteil weiterhin gesteigert werden.

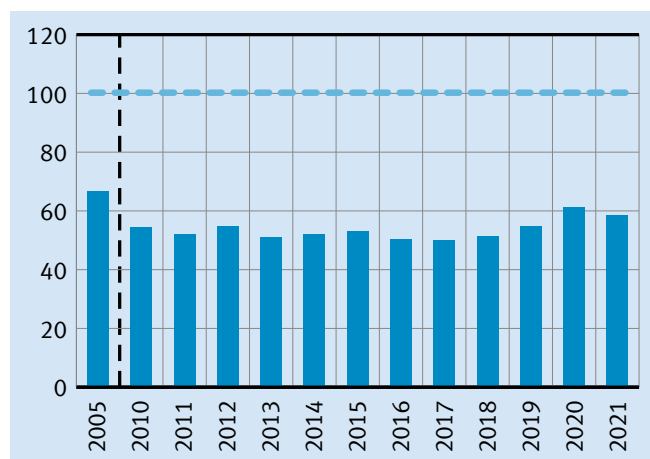
Jahr	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Anteil der streng geschützten Gebiete in %	2,32	3,06	3,43	3,43	3,44	3,51	3,55	3,59	3,99	4,00	4,01	4,07	4,07	4,09	4,09



Indikator Nr. 31

Artenvielfalt und Landschaftsqualität

Artenvielfalt und Landschaftsqualität



■ Gesamt in %
■ Zielwert bis 2030 in %

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Eine hohe Artenvielfalt an Tieren und Pflanzen ist eine wesentliche Voraussetzung für einen leistungsfähigen Naturhaushalt und bildet eine wichtige Lebensgrundlage der Menschen. Um diese Vielfalt zu erhalten bzw. wiederherzustellen, sind eine nachhaltige Landnutzung und ein schonender Umgang mit der Natur erforderlich.

Der Indikator „Artenvielfalt und Landschaftsqualität“ liefert Informationen zur Artenvielfalt, zur Landschaftsqualität und zur Nachhaltigkeit der Landnutzung. Dies geschieht anhand der Bestandsentwicklung ausgewählter Vogelarten, die stellvertretend für viele andere Tierarten die Qualität der Lebensräume und somit auch den Grad der Nachhaltigkeit der Flächennutzung anzeigen. Dabei werden in Thüringen vier Hauptlebensraumtypen unterschieden, die über die Gewichtung der jeweiligen Flächenanteile aggregiert werden:

- Agrarlandschaft (Acker, Grünland)
- Wald
- Siedlung
- Binnengewässer

Für jeden in Thüringen vorkommenden Hauptlebensraumtyp werden neun repräsentative Vogelarten ausgewählt. Als Bezugsgröße für die aggregierte Gesamtaussage dient die artspezifische Bestandsgröße, die bei Umsetzung naturschutzrechtlicher Vorgaben und raumbedeutsamer Strategien/Planungen aus populationsbiologischer Sicht im Zieljahr 2030 zu erwarten wäre (= Zielwert). Damit stellt der Zielwert ein Optimum dar, das auf 100 Prozent festgelegt wird. Der Indikator misst dann den Grad der Zielerreichung bzw. der Umsetzung der dazugehörigen Politiken. Er wird sowohl als landesweite Gesamtaussage als auch differenziert nach den vier Hauptlebensraumtypen berechnet.

Quelle: TLUBN/Vogelschutzwarte Seebach

Artenvielfalt und Landschaftsqualität/Jahr	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Agrarlandschaft	64,1	41,4	41,2	40,4	37,5	38,5	37,8	35,4	32,7	34,3	38,3	44,6	40,7
Wald	74,9	74,0	68,6	78,4	74,8	74,7	77,9	73,8	75,7	75,1	79,0	85,7	84,9
Siedlung	54,1	60,3	55,1	54,5	45,8	49,4	53,2	54,7	60,8	64,7	66,6	73,4	68,7
Binnengewässer	66,5	67,7	73,5	65,0	63,9	70,5	88,8	83,6	75,9	78,1	67,4	74,9	83,1
Gesamt	66,7	54,3	51,9	54,6	50,9	51,9	53,1	50,5	50,1	51,3	54,9	61,3	58,5



Indikator Nr. 31

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Im aktuellen Berichtszeitraum konnte die Datenqualität weiter verbessert werden, indem zusätzliche Daten für die Berechnung des Indikators herangezogen wurden. Dies geschah auch rückwirkend, so dass sich einzelne Indexangaben gegenüber dem Vorgängerbericht verändert haben.

ZIELINDIKATOR

Erhebungszeitraum: 2005–2021 (jährlich)

Artenvielfalt und Landschaftsqualität

ZIELE UND ENTWICKLUNG

Die Ziele umfassen Schutz und Pflege, ggf. auch Wiederherstellung von Natur und Landschaft, so dass die Funktionsfähigkeit der Ökosysteme, der Erhalt der Tier- und Pflanzenwelt einschließlich ihrer Lebensräume, die Regenerationsfähigkeit und nachhaltige Leistungsfähigkeit der Naturgüter sowie Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Natur und Landschaft in ihrer Gesamtheit dauerhaft gesichert werden.

Die Ergebnisse des Indikators zeigen, dass sich die Entwicklung in Thüringen bis 2017 immer weiter von dieser Zielstellung entfernt hatte. Ab 2018 lässt sich dann eine leichte Trendwende erkennen, die insbesondere auf eine Stabilisierung bzw. Zunahme der Bestände einiger Wald- und Feldvogelarten zurückzuführen ist. Bei den Waldvögeln sind insbesondere die Bestände von Hohltaube und Kleiber (auch außerhalb der Wälder) deutlich angestiegen. Diese Entwicklung ist auch bei einigen Agrarvögeln, wie Feldlerche und Grauammer zu beobachten, deren Bestände sich allmählich stabilisieren, aber immer noch weit von den angestrebten Zielwerten entfernt sind. Deutlich schlechter sieht es bei den Wiesenbrütern aus, deren Bestände weiterhin massiv zurückgehen. Damit tragen die Entwicklungen in der Agrarlandschaft, die außerhalb der Biobetriebe immer noch auf Intensivierungsprozesse und Produktionssteigerungen ausgerichtet sind, nach wie vor zum Artenrückgang bei. Dies zeigt auch der Teilindikator Agrar-

landschaft, der zwar gegenüber dem letzten Bericht um 6 Prozent verbessert werden konnte, aber dennoch nur bei 40 Prozent des für 2030 angestrebten Zielwerts liegt. Demgegenüber zeichnet sich an den Gewässern und im Siedlungsbereich eine positive Entwicklung ab. Die entsprechenden Teilindikatoren haben sich dort gegenüber dem letzten Bericht um 5 bzw. 4 Prozent verbessert, was bei den Gewässern insbesondere auf die Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen zurückzuführen ist. Im Siedlungsbereich kommt die zunehmende Einwanderung von Waldvogelarten zum Tragen, die insbesondere durch Winterfütterungen und Maßnahmen zur Stadtbegrünung begünstigt wird.

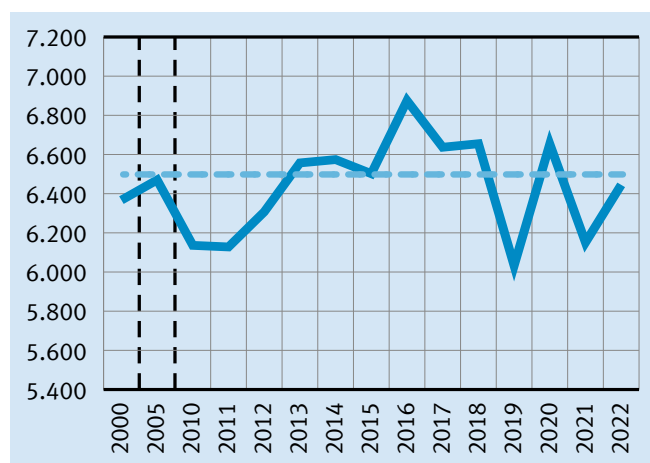
Der Gesamtindikator hat sich gegenüber dem letzten Berichtszeitraum leicht verbessert und eine Trendwende scheint erfolgreich eingeleitet zu sein. Der für 2030 angestrebte Zielwert bleibt allerdings eine sehr große Herausforderung. Daher müssen insbesondere im Agrarbereich verstärkt Aktivitäten unternommen werden, die die Artenvielfalt und Landschaftsqualität weiter verbessern helfen. Im Hinblick auf die von allen Seiten forcierte Ausrichtung auf eine umwelt- und naturschutzgerechtere Landwirtschaft muss es gelingen, sich dem Zielwert weiter anzunähern. Die aktuellen Veränderungen des Klimas und die tiefgreifende Transformation vieler Wirtschaftsbereiche werden weiterhin erheblichen Einfluss auf die Teilbereiche des Indikators haben.



Indikator Nr. 32

Anzahl der Straftaten pro 100.000 Einwohner

Straftaten



- Straftaten (je HTEW/Jahr)
- Zielwert des Bundes

Quelle: TLKA – Polizeiliche Kriminalstatistik

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Ein sicheres Umfeld, in dem die Bürger eines Staates ohne Angst vor Willkür und Kriminalität leben können, ist eine wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren sozialer Systeme und für soziale Nachhaltigkeit. Der Indikator „Straftaten“ drückt die durch die Kriminalität verursachte Gefährdung aus und beeinflusst das Sicherheitsempfinden der Thüringer Bevölkerung.

Der Indikator erfasst alle bei der Polizei angezeigten und in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) erfassten Straftaten, das so genannte Hellfeld. Veränderungen in der PKS lassen allerdings nicht immer auf tatsächliche Veränderungen bei den Fallzahlen schließen: Die Statistik erfasst nur die der Polizei bekannt gewordene Kriminalität, weitere Straftaten bleiben im Dunkelfeld verborgen. Wenn sich z. B. das Anzeigeverhalten der Bevölkerung oder die Verfolgungsintensität der Polizei ändert, können mehr Straftaten erfasst werden, das Dunkelfeld wird weiter erhellt. Eine Änderung des Umfangs der tatsächlichen Kriminalität ist damit nicht zwingend verbunden. Dargestellt werden die erfassten Fälle sowie die Straftaten bezogen auf 100.000 Einwohner pro Jahr, die so genannte Häufigkeitszahl.

ZIELE UND ENTWICKLUNG

Die Anzahl der Straftaten pro 100.000 Einwohner hat in Thüringen zwischen 2000 und 2022 in Betrachtung des Gesamtzeitraums abgenommen. Im Jahr 2022 betrug die Anzahl der Straftaten in Thüringen insgesamt 135.911 (im Vergleich dazu waren es im Jahr 2020 noch 141.933 Fälle). Dies bedeutet für Thüringen den drittniedrigsten Wert seit Beginn der PKS-Erfassung 1993 (weniger nur in den Jahren 2019 und 2021). Die Aufklärungsquote aller durch die Thüringer Polizei registrierten Delikte betrug dabei 63,2 Prozent. Das bedeutet, dass bei mehr als 86.000 Straftaten mindestens ein Tatverdächtiger namhaft gemacht werden konnte. Dabei gibt es deutliche Unterschiede je nach Art der Straftat. So lag die Aufklärungsquote beim Wohnungseinbruchsdiebstahl bei 26,6 Prozent im Jahr 2022. Bei Betrugsdelikten wurden dagegen 58,1 Prozent und bei gefährlicher und schwerer Körperverletzung 84,8 Prozent aller Straftaten aufgeklärt. Die Häufigkeitszahl unterlag in den Jahren 2018 bis 2022 einigen Schwankungen. Sie liegt im Jahr 2022 bei 6.445 (2021: 6.151) und hat sich somit in einem niedrigen Bereich stabilisiert.

Ziel ist es, den Zielwert des Bundes (bisher 7.000, ab 2021 maximal 6.500 Straftaten pro 100.000 Einwohner im Jahr) weiterhin deutlich zu unterschreiten. Dies ist auch im Jahr 2022 gelungen.

Straftaten/Jahr	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Erfasste Fälle	155.943	152.386	138.049	136.955	140.087	142.310	142.060	140.240	149.226	143.237	143.158	129.301	141.933	130.411	135.911
Straftaten je 100.000 EW/Jahr	6.367	6.470	6.136	6.128	6.307	6.557	6.574	6.502	6.875	6.637	6.655	6.033	6.653	6.151	6.445

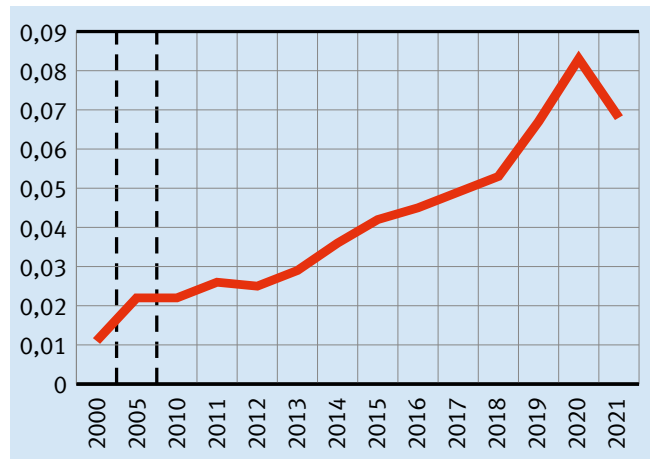


Indikator Nr. 33

BERICHTSINDIKATOR
Erhebungszeitraum: 2000–2021 (jährlich)

Anteil öffentlicher Entwicklungsausgaben am Bruttonationaleinkommen

Öffentliche Entwicklungsausgaben



■ Anteil in %

Quelle: BMZ und AK VGRdL, Berechnungsstand August 2022/Februar 2023
Zeile 3: Berechnung TLUBN

BESCHREIBUNG UND BERECHNUNG

Mit ihrer Entwicklungspolitik tragen die Industrienationen dazu bei, die weltweite Armut zu mindern, den Frieden zu sichern und Demokratie zu verwirklichen, die Globalisierung gerecht zu gestalten und die Umwelt zu schützen. ODA sind Leistungen, die mit dem Hauptziel der Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung von Entwicklungsländern von öffentlichen Stellen an Entwicklungsländer oder an internationale Organisationen zugunsten von Entwicklungsländern vergeben werden.

Der Indikator umfasst im Indikatorenbericht des Bundes bzw. von Thüringen die öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance – ODA) im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen (BNE). Die ODA-Leistungen werden in Millionen Euro sowie als Anteil am Bruttonationaleinkommen (Thüringer Bruttonationaleinkommen) in Prozent dargestellt. Das Bruttonationaleinkommen wurde von 2000 – 2017 rückwirkend revidiert. Daher weichen die Daten vom 3. Indikatorenbericht ab.

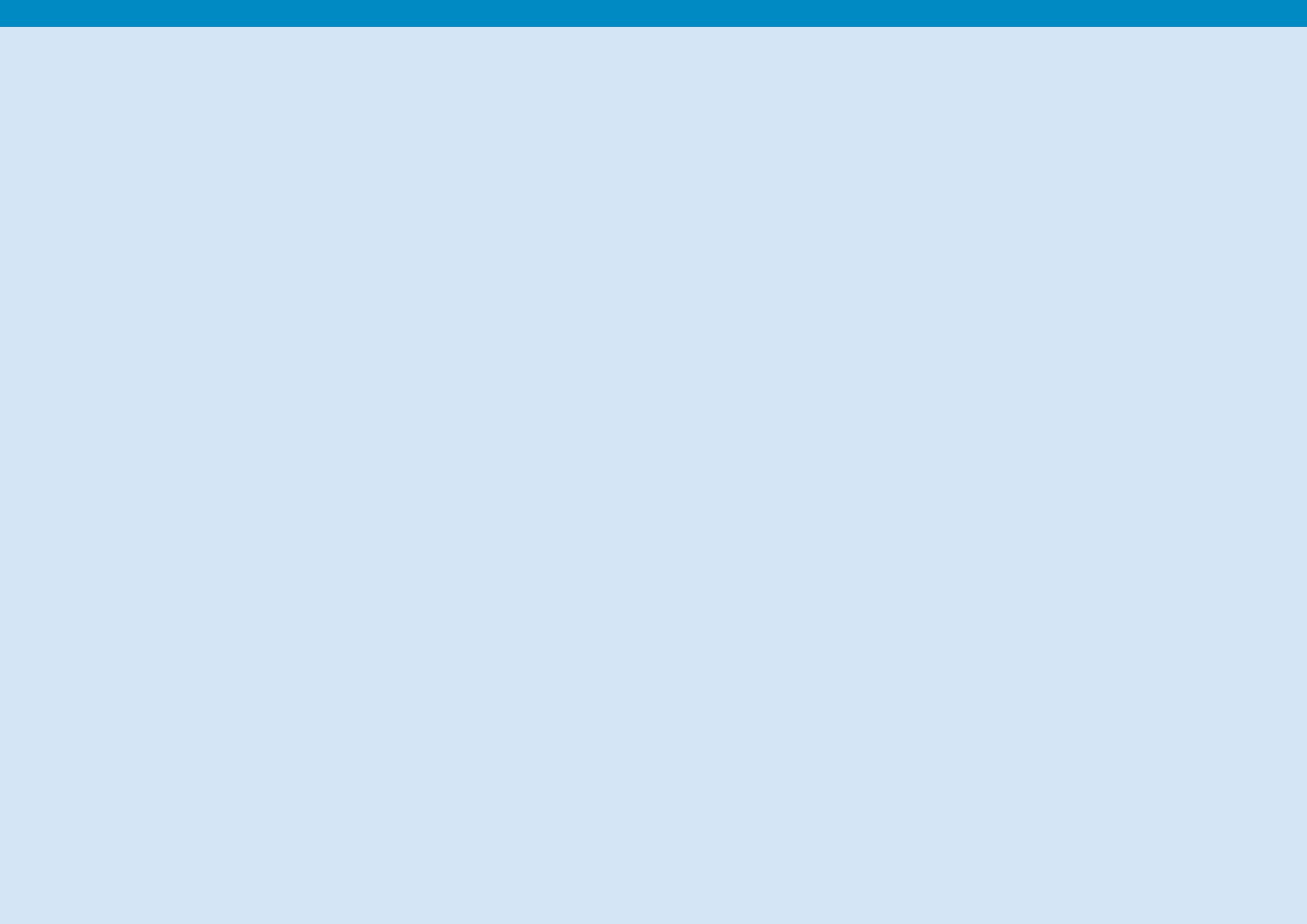
ZIELE UND ENTWICKLUNG

Entwicklungspolitik liegt entsprechend der Kompetenzverteilung des Grundgesetzes vorrangig in der Zuständigkeit des Bundes. Thüringen leistet, wie alle Länder, im Rahmen seiner Möglichkeiten einen Beitrag zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland.

Das Ziel der deutschen Entwicklungspolitik für das Jahr 2030 ist es, eine ODA-Quote von 0,70 Prozent zu erreichen.

Die Thüringer Landesregierung räumt der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit im Inland hohe Priorität ein. Dabei spielt das Eine Welt Netzwerk Thüringen e. V., in dem über 20 Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen mitarbeiten, eine wichtige Rolle. Ziel des Vereins ist es, Politik und Wirtschaft, Vereine und Initiativen wie auch Einzelpersonen in Thüringen zu vernetzen, um gemeinsam eine breite Lobby für entwicklungspolitische Fragestellungen zu schaffen. Ein großer Teil der ODA-Leistungen in Thüringen sind auch die nicht planbaren Studienplatzkosten für Studierende aus Entwicklungsländern in Thüringen. Insofern kann dieser Indikator lediglich als Berichtsindikator geführt werden.

Jahr	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
ODA-Leistungen in Mio. €	4,46	9,83	11,57	14,60	14,18	16,57	21,73	25,81	28,63	32,43	35,57	45,80	55,30	49,18
Bruttonationaleinkommen (in jeweiligen Preisen) in Mrd. €	40,63	45,24	52,26	55,02	55,77	57,34	58,73	60,89	62,82	65,23	67,61	69,44	67,99	71,85
Anteil in %	0,011	0,022	0,022	0,026	0,025	0,029	0,036	0,042	0,045	0,049	0,053	0,067	0,083	0,068



AGETHUR	Landesvereinigung für Gesundheitsförderung in Thüringen e. V.
AK-UGRdL	Arbeitskreis „Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder“
AK-VGRdL	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
BAI	Bruttoanlageinvestitionen
BI	Berichtsindikator
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BStV	Bruttostromverbrauch
BImSchV	Bundesimmissionsschutzverordnung
BLE	Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMF	Bundesfinanzministerium
BMI	Body-Mass-Index
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BNE/BfNE	Bildung (für) Nachhaltige Entwicklung
BNE	Bruttonationaleinkommen
CH₄	Methan
CO₂	Kohlendioxid
DAC	Ausschuss für Entwicklungshilfe der OECD (Development Assistance Committee)
EE	Erneuerbare Energien
EEV	Endenergieverbrauch

EG	Europäische Gemeinschaft
ELER	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums
EU	Europäische Union
EU-SILC	Europäische Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (European Union Statistics on Income and Living Conditions)
EQ	Erwerbstätigenquote
EW	Einwohner
F+E	Forschung und Entwicklung
FÖS	Förderschulen
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union
HNV-Farmland	High Nature Value Farmland (Landwirtschaftsflächen mit hohem Naturwert)
ICE-Datenbank	Information, Controlling, Entscheidung – Datenbank beim Bundesministerium für Bildung und Forschung
ISCED	Internationale Standardklassifikation des Bildungswesens (International Standard Classification of Education)
KBA	Kraftfahrtbundesamt
k. E.	keine Erhebung von Daten
Kfz	Kraftfahrzeug
LAK	Länderarbeitskreis Energiebilanzen
LIKI	Länderinitiative Kernindikatoren
N	Stickstoff

N₂O	Distickstoffmonoxid (Lachgas)
NO₂	Stickstoffdioxid
NSG	Naturschutzgebiete
O₃	Ozon
ODA	Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance)
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Cooperation and Development)
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
PEV	Primärenergieverbrauch
PKS	Polizeiliche Kriminalstatistik
Pkw	Personenkraftwagen
PM₁₀	Feinstaub (Particulate Matter) mit einem maximalen Durchmesser von 10 Mikrometer
SDGs	Globale Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals)
StBA	Statistisches Bundesamt
StLÄ	Statistische Landesämter
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
StPNV	Straßenbezogener Personennahverkehr
SVF	Siedlungs- und Verkehrsfläche
THG	Treibhausgase
TLBG	Thüringer Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation

TLL	Thüringer Landesamt für Landwirtschaft und Ländlichen Raum
TLS	Thüringer Landesamt für Statistik
TLKA	Thüringer Landeskriminalamt
TLUBN	Thüringer Landesamt für Umwelt, Bergbau und Naturschutz
TLVwA	Thüringer Landesverwaltungsamt
TMBJS	Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
TMIK	Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales
TMIL	Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
TMUEN	Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz
VO	Verordnung
WZ	Wirtschaftszweigen

Maßeinheiten

%	= Prozent	kg	= Kilogramm
µg	= Mikrogramm	km ²	= Quadratkilometer
€	= Euro	m ²	= Quadratmeter
FPkm	= Fahrplankilometer	m ³	= Kubikmeter
l	= Liter	Mio.	= Million
mg	= Milligramm	Mrd.	= Milliarde
h	= Stunde	t	= Tonnen
ha	= Hektar	PJ	= Petajoule

Verteilerhinweis:

Diese Informationsschrift wird von der Thüringer Landesregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

Copyright:

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt.

Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.

Redaktion:

Staatssekretärsarbeitsgruppe
Nachhaltige Entwicklung
Geschäftsstelle im Thüringer Ministerium
für Umwelt, Energie und Naturschutz

Beethovenstraße 3
99096 Erfurt

Redaktionsschluss:

Ende Dezember 2023

Gestaltung und Satz:

donnerandfriends.de, Erfurt

Druck:

druckerei-multicolor.com, Adelhausen
(gedruckt auf 100 % Recyclingpapier,
zertifiziert nach dem EU Ecolabel)

Herausgeber:

Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz (TMUEN)
- Stabsstelle Presse, Öffentlichkeitsarbeit, Reden -
Beethovenstraße 3
99096 Erfurt

Telefon: 0361 57 39 11 933
Telefax: 0361 57 39 11 044

www.umwelt.thueringen.de
poststelle@tmuen.thueringen.de